

AUS DEM INHALT

POLEN

Polens Beitritt in die NATO und EU

POLEN-RUSSLAND

Systemtransformation

UNGARN

Auf dem Weg in die EU

TSCHECHIEN

10 Jahre nach der samtenen Revolution

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Europa als Thema der außerschulischen Bildung

BERICHTE

1. Deutsch-tschechisches Studentenseminar
Schülerseminar »Deutschland-Polen«
Städte- und Schulpartnerschaften

BÜCHERREPORT

Föderalismus und Rumänentum
Zeitgenössische Literatur Südost- und Osteuropas

GROSSER REZENSIONSTEIL

Inhaltsverzeichnis

Seite

BEITRÄGE

Zbigniew Wilkiewicz: Polens Beitritt in die NATO und EU – Eine Herausforderung für die Russische Föderation?	1
Piotr Pysz: Gewinner und Verlierer der Systemtransformation – Polen versus Rußland	11
Gerhard Schüsselbauer: Auf dem Weg in die Europäische Union – Systemtransformation und wirtschaftliche Anpassung in Ungarn.....	19
Michael Walter: Die Tschechische Republik zehn Jahre nach der samtenen Revolution – eine Zwischenbilanz	27
Meike von Platen-Holzappel: Europa – (k)ein Thema für uns?	37

BERICHTE

Sonja Hensel: Gegner – Partner – Freunde? Bericht über das erste deutsch- tschechische Studenten-Seminar im GESW	42
Ulrike Schödel: Europäische Schildkröte oder: Europa bewegt sich doch.....	45
Zbigniew Wilkiewicz: Vernetzung von Städte- und Schulpartnerschaften.....	48
Zbigniew Wilkiewicz: Tworzenie sieci partnerstwa mi_dzy miastami i szko_ami	57

BÜCHERREPORT

Marius Turda: „Föderalismus und Rumänentum?“ Für eine mögliche Archäologie der rumänischen föderativen Idee	67
Gerhard Schüsselbauer: Kleiner Streifzug durch die zeitgenössische Literatur Südost- und Osteuropas	71

REZENSIONEN

Michael Walter: Service-Seite Tschechien.....	73
Wolfgang Hörner, Friedrich Kuebart, Dieter Schulze (Hg.): „Bildungseinheit“ und „Systemtransformation“. Beiträge zur bildungspolitischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und im östlichen Europa.....	78
Johann Meichel: Alles ist dem russischen Schwert untertan. Nationalpatriotismus russischer Schriftsteller des 19. und 20. Jahrhunderts. Von Pu_kin bis Sol_enicyn.....	79
Theo Mechtenberg: Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen.....	82
Ulrich Beker: EU-Erweiterung und differenzierte Integration. Zu beitriffsbedingten Übergangsregelungen am Beispiel der Arbeitnehmerfreizügigkeit.....	84

Zbigniew Wilkiewicz

Polens Beitritt in die NATO und EU Eine Herausforderung für die Russische Föderation?

Einleitung

Gerade die letzten fatalen Kriegswochen im Kosovo haben erneut unter Beweis gestellt, daß die Wende des Jahres 1989 nicht den so erhofften dauerhaften Frieden für Europa gebracht hat. Die Phase mit aller Brutalität im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker geführter Kriege im ehemaligen Jugoslawien fand mit dem Abkommen von Dayton und der Teilung von Bosnien-Herzegowina nur ein vorläufiges Ende. Dies implizierte, daß man die zuvor durchgeführten „ethnischen Säuberungen“ akzeptierte, neue Grenzen zog und große Bevölkerungsteile umsiedelte, so die Serben der Kraina ins Kosovo. Es folgte der Krieg im Kosovo, dem zahlreiche Versuche der Europäer und Amerikaner vorangingen, den Konflikt zwischen Kosovaren und Serben auf dem Verhandlungswege zu entschärfen. Zwar konnte der amerikanische Chefunterhändler Richard Holbrooke am 12. Oktober 1998, als NATO-Bomber schon in der Luft waren, ein Abkommen mit Milo_evi_ abschließen, aber das Massaker von Ra_ak (16. Januar 1999) sowie die ergebnislos verlaufenden Verhandlungen von Rambouillet und Paris führten dazu, daß die NATO – ohne entsprechendes UNO-Mandat – ab dem 24. März 1999 ihre Bombenangriffe auf das Kosovo und die Bundesrepublik Jugoslawien aufnahm.¹ Die vor allem durch die Politik der USA betriebene Änderung der Strategie des „Verteidigungsbündnisses“ NATO hat die EU-Staaten jüngst dazu genötigt, sich zukünftig in weit höherem und abgestimmterem Maße um eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu kümmern. Auf dem Kölner EU-Gipfel Anfang Juni 1999 wurde hierzu der erste Schritt getan. Auch hier stellt sich erneut die Frage, in welcher Form die einstige Weltmacht Rußland

in diesen Prozeß eingebunden werden soll. Die auf dem Kölner EU-Gipfel diesbezüglich vereinbarte „gemeinsame Strategie gegenüber Rußland“ läßt hoffen und verdeutlicht, daß die vor allem von der deutschen Diplomatie betriebene Einbeziehung Rußlands in den Verhandlungs- und Friedensprozeß die richtige Weichenstellung darzustellen scheint. Wie weit fortgeschritten der Weg zu einem auf Vertrauen basierenden Verhältnis zwischen den USA und der EU einerseits und Rußland andererseits allerdings tatsächlich ist, wollen wir an den Reaktionen Rußlands auf den EU- und NATO-Erweiterungsprozeß um Polen nachvollziehen. Daß die zuvor eingeleiteten, mühsam verhandelten vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen der NATO und der Russischen Föderation durch den Kosovo-Krieg allerdings nachhaltig beschädigt wurden, ist offensichtlich. Ob wir nun eventuell vor einer neuen Aufrüstungsphase in Gesamteuropa stehen, wird die nächste Zukunft beweisen.

Nun scheint es aber an der Zeit, die beiden zentralen Begriffe im Titel meines Aufsatzes näher zu bestimmen. Erstens, wie wollen wir mit dem Begriff der „Herausforderung“ umgehen, der ja durchaus ambivalent interpretiert werden kann, als Positivum, aber auch als Negativum.

Zweitens, inwieweit ergänzen oder schließen sich der EU- und der NATO-Beitritt Polens aus – und aus welchen Perspektiven wollen wir diese Prozesse betrachten? Wir werden auf diese Fragestellungen in den folgenden Einzelabschnitten genauer eingehen, ohne die historische Perspektive aus den Augen zu verlieren.

Herausforderung

Der Begriff der Herausforderung kann den Begriff der Bedrohung implizieren. Aus den Äußerungen führender russischer und ostmitteleuropäischer Politiker läßt sich leicht ableiten, daß sich sowohl Rußland als auch Ostmitteleuropa wechselseitig bedroht fühlen. Während Rußland eine weitere Dekomposition seiner strategisch-militärischen Machtbasis fürchtet, ist es bei Polen die Furcht vor einer erneuten Dominanz des übermächtigen einstigen Nachbarn, dessen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell in den letzten 40 Jahren so nachhaltig versagte und zu einer permanenten Destabilisierung des Landes führte. Rußland fürchtet sich keineswegs vor dem gebündelten Potential der mitteleuropäischen Staaten, sondern vor der geballten Kraft eines erfolgreichen internationalen Sicherheits- und Wirtschaftssystems, das bestrebt ist, seinen Radius weiter nach Osten auszudehnen. Gleichzeitig will man an der Fiktion der Bipolarität USA–UdSSR festhalten, ohne sich einzugestehen, daß man den Status der Weltmacht eingebüßt hat und durch eine mißlungene Innen- und Wirtschaftspolitik alles andere als eine attraktive Alternative zu den westlichen Integrationsmodellen NATO und EU darstellt. Dabei kommt es – wie die Beispiele des Kaliningrader Gebietes, der baltischen Staaten, Weißrußlands und auch der Ukraine verdeutlichen – zu einer spürbaren Renaissance des Denkens in geopolitischen Kategorien, das man im übrigen auch seinen westlichen Kontrahenten/Partnern unterstellt.² Daß amerikanischen Spitzenpolitikern ein solches Denken nicht fremd ist, beweist das 1997 auch in deutscher Sprache erschienene Buch Zbigniew Brzezinski „Die einzige Weltmacht“, in welchem dem inzwischen anachronistischen Konstrukt der Bipolarität eine deutliche Abfuhr erteilt wird.³ Folge könnte ein Szenario der Konfrontation sein, das keine Annäherung Rußlands an EU und NATO erlaubt. Dagegen sprechen allerdings sowohl die Versuche der EU als auch der NATO, Rußland in die Transformationsprozesse

nach westlichem Muster einzubeziehen. Mit den Luftangriffen der NATO auf das Kosovo und die Bundesrepublik Jugoslawien wurde dieser Prozeß allerdings empfindlich gestört.

Die Tatsache, daß sich die russische Wirtschaft und Gesellschaft in einer tiefgreifenden Krise befinden, und daß die neoliberalen – aus den USA übernommenen – Wirtschaftsreformen nicht gegriffen haben, schwächt das ansonsten schon schwache Lager der russischen Westler. Die Herausforderung im positiven Sinne, die zu einem Mehr an Demokratie und Wohlstand hätte führen sollen, hat sich vorläufig abgenutzt. Rußland steht erneut vor der Frage der Selbstfindung und ist auch vom IWF und von der EU aufgefordert worden, seine Hausaufgaben zunächst selbst zu machen, bevor es auf weitere Hilfe hoffen darf. Das westliche Modell hat also vorläufig in Rußland versagt und man hält vergeblich Ausschau nach einem neuen; vielleicht deshalb das Streben, zu alten, „bewährten“ Strukturen zurückzukehren.

Für Polen könnte der Aufbau konstruktiver wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Rußland ebenfalls zu einer positiven Herausforderung werden, wäre man in der Lage, das Syndrom der Bedrohung – gerade durch dieses Rußland – zu überwinden. Dazu ist man aber offensichtlich als einzelner Staat – ähnlich wie die gesamte mitteleuropäische Region – zu schwach und sucht deshalb auch auf schnellstem Weg die Einbeziehung in die westlichen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen. Hieraus resultiert auch die massive Westorientierung des Landes, das sich zeitweilig ganz von seinen östlichen Partnern abzukoppeln schien. Eine Ausnahme bildete der intensive Handel an der Ostgrenze Polens, der freilich durch die von der EU erzwungene Einführung des Visazwangs für Russen und Ukrainer und durch die russische Wirtschaftskrise fast gänzlich zum Erliegen gekommen ist. Eine Herausforderung im positiven Sinne ist also auch im Falle Polens nicht gegeben: es bleibt nur eine entschiedene Westorientierung, um die eigene Situation zu konsolidieren und den Prozeß der Westintegration zu

beschleunigen. Deshalb spielen der Faktor Zeit und das Drängen auf entsprechende Terminpläne in den Aussagen aller politischen Entscheidungsträger Polens eine so bedeutende Rolle. Dagegen gehen die Uhren in Moskau anders, nach den mißlungenen Beschleunigungsversuchen Gorbach und Jelzins ist die Zeit quasi erstarrt, zelebriert man Rückbesinnung und Verschleppung von Entscheidungen. Sowohl die polnischen als auch die russischen Eliten werden ihre Haltungen deshalb neu überdenken und zu neuen Formen der wechselseitigen Wahrnehmung finden müssen.

NATO- und EU-Erweiterung

Die Diskussion, ob die Erweiterung der EU durch eine Erweiterung der NATO sinnvoll ergänzt wird oder ob es sich hierbei nur um einen parallel verlaufenden, von europäischen Interessen abgekoppelten Prozeß handelt, wurde in der Vergangenheit leidenschaftlich geführt und ist stark von der Interessenlage einzelner Staaten und Bündnissysteme abhängig.⁴ Für die Koppelung beider Integrationsprozesse sprechen sich die meisten Reformstaaten Ostmitteleuropas aus, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Fragt man nach dem Bejahungsgrad der Gesellschaften, so steht Polen eindeutig vor Ungarn und Tschechien. In die NATO und EU streben auch die baltischen Staaten mit aller Macht. Da es sich hierbei allerdings um postsowjetische Staaten handelt, die weiterhin mit einem starken strategischen Interesse Moskaus rechnen müssen, hat sich der Westen diesbezüglich – auch auf dem Madrider Gipfel – eher reserviert verhalten.

Der triumphale Empfang des amerikanischen Präsidenten bei seinem Warschau-Besuch im Sommer 1997 sowie die Tatsache, daß sich in der Frage des NATO-Beitritts alle polnischen Parteien einig sind, verdeutlicht, daß Polen sich in dieser Hinsicht als Vorreiter versteht und auch entschieden auf die amerikanische Karte setzt.⁵ Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Verflechtung

Polens mit der EU in einem solchen Maße fortgeschritten, daß es sich hierbei um einen irreversiblen Prozeß zu handeln scheint. Der von der EU erzeugte Druck ist dabei beträchtlich, sorgt aber letztlich dafür, daß mitteleuropäische und westeuropäische Politik- und Wirtschaftssysteme immer kompatibler werden und daß man bei realistischer Einschätzung der gesellschaftlichen Lage und der Wirtschaftsentwicklung des Landes davon ausgehen kann, daß Polen spätestens um 2010 Vollmitglied der EU sein wird.⁶ Aus polnischer und westlicher Sicht bedeutet die Kopplung dieses Prozesses eine sinnvolle Ergänzung, denn der einmal erreichte Besitzstand – man denke in diesem Zusammenhang an westliche Direktinvestitionen sowie das erhebliche deutsche und amerikanische Engagement – kann so effektiv geschützt werden. Dabei hat die Formel des rein militärischen Schutzes in der NATO eine Ausweitung erfahren, sie wird an die Vorstellung eines politischen, sozialen, wirtschaftlichen und zivilisatorischen Modernisierungsprozesses gebunden. Deshalb ist man polnischerseits auch bereit, die erheblichen Kosten einer Modernisierung der Streitkräfte zu tragen und die eigenen Systeme den westlichen anzugleichen.⁷ Der ehemalige Präsident der polnischen Republik, Lech Wałęsa, hat diesen Sachverhalt auf eine gängige Formel gebracht, als er in einem am 20. Juli 1997 in der Wochenschrift „Wprost“ abgedruckten Interview auf die Frage, ob er den Initiativen des Westens noch immer mißtraue, so antwortete:

„Wir müssen unsere Interessen so miteinander verknüpfen, daß sie niemand schaden können, wobei uns selbst auch keine Nachteile erwachsen dürfen. Wir brauchen ihre Generäle in unserem Land: also General Motors, General Electric. Wenn sie in Polen Geschäfte machen, so werden sie diese pflegen müssen. Bevor sie sich hier entschieden engagieren, haben wir noch einige Angelegenheiten zu regeln. Eine davon ist gerade die Mitgliedschaft in der NATO.“⁸

Der russische Standpunkt war hingegen lange dadurch geprägt, daß man beide Integrationsprozesse in Mitteleuropa verhindern, zumindest aber voneinander abkoppeln wollte. Dabei spielte die amerikanische Präsenz in Europa eine entscheidende Rolle, und deshalb erblickte man in der EU-Erweiterung zunächst eine weitaus geringere Gefahr, zumal man auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Reformen anfänglich einen ähnlichen Weg beschritt. In dem Maße wie die Westorientierung Rußlands abgenommen hat, wurde auch die EU-Integration Mitteleuropas immer kritischer betrachtet. Nun wurde deutlich, daß man in erster Linie die Wohlstandsgrenze zwischen der EU und der Russischen Föderation fürchtet, die Tatsache, daß es in der Russischen Föderation nur wenig Kaufkraft gibt und daß man mit den eigenen Produkten (außer Rohstoffen und Bodenschätzen) kaum auf westliche Märkte vorstoßen kann, um die so dringend benötigten Devisen ins Land zu holen. In Rußland ist es in den letzten Jahren zu einer immensen Kapitalflucht gekommen, hat sich ein Wirtschaftssystem etabliert, das vorkapitalistische Züge, trägt und von Wachstum kann – auch für 1999 – keine Rede sein. Es war bezeichnend, daß nach dem Versagen des wirtschaftspolitisch orientierten Ministerpräsidenten _ernomyrdin – und dem kurzen Intermezzo mit dem jungen Kirijenko – ein erfahrener Diplomat aus der Schule der russischen Realpolitik, Primakov, das Land führen sollte. Seine von Jelcin während des Kosovo-Krieges vollzogene Absetzung führte zu einer weiteren Destabilisierung und wurde auch in den russischen Medien entsprechend kommentiert. Die wirtschafts- und innenpolitischen Hausaufgaben konnten nicht gelöst werden, deshalb bot der Kosovo-Krieg die Gelegenheit, verstärkt außenpolitische Akzente zu setzen. Die Erweiterung der EU und der NATO wird in Rußland in der Regel nicht als Zukunftschance für das eigene Land betrachtet, sondern eher als Gefahr. Dies hängt auch damit zusammen, daß man weiterhin geopolitisch argumentiert, den Reformprozessen in Mitteleuropa kaum Aufmerksamkeit schenkt

und eher bestrebt ist, im Klub der Großen (G7, G8, Europarat) mitzuspielen. Hier scheint eine Korrektur notwendig, denn ein Europa zugewandtes Rußland wird sich bemühen müssen, gerade aus den Erfahrungen der mittleren und kleineren Transformationsländer zu lernen. Eine intensive Kooperation ist geboten, denn nur sie kann dafür sorgen, daß notwendiges Vertrauen aufgebaut wird. Immerhin gibt es die „Partnerschaft für den Frieden“ und die lockere Anbindung Rußlands an die NATO, so daß von einer Isolierung Rußlands durch den Westen nur bedingt die Rede sein kann.

Die russische Sicht

Polen wird als mittelgroßer Staat, der welt- oder europapolitisch kaum als Akteur hervortritt, nur in seiner Bedeutung als potentielles EU- oder nunmehr als de facto NATO-Mitglied wahrgenommen. Eine eigene Polenpolitik Moskaus war bislang kaum auszumachen, auch wenn es zu spektakulären Visiten und Gesten kam. Ende August 1993 hatte der russische Präsident anlässlich einer Warschau-Visite erklärt, daß Polen ein souveränes Land sei und Bündnisse eingehen könne, mit wem es wolle. Als aber Warschau dann daraus den Schluß zog, daß Rußland gegen einen NATO-Beitritt Polens nichts einzuwenden habe, intervenierte Moskau heftig und verfolgte eine Politik der Verhinderung der Osterweiterung des Bündnisses. Das Verhältnis Moskaus gegenüber dem „nahen Ausland“, aber auch gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten, blieb zunächst patriarchalisch-bestimmend. Ostmitteleuropa konnte man sich nur als Zone neutraler Pufferstaaten vorstellen: „Now, when the Russian federation has lost many positions in countries of Eastern and Central Europe, we must strive to ensure that they are neutral and separate Russia from NATO bloc countries by a certain buffer.“⁹ Entsprechende Äußerungen führender russischer Militärs und Politiker sorgten in Polen für Unruhe und steigerten die Bereitschaft zu einem

raschen NATO-Beitritt. Der damalige polnische Präsident Wa_sa betonte die Notwendigkeit eines NATO-Beitritt Polens und begründete dies so:

„Wenn Rußland sein Haus in Ordnung bringt, wird es wieder beginnen über Einflußsphären zu reden. Es wird seine wirtschaftliche und militärische Position der Dominanz aufbauen und wir werden dort sein, wo wir angefangen haben: beim System der Konfrontation.“¹⁰

In Polen machte die Tatsache betroffen, daß man letztlich als zweitrangiger, undankbarer Ex-Verbündeter wahrgenommen wird, was der Jelcin-Berater Sergej Kortunov in seinen Einschätzungen immer wieder hervorhebt.¹¹ Rußland versteht sich weiter als Weltmacht, besteht auf Bipolarität und einem egalitären Verhältnis zu den USA. Deshalb widersetzte es sich auch nach Auflösung des Warschauer Paktes einer Erweiterung der NATO nach Osten. Dabei offenbarte die russische Politik bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre die Existenz mehrerer Alternativen:

Die NATO solle sich auflösen, da sie ihre Existenzberechtigung verloren habe; es sei ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung West- und Osteuropas, einschließlich Rußlands zu schaffen, vorzugsweise auf Basis der OSZE; die NATO könne unter Einbeziehung Rußlands erweitert werden. Grundsätzlich läßt sich der russische Standpunkt und die Argumentation hinsichtlich der NATO-Osterweiterung bishin zum gegenwärtigen Zeitpunkt so zusammenfassen: Die NATO-Erweiterung führt zu einer Isolation Rußlands, sie leistet der Politik russischer Kommunisten und Nationalisten Vorschub und fördert statt der alten, aus dem Kalten Krieg stammenden, eine neue Konfrontation. Sie ist unnötig, da Mitteleuropa von niemandem bedroht wird, außerdem übereilt geplant und schlecht vorbereitet. Auch bezieht sie Kandidaten ein, die die Kriterien der Aufnahme nicht erfüllen. Schließlich ist sie zu kostspielig und weder von den Ländern Mitteleuropas noch von der NATO bezahlbar. Unter-

stützung fanden diese Argumente bei namhaften westlichen Presseorganen, was den polnischen Präsidenten Aleksander Kwa_niewski sinnigerweise zu der Bemerkung veranlaßte, daß die Haupthindernisse auf dem Weg Mitteleuropas in die NATO „Rußland und ... ‘The New York Times’“ seien. Roman Ku_niar, politischer Kommentator des liberalkatholischen „Tygodnik Powszechny“ charakterisierte die Verhinderungstaktik Moskaus im Juni 1997 wie folgt: „Der Westen wurde mit „der Flamme eines neuen Kalten Krieges“ (Jelcin), mit der „Konsolidierung“ im Rahmen der ehemaligen UdSSR, dem antirussischen Bündnis mit Peking oder Teheran, mit der einseitigen Revision der Abrüstungsabkommen, mit den Siegen _irinovskijs und Sjuganovs erschreckt. Die Taktik der Erpressung wurde auch gegen die Staaten Ostmitteleuropas angewendet. Man sprach von der Erhöhung des Militärpotentials im westlichen Teil Rußlands (besondere Rolle des Kaliningrader Gebietes), der Ausrichtung von Atomraketen auf die Territorien unserer Staaten, über ökonomische Sanktionen, die Unterbrechung des Energieexports, ja sogar über die deutsche Gefahr, der man nur im engen Bündnis mit Rußland die Stirn bieten könne. Moskau bemühte sich gezielt, die Temperatur der Beziehungen zu diesen Staaten zu senken, um im Westen den Eindruck zu erwecken, daß diese weiterhin ihre antirussischen Phobien pflegten, es also riskant wäre, sie in die NATO aufzunehmen.“¹²

Eine Änderung dieser Einstellung wurde erst in letzter Zeit von einigen Kommentatoren der russischen Außenpolitik gefordert, als sich abzeichnete, daß die polnische NATO-Mitgliedschaft nicht mehr abzuwenden war, das heißt nach Unterzeichnung der Pariser Grundkarte und dem Madrider Gipfel.

Die polnische Sicht

Erschwert wird die Optik der polnischen Eliten durch die historischen Belastungen im russisch-

polnischen Verhältnis, die mit Sicherheit bilateral weiter wirksam sind:

Polen wurde in den letzten beiden Jahrhunderten – mit Ausnahme der Zwischenkriegszeit – in hohem Maße von Rußland dominiert; dies galt zunächst für den russischen Anteil aus den polnischen Teilungen mit solchen Zentren wie Warschau und Lodz und nach dem 2. Weltkrieg für die ehemaligen polnischen Ostgebiete (mit den Zentren Lemberg und Wilna), schließlich für das Territorium der gesamten Volksrepublik Polen, das man erst ab 1956 als teilsouveränes Land bezeichnen kann. Die UdSSR beteiligte sich aktiv an der Zerschlagung der nach Versailles geschaffenen Zweiten Polnischen Republik und – als Bündnispartner Hitlers – an der Vernichtung und Verschleppung polnischer Eliten (Massenmorde von Katyn, Zwangsumsiedlungen polnischer Bevölkerung).

Gleichzeitig beanspruchte die Rote Armee für sich – nunmehr als Bündnispartner der Westmächte – Polen vom Nationalsozialismus befreit zu haben, und etwas später, einziger verlässlicher Garant der polnischen Westgrenze zu sein. Dies blieb bis 1989 auch die offizielle Rhetorik der polnischen Partei-Elite, aus der man auch die unbedingte Bündnistreue zur UdSSR ableitete.

Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik verlor die UdSSR und nach ihr die Russische Föderation die Rolle einer wie auch immer definierten Schutzmacht Mitteleuropas. In entsprechenden Vertragswerken mit der Ukraine, Weißrußland und Litauen verzichtete Polen Anfang der 90er Jahre auf sämtliche territorialen Ansprüche in bezug auf die im Jahre 1939 durch die UdSSR annektierten polnischen Ostgebiete.

Damit kam es zu einer gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung der polnischen Ostgrenze.

Polnische Historiker, Politiker und Politologen sind sich heute weitgehend einig, daß die Volksrepublik Polen ein nur teilsouveränes, von der UdSSR oktroyiertes und abhängiges Staats-

wesen war, das aufgrund der de jure ungeklärten Grenzsituation im Westen erpreßbar blieb. Dabei wurde die Gefahr einer aus der eigenen Nationalgeschichte bekannten und gefürchteten deutsch-russischen Einigung auf Kosten Polens immer wieder instrumentalisiert.

Die polnische Opposition entwickelte Mitte der 80er Jahre ein Europa-Szenario, in dem die Vereinigung Deutschlands von der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abhängig gemacht wurde. Voraussetzung für diese später eingetretene faktische Entwicklung war sowjetischerseits die Lockerung der Brenev-Doktrin durch Gorbachow und die auch von der russischen Führung unter Jelzin mitgetragene Auflösung des Warschauer Paktsystems.

Die außen- und bündnispolitische Option der polnischen Eliten fiel nach 1989 eindeutig prowestlich aus. Dabei wurde die Bundesrepublik, als direkter Nachbar Polens, als Staat wahrgenommen, der wichtiger integraler Bestandteil der EU und des Nordatlantischen Bündnisses ist. Darüber hinaus aber auch als Partner, der, aus wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Eigeninteresse, die Integration Polens in die EU und die NATO betreibt. Mit der nun einsetzenden vehementen Westorientierung kam es zu einer erheblichen Abkühlung der besonders in den 80er Jahren konfliktträchtigen polnisch-russischen Beziehungen. Dies schlug sich ebenfalls in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten Mitteleuropas und der Russischen Föderation nieder und hat sich angesichts der anhaltenden Rußlandkrise auch gegenwärtig nicht verändert. Eine eigenständige polnische Ostpolitik – auch in bezug auf die postsowjetischen Nachbarländer Litauen, Weißrußland und Ukraine – wird nur sehr allmählich entwickelt. Die politischen Voraussetzungen sind hierfür nicht schlecht, müssen in Zukunft aber auch eine stärkere Verankerung in der polnischen Politik und Gesellschaft finden. Der polnische Ex-Außenminister Olechowski formulierte dies in einem am 14. April 1996 in der Zeitschrift „Wprost“ veröffentlichten Interview so:

„Wir sollten auch unsere Kontakte zur Ukraine und Weißrußland intensiver entwickeln. Beide Staaten haben eine längere Grenze mit Polen als Rußland, sie sind kleiner und deshalb liegt ihnen auch mehr als Rußland an einer Zusammenarbeit mit Polen. Das Thema unserer Integration ins westliche Bündnissystem ist für sie deshalb mindestens so wichtig wie für Moskau.“¹³

Gleichzeitig bezeichnete er die Auffassung, daß es möglich sei, mittels eines intensiven diplomatischen Dialogs Rußland von den strategischen Zielen Polens überzeugen zu können, als naiv. Der damals amtierende polnische Außenminister Dariusz Rosati äußerte sich in einem in der gleichen Nummer von „Wprost“ gegebenen Interview ähnlich, wobei er auf die wichtige Rolle Rußlands abhob:

„Wir werden uns jetzt um eine ganzheitliche Politik bemühen: unsere Aufnahme in die NATO ist nicht nur von den Mitgliedsstaaten abhängig, sondern – wie sich zeigt – auch davon, wie wir mit Rußland und unseren östlichen Nachbarn umgehen. Hier geht es nicht darum, irgendwen um Erlaubnis zu fragen. Aber der Westen beobachtet sehr genau unsere Fähigkeit, geregelte Beziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten. Die westlichen Staaten werden keinen Staat aufnehmen, der mit einer Supermacht – wie es Rußland ist – im Streit liegt.“¹⁴ Mit Beunruhigung beobachtete man in Polen allerdings die Annäherung zwischen der Russischen Föderation und Belarus. Der gegenwärtig amtierende polnische Außenminister Bronisław Geremek äußerte in einem am 11. Mai 1997 in „Wprost“ abgedruckten Interview bezüglich einer potentiellen Bedrohung deshalb folgendes:

„Wenn ich über Bedrohungen sprechen soll, so würde ich das Problem Weißrußlands an erster Stelle nennen. Dieses Nachbarland vollzieht eine Entwicklung, die der Richtung der gesamten Region entgegengesetzt ist. Meine Sympathien sind auf der Seite jener Kräfte, die sich der Idee der Union mit Rußland und der Vernichtung demokratischer Strukturen widersetzen. Die

russisch-weißrussische Union ist nicht nur ein Test für die Wünsche der gegenwärtigen Führung Weißrußlands, sondern auch Rußlands. Polen liegt daran, daß seine Nachbarn demokratische und prosperierende Staaten sind. Und schnell stellt sich Unruhe ein, wenn an der polnisch-weißrussischen Grenze russische Grenzposten auftauchen.“¹⁵ Deshalb seien alle weißrussischen Kräfte, die sich Luka_enska widersetzen, zu unterstützen. Bezüglich der polnischen Regionalpolitik sollten die Nachbarn Polens überzeugt werden, daß die NATO-Erweiterung um Polen für sie keine Gefährdung darstelle: Es gebe bereits bilaterale Vereinbarungen mit Litauen und der Ukraine, nun müsse aber auch Rußland davon überzeugt werden, daß die Erhöhung der Sicherheit in diesem Raum auch für Rußland von Vorteil sei. Diesen Standpunkt wiederholte Geremek, kurz vor dem NATO-Beitritt seines Landes, in einem ausführlichen Interview, das in der „Rzeczpospolita“ abgedruckt wurde.¹⁶

Der Madrider Gipfel, die Pariser Grundakte und Polens NATO-Beitritt

Vor dem Madrider Gipfel kam es zu einer Beschleunigung der diplomatischen Aktivitäten in Ostmitteleuropa: Im Mai 1997 unterzeichneten Polen und die Ukraine eine Verständigungserklärung, die als strategische Partnerschaft – ohne Berücksichtigung Moskaus – interpretiert wurde. Hierzu gehörte auch der Besuch Ku_mas in Gnesen anlässlich des Papstbesuches in Polen. Ku_ma kam damals mit den Regierungschefs Polens, Deutschlands, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei und Litauens zusammen. Es folgte ein Abkommen zwischen der Ukraine und der NATO. Gekrönt wurden diese intensiven diplomatischen Aktivitäten schließlich durch ein bilaterales Abkommen zwischen Kiew und Moskau (31. Mai 1997), in dem die endgültige Souveränität Kiews durch Moskau anerkannt wurde.

Interpretiert man die russischen Verträge mit Belarus, der Ukraine und Tschetschenien als ein

Zeichen für den Sieg des Pragmatismus über das Syndrom der Großmachtstellung, so legten diese Verträge die beschränkten Möglichkeiten der einstigen Großmacht Rußland offen und sind Symptome einer Niederlage. Gleichzeitig wurde aber auch die Grundakte mit der NATO unterzeichnet, deren grundsätzlicher Sinn gerade darin besteht, mit der NATO zu kooperieren.¹⁷

Die unterschiedliche Interpretation der Akte sorgte allerdings zunächst für Verwirrung: Jelcin war davon ausgegangen, daß Rußland ein Veto-recht haben würde, wurde von Clinton diesbezüglich aber eines besseren belehrt. Darüber hinaus war es der russischen Diplomatie in Paris nicht gelungen, den Erweiterungsprozeß zu verlangsamen, Stimmrecht in inneren Angelegenheiten der NATO zu erlangen, eine Mitgliedschaft zweiter Klasse für die zukünftigen Mitglieder der NATO durchzusetzen, die Möglichkeit weiterer Erweiterungsphasen, die Länder der ehemaligen UdSSR erfassen können (baltische Staaten, Ukraine), auszuschließen oder das Bündnis der Kontrolle der OSZE unterzuordnen.¹⁸

In Zukunft – so die profilierte russische Politologin Irina Kobrinskaja (Mitarbeiterin des Moskauer Instituts für die USA und Kanada sowie Expertin der Carnegie-Stiftung) – biete sich für Moskau deshalb nur ein einziger Ausweg: die aktive Kooperation mit der NATO.¹⁹

Im Verhältnis zu Mitteleuropa zieht sie folgende Schlüsse: Da die Taktik des Westens Polen im Erweiterungsprozeß eine Schlüsselrolle zuweise, folge für Rußland hieraus, daß Ton und Richtung der Außenpolitik Polens zum Prüfstein der tatsächlichen Absichten des Westens werde. Die Ziele Rußlands bleiben unverändert:

1. Schaffung einer europäischen und euroasiatischen Sicherheitsstruktur, also Kooperation von NATO-UNO-OSZE und GUS.
2. Kooperation mit führenden europäischen Mitgliedsstaaten der NATO und den USA.

3. Freundschaftliche Beziehungen mit Belarus und der Ukraine auf der Basis von Souveränität und Gleichrangigkeit.

4. Politische und wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten Mitteleuropas, besonders mit Polen. Bezüglich der neuen Rolle Polens kommt Kobrinskaja für die Außenpolitik der Russischen Föderation deshalb auch zu folgendem Ergebnis:

„Das polnische Streben nach Wiedererrichtung der Grenze (je weiter von der Grenze des Bug entfernt, desto besser) ist offensichtlich und widerspricht den Interessen Rußlands. Dieses Streben kann man nur dann überwinden, wenn die polnischen Eliten und die polnische Gesellschaft tatsächlich davon überzeugt werden, daß Rußland nicht beabsichtigt, die polnische Unabhängigkeit und Souveränität in irgendeiner Weise zu beschränken, wenn Polen in Moskau wie ein gewöhnlicher europäischer (europäischer und nicht osteuropäischer!) Staat behandelt wird, und wenn Warschau aufhört, sich vor der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland zu fürchten. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es Zeit und einer kolossalen Anstrengung. Es scheint jedoch, daß die Erfolgchancen gegenwärtig größer sind als vor Madrid.

Wenn Rußland Polen allerdings weiterhin als einen Staat ohne größeren Stellenwert behandelt, wird es unmöglich sein, die unter den Punkten 1., 2. und besonders 3. enthaltenen Ziele zu verwirklichen. Dann wird Polen nämlich mit dem ganzen Eifer eines Neubekehrten alles für die Stärkung der politischen und militärischen Effizienz der NATO in ihrer jetzigen Gestalt tun und – zur Wahrung seiner eigenen Interessen – gezwungen sein, die Grenze weiter nach Osten auszudehnen.“²⁰

Nach dem am 12. März 1999 offiziell vollzogenen Beitritt Polens zur NATO und der mittelfristig vorhersehbaren Integration des Landes in die EU werden die nächsten Jahre

zeigen, ob die politischen Eliten Rußlands in der Lage sind, einem solchen auf Mitteleuropa zugeschnittenen Szenario zu entsprechen. Polen ist in diesem Zusammenhang aufgefordert, eine eigenständige, auf Kooperation und Integration angelegte Ostpolitik zu betreiben, die allerdings nicht zu einer Isolierung der Russischen Föderation beitragen darf. Die polnische Diplomatie steht damit vor keiner leichten Aufgabe, allerdings gibt ihr die nunmehr vollzogene Verankerung in der NATO einen größeren Spielraum.²¹

5. Implikationen des Kosovo-Krieges

Die am 24. März 1999 ohne UNO-Mandat einsetzende Bombardierung des Kosovo und der Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO, die zwölf Tage nach Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und Tschechien erfolgte, bestätigt die nachgezeichneten Tendenzen. Die amerikanische Dominanz in der NATO, die Schwäche Rußlands, dessen Führung aufgrund der Bombardierungen verärgert reagierte, und nicht zuletzt die relative Schwäche der EU-Staaten, die weder bei der Aushandlung des Abkommens von Rambouillet noch in den folgenden Wochen in der Lage waren, eine Strategie der Wiederaufnahme des diplomatischen Dialogs gegen die entschiedene Haltung der Amerikaner (und Briten) durchzusetzen. Umso wichtiger scheint es festzustellen, daß erst die Einbeziehung Rußlands auf Grundlage der G8-Resolution und die Verhandlungen des russischen Jugoslawien-Beauftragten *ernomyrdin* sowie des finnischen Staatspräsidenten Ahtisaari dazu führten, daß es Anfang Juni 1999 Aussichten auf eine Friedenslösung gab, die allerdings von allen in den Konflikt involvierten Staaten teuer erkauft werden mußten. Neben der Tatsache, daß die „humanitäre Katastrophe“ nicht verhindert werden konnte, sondern durch die Bombardierungen noch ein größeres Ausmaß annahm (Vertreibungen und Menschenrechtsvergehen an den Kosovaren wurden trotz Bombardierung fortgesetzt), gab es zahlreiche zivile Opfer unter der serbischen Bevölkerung und erfolgte eine Zer-

störung der Infrastruktur der Bundesrepublik Jugoslawien, die einen in erster Linie von der EU finanzierten „Marshall-Plan“ notwendig machen wird. Die Kosten hierfür wurden im Juni 1999 auf über 30 Mrd. Dollar geschätzt, was bedeutet, daß der Prozeß der Osterweiterung der EU aller Wahrscheinlichkeit noch weiter hinausgezögert wird. Gleichzeitig wurde die einstige Weltmacht Rußland provoziert, da man sie erst sehr spät in den diplomatischen Friedensprozeß einbezog. Deshalb stellte sich die russische Außenpolitik – im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker – nicht nur nicht gegen den Diktator *Milo_evi_*, sondern warf den Amerikanern Vertragsbruch und Kriegstreiberei vor.

Andererseits, um bei unserem engeren Thema zu bleiben, begrüßte die veröffentlichte Meinung in Polen den Einsatz der NATO mehrheitlich, wobei man – gerade angesichts des Kosovo-Krieges – betonte, daß der NATO-Beitritt Polens die richtige Option gewesen sei. Offenbar fühlt man sich in Polen seit dem 12. März 1999 auf der „sicheren Seite“.

Trotz des vorläufig positiven Ausgangs der Friedensverhandlungen darf man deshalb für die Zukunft nicht erwarten, daß nach diesem Krieg die NATO- und die EU-Erweiterung für Rußland mittelfristig zur positiven Herausforderung wird. Zu tief fühlt man sich als einstige Weltmacht gedemütigt und hintergangen. Dies verdeutlichen auch die Kommentare in russischen Zeitungen, die während der heißen Phase des Kosovo-Krieges aufgrund ihrer Rhetorik an die Ära des Kalten Krieges erinnerten. Als Beispiel seien hier Fragmente des Kommentars von *Sergej Kuznecov* angeführt, der am 31. März 1999 in „*Argumenty i Fakty*“ abgedruckt wurden. Der Autor formuliert sieben sich aus dem Kosovo-Krieg ergebende mögliche bzw. wahrscheinliche Konsequenzen: 1) Selbst dem entschiedensten russischen Pazifisten sei jetzt wohl klar, daß die USA zur Durchsetzung ihrer Ziele nur das Macht- und Gewaltmonopol akzeptieren. Also dürfe in Rußland auf eine weitere effiziente Aufrüstung nicht verzichtet

werden. 2) Die einstigen Verbündeten, die der NATO beigetreten sind (Polen, Tschechien, Ungarn) könnten zukünftig in einen unabsehbaren militärischen Konflikt verstrickt werden und würden dann zu „echten Gegnern“ Rußlands. 3) Es könne zu einer Konsolidierung der GUS-Staaten kommen, besonders, wenn man sich bewußt mache, daß, wegen des Vorgehens gegen Unruhestifter, das eigene Land bombardiert werden kann. 4) Neue politische und ökonomische Optionen für Rußland seien zu erwägen, etwa im Bündnis mit Indien und China gegen mögliche NATO-Aggressionen. 5) Angesichts des Krieges sei es in Rußland zu einer Konsolidierung fast aller politischen Lager gekommen. 6) Als einzige Kriegspartei müßten die russischen Kommunisten damit rechnen, bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine entschiedene Abfuhr zu erhalten. 7) Der Westen habe begriffen, daß er für eine Nichteinmischung Rußlands bezahlen müsse. Camdessus habe bei seiner diplomatischen Mission in Moskau die Gewährung eines Kredits von 6,7 Mrd. Dollar für Rußland in Aussicht gestellt.²² In Polen lösten solche und ähnliche Kommentare Beunruhigung aus. Dabei war man sich aber auch im klaren, daß Moskau die serbischen, „slawisch-orthodoxen Brüder“ nur verbal verteidige, es im Grunde genommen aber darum gehe, den eigenen Großmachtstatus hervorzuheben. Jarosław Giziński konzidiert in diesem Zusammenhang, daß die Russen die Osterweiterung der NATO (12. März 1999) sowie den Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien (24. März 1999) als „doppelte Ohrfeige“ auffassen mußten. Er äußert überdies die Befürchtung, daß der Kosovo-Krieg dadurch den rot-braunen Block in Rußland stärken könnte. Allerdings übt er auch Kritik an der Entscheidung des Westens, für den Jelzin einerseits wichtiger Ansprechpartner bleibe, der Rußland aber bei der Angriffsentscheidung der NATO – ähnlich wie die UNO – übergangen habe.²³ Ähnlich äußerte sich im übrigen der bekannte Osteuropa-Experte Richard Pipes Ende Mai in einem Interview mit Bronisław Wildstein, als er

ausführte: „Ich glaube nicht, daß der gegenwärtige Konflikt zwischen Moskau und den NATO-Staaten die gegenseitigen Beziehungen auf Dauer beeinträchtigen wird. Rußland benötigt dringend westliche Kredite und Investitionen, was bedeutet, daß es sich mit seiner antiwestlichen Haltung nicht zu weit vorwagen darf. Andererseits ist sich der Westen der Gefahr einer Entfremdung Rußlands bewußt. Leider stärkt die Balkan-Krise die russischen Nationalisten und Kommunisten auf Kosten der Reformer.“²⁴ Aber auch Pipes – ein Gegner der NATO-Osterweiterung – gibt am Ende des Interviews zu bedenken: „Für die Russen bedeutet die NATO Europa. Die Erweiterung des Bündnisses verstärkte das Gefühl der Ablehnung seitens der Europäer. Das ist noch nicht gefährlich, weil Rußland andere Probleme hat, aber in zehn, zwanzig Jahren ...“²⁵ Nimmt man die im letzten Satz implizit formulierte Mahnung ernst, so sollte sowohl der EU als auch ihren neuen Beitrittskandidaten, besonders aber Polen, daran gelegen sei, daß das auf dem Kölner EU-Gipfel beschlossene Konzept einer „gemeinsamen Strategie gegenüber Rußland“ möglichst rasch und konkret umgesetzt wird.

¹ Gunter Hofmann: Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit, 12.5.1999, S. 17-21.

² Przemysław Grudziński: Report: Poland – Russia. Discord and Cooperation. Warszawa 1997, S. 20-32.

³ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim und Berlin 1997.

⁴ Karsten D. Voigt: Die Osterweiterung der NATO, in: APUZ, 26.1.1996, S. 21-26.

⁵ Zbigniew Wilkiewicz: NATO-Osterweiterung – Reaktionen der Beitrittskandidaten. Polnische Kommentare, in: osteuropa (1998), 2, S. A 45 – A 54; hier in erster Linie: Jerzy Sawomir Mac u.a.: Bill Clinton w Warszawie. Przyjaciół Rzeczypospolitej [Bill Clinton in Warschau. Ein Freund der Republik Polen], S. A 48 – A 50.

⁶ Zbigniew Wilkiewicz: Wenn sich zuviel auf einmal ändert. Gebiets-, Gesundheits-, Verwaltungs- und Sozialreform verunsichern die Polen. in: Süddeutsche Zeitung, 18.5.1999, S. 47; Wolfgang Quaisser: Wachstumskurve mit Knick, ibd., S. 44.

⁷ Silni, zwarci, rozgoryczeni [Stark, geschlossen, verbittert], Interview mit dem polnischen Ver-

- teidigungsminister Janusz Onyszkiewicz, in: Wprost, 21.12.1998, S. 19-20; Romuald Szeremietiew: Polska pi____ [Die polnische Faust], in: Wprost, 31.1.1999, S. 26-27; Jaros_aw Gizi_ski, u.a.: Czas NATO [Zeit für die NATO], in: Wprost, 14. 3. 1999, S. 20-21.
- ⁸ Krzysztof Go_ata u.a.: Rozmowa z Lechem Wa__s_, by_ym prezydentem RP [Interview mit Lech Wa__sa, dem ehemaligen Präsidenten der Republik Polen], in: Wprost, 20.7.1997, S. 19-20, S. 20.
- ⁹ Interview mit Sergej Karaganov, in: Vooru_enie, Politika, Konwersija, 1995, 3, S. 18-20; englische Übersetzung aus Foreign Broadcasting Information Service (FBIS).
- ¹⁰ Zitiert nach Deutsche Welle: Dokumentation, 7.2.1994, S. 21.
- ¹¹ S_awomir Popowski: Zagadkowe scenariusze [Rätselhafte Szenarien], in: Rzeczpospolita, 22.7.1997, S. 8
- ¹² Roman Ku_niar: Nadszed_czas decyzji [Die Zeit der Entscheidungen ist gekommen], in: Tygodnik Powszechny, 8.6.1997, S. 6; deutsche Übersetzung in: aktuelle ostinformationen (1998), 1-2, S. 27-35, S. 30-31.
- ¹³ Andrzej Olechowski: Strategia [Strategie], in: Wprost, 14.4.1996, S. 22-24, S. 22.
- ¹⁴ Jacek Pa_asi_ski: Wywiad z Dariuszem Rosatim, ministrem spraw zewn_trznych [Interview mit dem Außenminister Dariusz Rosati], in: Wprost, 14.4.1996, S. 17-18, S. 17.
- ¹⁵ Maria Graczyk: Euro-Polacy [Die Euro-Polen]. Gespräch mit Bronis_aw Geremek, dem Vorsitzenden der Parlamentskommission für außenpolitische Angelegenheiten, in: Wprost: 11.5.1997, S. 19-20; Zbigniew Wilkiewicz: Zur politischen Entwicklung Weißrußlands. Oppositionelle Stimmen – veröffentlicht in Polen, in: osteuropa (1997), 6, S. A 235 – A 245.
- ¹⁶ Polityka na miar_realnej si_y Polski [Politik im Rahmen der realen Stärke Polens]. Interview mit dem polnischen Außenminister Bronis_aw Geremek, in: Rzeczpospolita, 16.2.1999, S. 6.
- ¹⁷ Irina Kobrinskaja: Syndrom granicy [Grenzsyndrom], in: Rzeczpospolita, 22.7.1997, S. 8; deutsche Übersetzung in: aktuelle ostinformationen (1998), 1-2, S. 19-26, S. 25-26.
- ¹⁸ Roman Ku_niar, op. cit., S. 33.
- ¹⁹ Irina Kobrinskaja, op. cit., S. 25.
- ²⁰ ibd., S. 26
- ²¹ Marek Ostrowski: Gdzie jest wróg? [Wo ist der Feind?], in: Polityka, 13.3.1999, S. 3-7.
- ²² Sergej Kuznecov: Komu wojna, komu mat' [Wem der Krieg, wem die Mutter], in: Argumenty i Fakty, 31.3.1999, S. 5.
- ²³ Jaros_aw Gizi_ski, u.a.: Wojna o pokój. NATO kontra Milo_evi_ [Der Krieg um den Frieden. Die NATO gegen Milo_evi_], in: Wprost, 4.4.1999, S. 100-103, S. 102.
- ²⁴ Bronis_aw Wildstein: Smuta Rosji. Rozmowa z prof. Richardem Pipesem [Die Wirren Rußlands. Gespräch mit Prof. Richard Pipes], in: Wprost, 23.5.1999, S. 19-21.
- ²⁵ ibd., S. 21

Piotr Pysz

Gewinner und Verlierer der Systemtransformation – Polen versus Rußland

Einführung

Im osteuropäischen Raum kann zwischen unterschiedlichen Transformationswegen unterschieden werden. Es wird oft auf Volkswirtschaften mit radikalen und auf solche mit gradualistischen Transformationsstrategien hingewiesen. Zur ersten Gruppe zählen u.a. Polen, die Tschechische Republik und die ehemalige DDR. Im Fall Ungarns ist hingegen eine gradualistische Transformationsstrategie festzustellen. Andere postsozialistische Volkswirt-

schaften befinden sich entweder irgendwo zwischen diesen beiden Strategiemodellen (u.a. Rußland) oder zeichnen sich wie, z.B. Weißrußland, durch eine Konzeptionslosigkeit der Transformationsstrategie aus. Ein wichtigeres Unterscheidungsmerkmal sind Transformationsergebnisse. So steht dem Erfolg im mitteleuropäischen Raum eine tiefe und langanhaltende Anpassungskrise im GUS-Raum gegenüber. Als Pionier der Systemtransformation und Vorbild für viele andere postsozialistische Volkswirtschaften rückt Polen in den

Vordergrund. Der „Balcerowicz-Plan“ der Jahre 1990/91 gilt als ein Standardprogramm für marktwirtschaftliche Transformation post-sozialistischer Volkswirtschaften. Der russische Reformler Jegor Gajdar konsultierte mehrmals die polnischen Wirtschaftspolitiker. Der amerikanische Berater der polnischen Regierung in der Zeit 1989/90, Jeffrey Sachs, wechselte ein Jahr später in die Dienste russischer Regierungsstellen und sicherte dadurch den Einfluß des „Balcerowicz-Plans“ auf die russische Transformationsstrategie ab. Für Sachs war Polen dabei vor allem ein Experimentierfeld für die Vorbereitung der Systemtransformation im Wirtschaftsraum der ehemaligen UdSSR (Kuczy_ski, 1992, S. 83).

Es taucht die Frage auf, ob die Übertragung des transformationspolitischen Standardprogramms Polens auf den gigantischen und historisch wie auch kulturell anders geprägten Wirtschaftsraum Rußlands nicht ein grundsätzlicher, konzeptioneller Fehler war. Ansatzweise scheint in diese Richtung u.a. der bekannte Nationalökonom und russische Reformpolitiker, Grigorij Jawlinski, zu argumentieren, „für die Wirtschaft Rußlands taugt kein Modell, das für kleine, offene Wirtschaften bestimmt ist. Sowohl der IWF als auch andere Berater hatten es bisher im wesentlichen mit kleinen Staaten, z.B. in Osteuropa zu tun. Das ist der erste Versuch, einem so großen Land zu helfen; hier muß anders vorgegangen werden“ (Jawlinski, 1995, S. 472).

2. Wirtschaftswachstum versus starker Produktionsrückgang

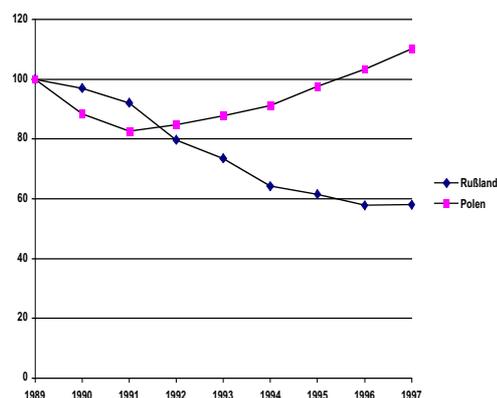
Die Unterschiede zwischen dem realen Wirtschaftswachstum in Polen und Rußland in den neunziger Jahren stellt nebenstehende Graphik dar.

Der Beginn der Systemtransformation in Polen wird auf den 1. Januar 1990 datiert. Nach der Anpassungskrise der Jahre 1990/91, die einen kumulierten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um ca.

18% mit sich brachte, begann im Jahr 1992 die volkswirtschaftliche Produktion wieder zu wachsen. In den darauffolgenden Jahren weist die Wachstumskurve steil nach oben. Mit Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1995 bis 1997 mit jeweils 7%, 6,1% und 6,5% steht Polen an der Spitze der mitteleuropäischen Transformationsländer. In den ersten neun Monaten des Jahres 1998 ist es gelungen, das Wachstumstempo des vorhergehenden Jahres unverändert hoch zu halten (Regelmäßiger Bericht 1998, S. 15-16). Polen ist das erste postsozialistische Land Europas, das 1996 die reale Größe des Bruttoinlandsprodukts aus dem letzten Jahr vor dem Beginn der Transformation 1989 überschreiten konnte. Das Einhergehen der hohen Wachstumsdynamik des Bruttoinlandsprodukts mit einem noch schnelleren Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen spricht dafür, daß das Land auch in den bevorstehenden Jahren mit der Fortsetzung seiner dynamischen Entwicklung rechnen darf.

Die russische Systemtransformation wurde am 1. Januar 1992 eingeleitet. Der seit dem Ende der achtziger Jahre sich abzeichnende allmähliche Rückgang der realen Größe des Bruttoinlandsprodukts wurde dadurch nur noch beschleunigt. Die Anpassungskrise dauerte bis 1997. Erst Mitte dieses Jahres schien es so, als hätte die Volkswirtschaft die Talsohle der Anpassungskrise erreicht. Nach einer Stabilisierung (Wachstum in Höhe von 0,4% des realen BIP) rechnete man mit dem Übergang zu einem

Bruttoinlandsprodukt in Polen & Rußland



positiven Wirtschaftswachstum (Tschernomyrdin, S. 45). Die seit Anfang der neunziger Jahre andauernde Anpassungskrise der russischen Volkswirtschaft verschärfte sich infolge der Rubel-Krise im August/September 1998 noch weiter. Sie fegte alle Träume von der Umkehr des bisherigen negativen Trends vom Tisch: Das Gegenteil war der Fall. Nach vorläufigen Schätzungen wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 um ca. 6 bis 8% schrumpfen. Ein ähnlicher Rückgang ist bei den Bruttoanlageinvestitionen zu erwarten. Im Unterschied zum vergangenen Jahr gab es Ende 1998 keine optimistischen Erwartungen, daß das neue Jahr endlich den Durchbruch zum Wachstum bringen könnte.

3. Systemtransformation Polens und Rußlands im Vergleich

3.1. Ausgangsbedingungen der Transformation

Die politischen Voraussetzungen für ein konsistentes Paket von Transformationsmaßnahmen waren in Polen in der zweiten Jahreshälfte 1989 so günstig wie lange nicht mehr. Einerseits beeinträchtigte der Zerfall der kommunistischen Herrschaftsstrukturen den Nationalstaat nicht, was bekannterweise im Falle der „sozialistischen Föderationen“ UdSSR, Jugoslawien und Tschechoslowakei zum Zerfall der Staatsstrukturen führte. Noch wichtiger erscheint allerdings ein weiterer Faktor. Nach Jahrzehnten des Kampfes gegen den Realsozialismus ist die Nation am Ziel ihrer Souveränitätsträume angelangt. Die erste nichtkommunistische Regierung Polens wurde mit einem hohen Vertrauensvorschuß und höchster Glaubwürdigkeit ausgestattet. In dieser Phase der Transformation konnte ihr „geistiger Vater“, Leszek Balcerowicz, die Rolle eines „weisen Diktators“ im ökonomischen Sinn spielen. Alle notwendigen Maßnahmen der Transformationspolitik konnten im Parlament und in der Öffentlichkeit durchgesetzt werden.

Diese günstigen politischen Voraussetzungen für eine konsistente Transformationspolitik waren in der UdSSR nicht vorhanden. Der Zerfall der kommunistischen Herrschaftsstrukturen und der sozialistischen Planwirtschaft ging 1991 mit dem Auseinanderfallen der Staatsstrukturen einher. Auch die neugegründete Rußländische Föderation war von Anfang an durch zentrifugale Tendenzen sowie politisches Wirrwarr und Chaos gekennzeichnet. Dies alles erschwerte die Durchsetzung einer das ganze Staatsgebiet umfassenden, widerspruchsfreien Transformationspolitik (DIW-Bericht, 1992, S. 522). Demzufolge verfügten die russischen Wirtschaftspolitiker auch nicht über besonders umfangreiche Handlungsspielräume. Diese waren viel enger als in der euphorischen Phase der polnischen Transformation.

Die sowjetische Volkswirtschaft war zu Beginn der Systemtransformation von makroökonomischen Instabilitäten keineswegs frei. Im Unterschied zu Polen waren jedoch die achtziger Jahre keine Inflationsdekade. Die inflationären Tendenzen kamen intensiver erst an der Wende der achtziger und neunziger Jahre zum Vorschein. 1991 beschleunigte sich die bisherige schleichende Inflation zur galloppierenden Inflation (Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum vorhergehenden Jahr um 160%). Seit dem Machtantritt von Gorbatschow 1985 überstieg der Anstieg der Löhne den Zuwachs der Preise und der Arbeitsproduktivität. Die Hauptquelle der makroökonomischen Instabilität war jedoch nicht die Lohn-Preis-Spirale, sondern das Staatshaushaltsdefizit. Nur für Rußland selbst wurde dieses Defizit vom IWF im Jahr 1991 auf 20% des Bruttosozialprodukts geschätzt (DIW-Bericht, 1992, S. 526). Nicht besser sah die Lage in den anderen Sowjetrepubliken aus. Wegen der fast ausschließlichen Finanzierung des Defizits durch Notenbankkredite kam es im ganzen Wirtschaftsraum der UdSSR zu einem gewaltigen Anstieg der Geldmenge (DIW-Bericht, 1991, S. 295).

Die makroökonomische Lage der jeweiligen Volkswirtschaft zu Beginn der Transformation

beeinflusste auch die Aussichten auf eine wirksame stabilitätspolitische Bekämpfung von makroökonomischen Instabilitäten. Weil es in Polen in den achtziger Jahren durchgehend eine gallopierte Inflation gab, verfestigten und stabilisierten sich die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte. In Antizipation des künftigen Wirtschaftsgeschehens nahmen diese eine immer weiter steigende Inflationsrate an und versuchten ihre Verhaltensstrategien danach auszurichten. Um ihre realen Arbeitslöhne bzw. Umsätze und Gewinne zumindest auf dem schon erreichten Niveau zu halten, übten sie Druck auf eine Erhöhung nomineller Löhne und Güterpreise aus. Bei schwacher Machtposition der wirtschaftspolitischen Führung und ihres Wirtschaftsapparates gelang dies auch meistens. Die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte wurden demzufolge zu einer „sich selbst erfüllenden Prognose“. Diese erfuhr eine kumulative Beschleunigung während der Hyperinflation in der zweiten Jahreshälfte 1989; die Inflationserwartungen stiegen rapide an und zogen somit Löhne und Preise hoch.

Die makroökonomische Lage Rußlands am Beginn des Transformationsprozesses war günstiger. Die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte konnten sich an der Wende der achtziger zu den neunziger Jahren noch nicht so wie in Polen verfestigen. Vor dem Start der Transformation blieb auch die Hyperinflation aus. Auf der anderen Seite verfügte Polen allerdings über günstigere politische Voraussetzungen für einen wirksamen Einsatz des stabilitätspolitischen Instrumentariums.

3.2. Transformationsstrategie

Das Zielmodell der Systemtransformation wurde in Polen 1989 unmißverständlich formuliert. Nach Leszek Balcerowicz war das eine „Wirtschaftsordnung westlichen Typs“ mit allen typischen konstitutiven Strukturmerkmalen hochentwickelter kapitalistischer Marktwirtschaften. Dabei wurde polnischerseits immer wieder betont, daß ein hoher Grad der Geldwertstabilität

zu den konstitutiven Strukturmerkmalen des Transformationspolitischen Zielmodells gehört. Die ordnungspolitischen Zielvorstellungen der politischen Führung wurden von einem breiten Konsens in der Bevölkerung mitgetragen (Schlögel, 1996).

Eine solche Klarheit hinsichtlich des Zielmodells der Systemtransformation und die Unterstützung seitens der Bevölkerung war in Rußland in viel geringerem Maße vorhanden. Es gab keine Übereinstimmung darüber, was das Zielmodell der Transformation sein sollte. Während Jegor Gajdar von freier Marktwirtschaft des angelsächsischen Typs sprach, befürwortete der ehemalige Premierminister Wiktor Tschernomyrdin das ordnungspolitische Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Der Unternehmensverband unter Arkadij Wolski und die ökonomischen Experten des Postkommunistenführers Sjuganow sprachen sich dagegen für eine Zweisektoren-Volkswirtschaft aus. Sie soll Staatseigentum und Staatsinterventionismus in sog. strategischen Wirtschaftsbereichen mit marktwirtschaftlichen Verhältnissen im „nicht-strategischen“ Sektor der Volkswirtschaft verbinden.

Die galoppierende Inflation der achtziger Jahre mit ihrem hyperinflationären Höhepunkt in der zweiten Jahreshälfte 1989 erzwang die Priorität der makroökonomischen Stabilisierungspolitik vor mittel- und langfristigen ordnungspolitischen Umwandlungen in Polen. Leszek Balcerowicz begründete diesen mit folgendem Gleichnis: „Hyperinflation sei ein Flächenbrand, der mit allen vorhandenen Instrumenten und möglichst am schnellsten gelöscht werden müsse“ (Balcerowicz, 1992, S. 40). Um bei Freigabe fast aller Güterpreise am 1. Januar 1990 und der damit einhergehenden Deregulierung der Märkte einen noch intensiveren Schub der Hyperinflation zu verhindern, wurden restriktive Maßnahmen der Stabilisierungspolitik durchgesetzt. Denn nur durch eine schockartige Kontraktion seitens der reduzierten volkswirtschaftlichen Nachfrage konnte der Preisanstieg wirksam eingedämmt werden. Als Beispiel für

diese Restriktionen eignet sich die Einkommenspolitik. Um die weiteren kumulativen Drehungen der Preis-Lohn-Spirale zu unterbinden, verordnete man für das Jahr 1990 einen De-facto-Lohnstopp. Den Staatsbetrieben wurde eine Kompensation des Konsumgüterpreisanstiegs durch Lohnerhöhung nur um 20% erlaubt. Später wurde diese Restriktion durch die Erhöhung des Limits auf 60% des Preisanstiegs zwar etwas gelockert, aber trotzdem verlor sie ihre restriktive Wirkung noch nicht. Die restriktive Einkommenspolitik wurde in der Transformationsstrategie durch Restriktionen der Geld- und Haushaltspolitik flankiert, die alle in ihrer Wirkung konsequent auf die Verringerung der volkswirtschaftlichen Nachfrage zielten. Die geballte Konzentration stabilitätspolitischer Restriktionen ist durch ein Festkursregime des Zoty zu US-Dollar in Verbindung mit der Teilkonvertibilität der einheimischen Währung ergänzt worden.

Insgesamt zeichnet sich die polnische Transformationsstrategie durch drei „nominelle Anker“ der makroökonomischen Stabilität aus:

- restriktive Einkommenspolitik mit ihrer Lohnbremse
- Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts,
- Festkursregime des Zoty zum US-Dollar.

In Rußland gab die Regierung am 1. Januar 1992 fast alle Güterpreise frei und verband dies mit einer Deregulierung der Gütermärkte. Im Bereich der mikroökonomischen Liberalisierung können Gemeinsamkeiten zwischen der polnischen und russischen Transformationsstrategie festgestellt werden. Anders sieht es allerdings im Bereich der makroökonomischen Stabilisierungspolitik aus. Die Regierung setzte vor allem auf den Ausgleich des Staatshaushalts. Dadurch sollte die bisher wichtigste Inflationsquelle, d.h. die Finanzierung der Haushaltsdefizite durch Notenbankkredite zum Versiegen gebracht werden. Dafür waren drastische Abstriche auf der Ausgabenseite, vor allem bei Subventionen für unrentable Staatsbetriebe und Rüstungsausgaben notwendig. Man wagte nicht,

eine restriktive Lohnpolitik in den Staatsbetrieben durchzusetzen. Die Betriebe sollten unter dem Druck einer harten Budgetrestriktion selbst entscheiden, welche Löhne sie sich leisten können. Das Konzept zur makroökonomischen Stabilisierung sah 1992 keine restriktive Geldpolitik vor. Die Notenbank blieb weiter abhängig von der Regierung, und es war auch nicht vorgesehen, durch positive Realzinse für Bankeinlagen und Kredite die Geldmenge unter Kontrolle zu halten. Es fehlte auch die außenwirtschaftliche Flankierung der Stabilisierungspolitik, d.h. die Teilkonvertibilität des Rubels und ein Festkursregime des Rubels zu westlichen Hartwährungen. Im Vergleich zur makroökonomischen Stabilisierungspolitik in Polen wirkt der Stabilisierungsansatz in Rußland bruchstückhaft. Aus drei „nominellen Ankern“ der Stabilisierungspolitik ist nur der Haushaltsausgleich übriggeblieben. Die Stabilisierungspolitik in Rußland 1992 war – wie das Jegor Gajdar formulierte – eine „Schocktherapie ohne Schock“.

3.3. Volkswirtschaftliche Angebotsreaktion

3.3.1. Ausgangsbedingungen der Transformation

Der ordnungspolitische Dualismus (Mischordnung) Polens am Ende der achtziger Jahre barg in sich die potentiellen Antriebskräfte des künftigen Wirtschaftswachstums. Das damals vorhandene Wachstumspotential erlaubt einen Vergleich zu der Situation in Westdeutschland 1948, am Vorabend der Währungs- und Wirtschaftsreform. Ludwig Erhard sprach damals von einem „gefesselten Kapitalismus“, der durch einen radikalen Währungsschnitt, Freigabe eines Großteils der Güterpreise und Abschaffung vorhandener behördlicher Regulierungen der Märkte (Deregulierung) entfesselt werden müsse. Die seit 1979 in einer andauernden Stagflationsphase steckende polnische Volkswirtschaft brauchte auch einen ordnungspolitischen Befreiungsschlag. Erst nach der Etablierung der ersten nichtkommunistischen Regierung im

September 1989 konnte konsequent der Weg zu einer Systemtransformation eingeschlagen werden.

Aus dem „von oben“ eingeleiteten Verfall der planwirtschaftlichen Ordnung in der UdSSR ergaben sich keine potentiellen Antriebskräfte des künftigen Wirtschaftswachstums. Die Ergebnisse des Verteilungskampfes der Nomenklatura waren nicht durch Produktionsleistungen bzw. unternehmerische Innovationsbereitschaft bestimmt, sondern durch die vorhandene Machtposition, die Beziehungen in der Machtelite und Zusammenarbeit mit dem organisiertem Verbrechertum. Die Gewinner konnten sich Teile des Staatsvermögens faktisch aneignen, aber sie waren (noch) keine formellen Eigentümer. Demzufolge trugen sie auch keinerlei Verantwortung für Verluste, die sich einfach auf den formellen Eigentümer, d. h. den Staat, abwälzen ließen. Sie waren also keine Unternehmer im Sinne von Schumpeter, sondern Machtpolitiker, Schattenwirtschaftler und Mafiabosse.

3.3.2. Transformationsstrategie und Angebotsreaktion

Es erscheint hier zweckmäßig, zwischen dem mittelbaren und unmittelbaren Einfluß der Transformationsstrategie auf die volkswirtschaftliche Angebotsseite zu unterscheiden. Im ersten Falle geht es darum, wie die Transformationspolitik durch Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft Wachstumsimpulse freisetzt. Im zweiten Falle soll die Frage beantwortet werden, ob und wie die Transformationspolitik unmittelbar zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Angebotsseite beitrug.

Die in der polnischen Transformationsstrategie verankerte makroökonomische Stabilisierungspolitik wurde auch in die Praxis umgesetzt. Im Jahr 1990 wurde die volkswirtschaftliche Angebotsseite mit dem Schock der Nachfragebarriere und der harten Budgetrestriktion konfrontiert. Dies waren Faktoren, die zuerst zum Rückgang der volkswirtschaftlichen Produktion beigetragen haben. Bei vorwiegend passiven

Anpassungsstrategien der Staatsbetriebe bedeutete die Reaktion auf die erwähnten Restriktionen vor allem die Kürzung der Produktionsprogramme. Erst mit gewisser Zeitverzögerung zwangen diese Restriktionen den Betrieben aktive Anpassungsstrategien auf, so wie im marktwirtschaftlichen „Prinzip Hoffnung“ vorgesehen. Der Übergang zu aktiven Anpassungsstrategien kam früher und auch stärker im Privatsektor als im Staatssektor der Volkswirtschaft zum Tragen. Für den Privatsektor erwies es sich als vorteilhaft, daß die Transformationsstrategie alle möglichen Türen für Neugründungen von Privatbetrieben öffnete. Eine imposante Gründungswelle am Anfang der neunziger Jahre brachte den Durchbruch, denn nach zwei Jahren der Transformationskrise kehrte die Volkswirtschaft 1992 auf den Wachstumspfad zurück.

In Rußland wurde die im Januar 1992 eingeleitete mikroökonomische Liberalisierung (vorwiegend im Inland) durch keine konsequente makroökonomische Stabilisierungspolitik flankiert. Als völlig unzureichend erwies sich die in der Transformationskonzeption vorgesehene Stabilisierung der Volkswirtschaft nur mit Hilfe restriktiver Haushaltspolitik. Mitte des Jahres 1992 zeichnete sich immer deutlicher ab, daß eine wirksame makroökonomische Stabilisierung nicht durchsetzbar war. Weil es keine spürbaren Restriktionen seitens der Einkommens- und Geldpolitik gab, konnten die Staatsbetriebe, die sich aus der Streichung von Subventionen ergebende härtere Budgetrestriktion wieder aufweichen. Um den Anstieg der Konsumgüterpreise zu kompensieren, erhöhten sie die Arbeitslöhne und liehen das dafür notwendige Geld – bei einem Kreditzinsniveau, das wesentlich unter der Inflationsrate lag – bei der Notenbank aus. An die Stelle der Notenbankfinanzierung der Haushaltsdefizite trat also die Notenbankfinanzierung der Betriebsdefizite. Die makroökonomische Stabilität konnte auch nicht wegen des nicht vorhandenen Festkursregimes des Rubels und seiner

höchst eingeschränkten Konvertibilität aus dem westlichen Ausland „importiert“ werden.

In das durch den Zerfall der Mischordnung der achtziger Jahre und die zögerliche wie auch inkonsequente staatliche Ordnungspolitik entstandene ordnungspolitische Vakuum stieß am Anfang der neunziger Jahre die spontane Ordnungsentwicklung. Ihre größte Leistung ist die beschleunigte Privatisierung der polnischen Volkswirtschaft, vorwiegend durch Neugründungen. In der zweiten Jahreshälfte 1998 waren nahezu 70% der Erwerbstätigen im Privatsektor beschäftigt und sein Anteil am BIP machte 65% aus. Die Unzulänglichkeiten der Ordnungspolitik konnten allerdings von der spontanen Ordnungsentwicklung (Privatisierung durch Neugründung) nur teilweise wettgemacht werden. Wesentliche ordnungspolitische Defizite auf dem Weg zur Marktwirtschaft sind festzustellen. Die Volkswirtschaft wird immer noch durch einen umfangreichen öffentlichen Sektor in sog. strategischen Wirtschaftsbranchen (Steinkohlebergbau, Hüttenwesen, Energiewirtschaft, Erdölverarbeitung, Telekommunikation usw.) belastet. Die Großbetriebe nutzen ihren traditionell schon starken politischen Einfluß, um durch Absicherung ihrer Monopol- bzw. Oligopolstellung auf den Gütermärkten und durch verschiedenartige staatliche finanzielle Vergünstigungen, ihren Belegschaften möglichst hohe Löhne zu sichern. Polen erreichte also in den neunziger Jahren ein langandauerndes und hohes Wirtschaftswachstum nicht so sehr dank, sondern eher trotz seiner asymmetrischen Transformationsstrategie!

Auch in der UdSSR gab es an der Wende der achtziger und neunziger Jahre spontane, ordnungspolitische Entwicklungen. Die Antriebskräfte dieser Spontaneität steckten jedoch – im Unterschied zu Polen – nicht in der Tätigkeit einzelner Wirtschaftssubjekte (v.a. der privaten Haushalte), sondern in den wirtschaftlichen und politischen Machteliten. Die wichtigste Folge war die Durchführung einer De-facto-Privatisierung der staatlichen Produktionsmittel durch die Nomenklatura-Klasse. Die bisher existieren-

den Monopole und Oligopole behielten ihre monopolistischen Positionen auf den Märkten. Dieser ordnungspolitischen Entwicklung „von oben“ fehlte die Entwicklung der kapitalistischen Ansätze „von unten“, die zur Herausbildung von wettbewerbsfähigen Angebotsstrukturen beigetragen hätten.

Die russischen Wirtschaftspolitiker waren sich dieser ungünstigen Ausgangslage auf der volkswirtschaftlichen Angebotsseite durchaus bewußt. Ihre Stärkung durch staatliche Ordnungspolitik sah der Schatalin-Jawilinskij Plan im Jahr 1990 vor. In die gleiche Richtung ging die Ankündigung Jelzins vom Januar 1992, daß 70% sämtlicher Privatbetriebe bis Ende 1992 in private Hände überführt werden sollen (DIW-Bericht, 1992, S. 524). Um die komplizierte und politisch brisante Aufgabe der Privatisierung von bestehenden Staatsbetrieben in hohem Tempo zu bewerkstelligen, griff man auf unkonventionelle Privatisierungsmethoden zurück. Man lehnte sich dabei vorwiegend an die von zwei polnischen Wirtschaftswissenschaftlern, Lewandowski und Szomburg, 1988 vorgeschlagene Methode einer kostenlosen Aufteilung des Staatsvermögens unter Bürgern an. Im Rahmen dieser Politik erhielten alle erwachsenen Bürger einen Voucher im Nominalwert 10.000 Rubel, der ein Art „Ersatzgeld“ für den Kauf von Anteilen am Staatsvermögen darstellte. Im Unterschied zu vielen anderen Transformationsländern war dieser Privatisierungsscheck frei handelbar. Die Privatisierungspolitik sah drei unterschiedliche Varianten des Verkaufs des Staatsvermögens gegen die Privatisierungsschecks vor. Unter dem Druck der Betriebsdirektoren, der Belegschaften und lokaler Behörden setzte sich in der Praxis die schlechteste Methode durch. Die Belegschaften kauften für den 1,7-fachen Buchwert bis zu 51% der Unternehmensaktien auf. Demzufolge kam es nicht zu einer Privatisierung, sondern zur Vergenossenschaftlichung der Staatsbetriebe. Höchst ironisch werden diese auch als „Industriekolchosen“ bezeichnet (Jegor Gajdar, 1995, S. 153).

Eine solche Privatisierungspolitik konnte nichts Wesentliches zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Angebotsseite beitragen. Die Schwäche der Politik wurde auch nicht wie in Polen durch einen Gründungsboom nach Einleitung der Systemtransformation wettgemacht. Dafür gab es viel zu wenige Antriebskräfte wirtschaftlichen Wachstums. Der erhoffte marktwirtschaftliche Aufschwung scheiterte also zumindest aus dreierlei Gründen. Erstens aufgrund der ungünstigen ordnungspolitischen Ausgangsbedingungen der Transformation (Nomenklatura-Privatisierung); zweitens wegen der in den ersten Transformationsjahren nicht gelungenen Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft, und drittens aufgrund der mißglückten unmittelbaren Stärkung des volkswirtschaftlichen Angebots durch die Privatisierungspolitik. Die Rubelkrise in der zweiten Jahreshälfte 1998 machte viertens die im Verlauf des Jahres 1997 sich allmählich abzeichnenden ersten Ansätze einer wirtschaftlichen Erholung wieder zunichte. Die Talfahrt der russischen Volkswirtschaft setzt sich demzufolge weiter fort.

4. Zusammenfassung

Der Vergleich der Systemtransformation in Polen und Rußland brachte Ergebnisse, die in der folgenden Übersicht kurz zusammengefaßt worden sind, so daß sich eine ausführlichere Diskussion erübrigt.

Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Ausgangsbedingungen der Transformation | |
| 1.1. Politik | Polen > Rußland |
| 1.2. makroökonomische Lage | Polen < Rußland |
| 2. Transformationsstrategie | |
| 2.1. Zielmodell | Polen > Rußland |
| 2.2. Instrumentarium | Polen > Rußland |

Volkswirtschaftliche Angebotsreaktion

- | | |
|---|--|
| 1. Ausgangsbedingungen der Transformation | |
|---|--|

- | | |
|-----------------------------|-----------------|
| 1.1. Wirtschaftsordnung | Polen > Rußland |
| 2. Transformationsstrategie | |
| 2.1. mittelbare Wirkung | Polen > Rußland |
| 2.2. unmittelbare Wirkung | Polen ≥ Rußland |

Diese Zusammenstellung könnte noch um weitere Faktoren erweitert werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Ausgangsbedingungen der Transformation wie auch auf die bisher unberücksichtigten Begleiterscheinungen. Auch in diesem letzten Fall schneidet Polen besser als Rußland ab. Während die polnische Volkswirtschaft am Anfang der neunziger Jahre „nur“ den externen Schock des Zerfalls des RGW zu verkraften hatte, mußte die russische Volkswirtschaft überdies noch mit der beschleunigten Desintegration des bisher einheitlichen Wirtschaftsraumes der UdSSR fertig werden. Dem einmaligen externen Schock in Polen steht also ein doppelter externer Schock in Rußland gegenüber.

Aus den obigen Ausführungen folgt die Antwort auf die am Anfang dieses Beitrages gestellte Frage hinsichtlich der Gültigkeit des polnischen Transformationskonzepts für Rußland. Durch die Nichtanpassung dieser Strategie an die Ausgangsbedingungen der Transformation und die teilweise daraus resultierende inkonsistente Umsetzung wurden zweifelsohne konzeptionelle Fehler begangen. Zugleich ist es jedoch nicht sicher, ob unter den turbulenten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der zweiten Jahreshälfte 1991 diese unvermeidlich oder zumindest teilweise zu vermeiden waren. Die dramatische Lage wird durch die im August 1998 erfolgte Freigabe des Rubelkurses zum US-Dollar und die darauffolgende mehr als 300%-ige Abwertung des Rubels noch weiter verschlechtert. Die russische Regierung muß ein neues Konzept der Transformationspolitik entwickeln, das viel besser als die Transformationsstrategie 1992 an spezifische Bedingungen der Systemtransformation in Rußland angepaßt ist und durch einen hohen professionellen Standard

und politische Unterstützung Voraussetzungen für den Erfolg schafft.

Literaturhinweise

1. Bak, Henryk/Pysz, Piotr/Scharff, Roland (Hrsg.), Das Balcerowicz-Programm: Konzept, Realisierungsschritte, Zwischenergebnisse, Erlangen, 1991.
2. Balcerowicz, Leszek, 800 dni szoku kontrolowanego, Warszawa, 1992.
3. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sowjetunion, Der politische Machtkampf lähmt die Wirtschaft, Berlin, Nr. 22/1991.
4. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands, Berlin, Nr. 42/1992.
5. Gajdar, Jegor, Entscheidung in Rußland, München, Wien, 1995.
6. Hensel, Paul, Der Zwang zum wirtschaftlichen Experiment in zentral gelenkten Wirtschaften, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 184.
7. Huber, Maria, Ruin statt Rettung, Zeitpunkte Nr. 45/98.
8. Jawlinski, Grigorij, Rußland: Markteuphorie oder zielgerichtete Transformation, in: Sammelband, Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Hrsg. Werner Weidenfeld, Gütersloh, 1995.
9. Jermakowicz, Władysław, Das wirtschaftliche Lenkungssystem Polens, Marburg, 1985.
10. Kaczmarek, Wiesław, Privatisierung: Motor des Systemwandels, in: Polen-Beilage, FAZ vom 19.11.1996.
11. Kuczyński, Waldemar, Zwierzenia zausznika, Warszawa, 1992.
12. Lipowski, Adam, Kampf gegen die Hyperinflation in Polen 1990, in: Das Balcerowicz-Programm: Konzept, Realisierungsschritte, Zwischenergebnisse, Hrsg. Bak, Henryk/Pysz, Piotr/Scharff, Roland, Erlangen, 1991.
13. Pysz, Piotr, Die Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft in Polen, in: Marktwirtschaft als Aufgabe – Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Hrsg. Ludwig-Erhard-Stiftung, Stuttgart/Jena/New York, 1994.
14. Raport PPRG, O polityce gospodarczej Polski, Warszawa, 1993.
15. Regelmäßiger Bericht der Kommission über Polens Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt; Report EU, November 1998.
16. Rocznik Statystyczny, Warszawa, 1991.
17. Sach, Volker, Aufschwung mit stabilem Fundament, in: Polen-Beilage, FAZ vom 10.11.1997.
18. Schlögel, Jörg, Beitritt 2000, in: Polen-Beilage, FAZ vom 19.11.1996.
19. Tschernomyrdin, Wiktor, Rußland – nach der Revolution die Reform, in: Rußland – Was tun? Hrsg. Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationalen Dialog, 1997.
20. Wirtschaftstrends, Polen 1998, Bundesstelle für Außeninformationen.

Gerhard Schlüsselbauer

Auf dem Weg in die Europäische Union – Systemtransformation und wirtschaftliche Anpassung in Ungarn

Einleitung

Ungarische Politiker sowohl des linken, post-sozialistischen als auch des gegenwärtig regierenden bürgerlich-konservativen Lagers haben seit Ende der achtziger Jahre nie einen Hehl aus den Bestrebungen gemacht, der Europäischen Union und seinen exekutiven, legislativen sowie judikativen Organen beizutreten. Die künstliche Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg, die allerdings in Ungarn wesentlich abgeschwächer ausfiel als in anderen ehemaligen Ostblockländern, und die Einbindung in ein System von Staats-

handelsländern hat in Ungarn ein um so stärkeres Gefühl der Zugehörigkeit zu Mitteleuropa geweckt. Vor diesem Hintergrund sind die einschneidenden und tiefgreifenden strukturellen Reformen zu sehen, die zumindest seit dem Ende der achtziger Jahre, teilweise jedoch bis zur Einführung des Neuen Ökonomischen Mechanismus in den späten sechziger Jahren zurückreichen. Trotz der gewaltigen Probleme und der mit dem Übergang zu neuen Prinzipien einer gesellschaftlichen Ordnung verbundenen Anpassungshärten lassen sich ein Jahrzehnt nach

dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa weitreichende Fortschritte sowohl im Aufbau einer demokratischen Kultur als auch in der Festigung marktwirtschaftlicher Ordnungssysteme identifizieren.

Bevor die folgende Analyse sich insbesondere mit den wirtschaftlichen Umgestaltungsprozessen auseinandersetzt, lohnt es sich, auf einen heiklen sicherheitspolitischen Aspekt Ungarns hinzuweisen. Die Einbindung Ungarns in die NATO, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragen wird, stellt das Land aufgrund der Balkankrisen vor eine entscheidende und höchst kontrovers diskutierte Frage. Vor dem Hintergrund einer zahlenmäßig beachtlichen ungarischen Minderheit auf dem Gebiet Restjugoslawiens in der Vojvodina, in der etwa 300.000 Menschen ungarischer Abstammung leben, entstand in der Konsequenz der NATO-Luftschläge, die auch diese Region massiv betrafen, die gleichsam schizophrene Situation, Krieg gegen die eigene Volksgruppe zu führen. In der politischen Diskussion stellte diese Tatsache das Land immer wieder vor eine innere Zerreißprobe, obwohl die Bündnistreue nach der Aufnahme in die NATO im März 1999 nie ernsthaft in Frage gestellt wurde. Gleichwohl stellt sich vor der Betrachtung der ökonomisch-gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse die Problematik des ethnischen Konfliktpotentials, deren Geschichte und Entwicklung besonders auch das ungarische Volk im 20. Jahrhundert betrifft.

Kurzer Abriß der Transformations- theorie

Eine vorgefaßte und abgesicherte Theorie der Systemtransformation von einem sozialistischen zu einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem existiert auch jetzt noch nicht. Die einzelnen Bereiche (makroökonomische Stabilisierung, Liberalisierung, Privatisierung, Aufbau von administrativen Institutionen, Finanzmarktregulierungen etc.) lassen sich jedoch zumeist mit wirtschaftstheoretischen Ansätzen,

die im Gefolge der „klassischen“ ordnungstheoretischen und -politischen Überlegungen sowie auch der amerikanischen Institutionenökonomik entstanden sind, auf ihre schrittweise (Sequenzabfolge) und zeitlich abgestimmte Umsetzung (Timing) in kohärenter Form analysieren (Schüsselbauer, 1998; Spak, 1998). Insofern vollzog und vollzieht sich die Systemtransformation in ehemals sozialistischen Ländern keineswegs in einem theoretischen Vakuum. Illusionen einer extrem raschen Umgestaltung aller relevanten Wirtschaftsbereiche mußten jedoch unabhängig von der verfolgten Transformationsstrategie rasch aufgegeben werden.

Aus dem Blickwinkel der Theorie der ökonomischen Anreize lassen sich hinsichtlich der Betrachtung einzelner Wirtschaftssysteme drei Zustände ausmachen (Roland, 1994; Murrell, 1996):

- a) *Sozialismus* als System mit niedrigem Anreizniveau, hoher Sicherheit des Individuums bei omnipräsentem sozialen Schutz und Bevormundung; unmittelbare Konsequenzen sind Risikominimierung und -aversion bei fehlender Gewinnorientierung, Überbeschäftigung sowie niedrigeres Volkseinkommen aufgrund mangelnder Marktanreize und privatwirtschaftlicher Aktivitäten.
- b) *Kapitalismus/Marktwirtschaft* als System mit höherem Anreizniveau und geringerer Sicherheit; Folgen sind ein höheres Marktrisiko, aber auch ein höheres Einkommen aufgrund stärkerer ökonomischer Anreize und Aktivitäten. Durch ein höheres volkswirtschaftliches Einkommen entsteht auch ein größerer Verteilungsspielraum.
- c) *Transformation/Übergang* als besonders kritisches Stadium, da Unsicherheiten und Risiko bezüglich der am Markt erzielbaren Einkommen angewachsen sind, diese Einkommen in der Zeit eines lang anhaltenden, krisenhaften Übergangs, der sogenannten „lauten Phase der Transformation“ (Tirole, 1991, S.247-250), noch nicht gestiegen sind,

ja sogar gesunken sein können. Aufgrund sinkender Staatseinnahmen und der Notwendigkeit einer restriktiven Prozeßpolitik verengt sich der Spielraum für die Ergreifung gegensteuernder Maßnahmen.

Im Nachhinein hat sich auch die akademische Diskussion über die grundsätzliche Wahl zwischen Schocktherapie und Gradualismus als vielfach unbrauchbar herausgestellt, zumal die einzelnen Wirtschaften mit teilweise gänzlich unterschiedlichen Ausgangspositionen zu kämpfen hatten. Wenn die ungarische Reformstrategie immer wieder z.T. irreführend als rein gradualistisches Konzept bezeichnet wurde, so ist das damit zu erklären, daß maßgebliche Reformen insbesondere auf mikroökonomischer Ebene bereits vor 1989/90 durchgeführt wurden. Allerdings zeigt der weitere Verlauf der Anpassungsmaßnahmen in den neunziger Jahren, daß Ungarn bis 1995 ein eher halb-gradualistisches Konzept mit Schockelementen der Liberalisierung und einer restriktiven Geld- und Lohnpolitik, verbunden mit einem radikalen Subventionsabbau, realisieren mußte. Auch wenn der extreme makroökonomische Stabilisierungszwang wie in Polen in den Jahren 1989 bis 1991 (Phase der radikalen Bekämpfung der Hyperinflation durch gleichzeitige, synchrone Anwendung mehrerer sog. „realer Anker“) nicht bestand, machten vor allem die verschleppten Reformen in den Jahren 1990 bis 1994 die Verabschiedung eines Austeritätspaketes im März 1995 notwendig. Im nachhinein sollte sich herausstellen, daß dieses orthodoxe Sparprogramm, von einer postsozialistischen Regierung in die Wege geleitet, den Weg ebnete für eine nachhaltige Wachstumsentwicklung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Notwendig geworden sind die Maßnahmen der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik aufgrund des Anstiegs der inländischen und der ausländischen Verschuldung, des Anstiegs des Leistungsbilanzdefizits sowie anhaltend hoher Inflationsraten. Um eine Krise der Währungsreserven zu vermeiden, wurde das Wechselkursregime auf ein „Crawling-peg“-System umgestellt sowie eine

stabilitätsorientierte Lohnpolitik durchgeführt. Dies führte daher im Jahr 1995 in direkter Konsequenz einerseits zu stark fallenden Reallöhnen (1995: Veränderung von -12 v.H. gegenüber dem Vorjahr). Andererseits konnte aber die aus dem Ruder laufende Entwicklung der sog. Zwilingsdefizite in der Leistungsbilanz sowie im Staatshaushalt unter Kontrolle gebracht werden. Der folgende Abschnitt untersucht daher in geraffter Form die Fortschritte in den Anpassungsprozessen der ungarischen Wirtschaft im Verlauf der neunziger Jahre.

Stand und Verlauf des wirtschaftlichen Übergangs in Ungarn

Die nachfolgende Tabelle zeigt überblickartig die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren und deren Entwicklung.

Im folgenden sollen die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft anhand makroökonomischer Indikatoren sowie weitere Fortschritte in den realwirtschaftlichen Anpassungsprozessen eingehender untersucht werden:

- Erst nach Verabschiedung und Umsetzung des rigorosen Sparpaketes im Jahr 1995 konnte in Ungarn ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung, verbunden mit einer zeitlichen Wirkungsverzögerung, in Gang gesetzt werden. Die Rolle der ausländischen Direktinvestitionen zur Förderung des Transfers von ausländischem Kapital, Know-how und Technologie muß dabei als sehr bedeutsam eingeschätzt werden. Bis Mitte der neunziger Jahre entfielen allein auf Ungarn mehr als ein Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in den ehemaligen Staatshandelsländern des RGW. Erst danach setzte insbesondere in Polen ein schwungvoller Aufholprozeß ein, der in direktem Zusammenhang mit der dort verfolgten Privatisierungsstrategie steht, die die Beteiligung ausländischer, strategischer Investoren im Rahmen umfassender Reformen und Umstrukturierungen in den Mittelpunkt

Entwicklung der Wirtschaftsindikatoren in Ungarn

	1991-1994 (im Ø)	1995	1996	1997	1998	1999 (Prognose)
Wachstumsrate des BIP (reale Veränderung zum Vorjahr)	-3,6	2,0	1,3	4,4	5,1	4,0
Pro-Kopf-Einkommen (nominal in US \$)	--	4.350	4.408	4.512	4.736	4.925
Inflationsrate in v.H. (Konsumentenpreisindex)	24,8	28,2	23,2	18,3	14,3	10,0
Arbeitslosenquote in v. H. (jeweils im Jahresdurchschnitt)	10,8	11,0	10,7	10,3	9,6	9,1
Saldo des Staatshaushalts (in v. H. des BIP)	--	-4,0	-3,1	-4,5	-6,8	-5,0
Leistungsbilanzdefizit (Saldo in Mrd. US \$)	-3.500	-2.480	-1.680	-980	-1.300	-1.500

rückt. Bezogen auf Pro-Kopf-Werte steht Ungarn in Mittel- und Osteuropa weiterhin einsam an der Spitze hinsichtlich ausländischer Kapitalströme (ADI pro Kopf der Bevölkerung betragen Ende 1998 ca. 2.200 US \$). Trotz einer beachtlichen Verstetigung des Wachstumsprozesses mit hohen positiven Zuwachsraten in den letzten drei Jahren wird eine Abschwächung der Dynamik auch aufgrund der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krisenphänomene sowie der negativen Auswirkungen des Balkankrieges erwartet. Traditionell eine wichtige Rolle spielen dabei auch Einnahmen aus dem Tourismussektor, einem zentralen Wirtschaftszweig Ungarns, der mitunter zyklischen Schwankungen unterliegt.

- Die dynamische Wachstumsentwicklung hat ähnlich wie seit 1992 in Polen zu einem steigenden Pro-Kopf-Einkommen in der Bevölkerung geführt (nominal knapp unter 5.000 US \$). Allerdings lohnt es sich in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß Ungarn auf der Berechnungsbasis der Kaufkraftparitäten lediglich etwas über der Hälfte des EU-Durchschnitts und damit noch deut-

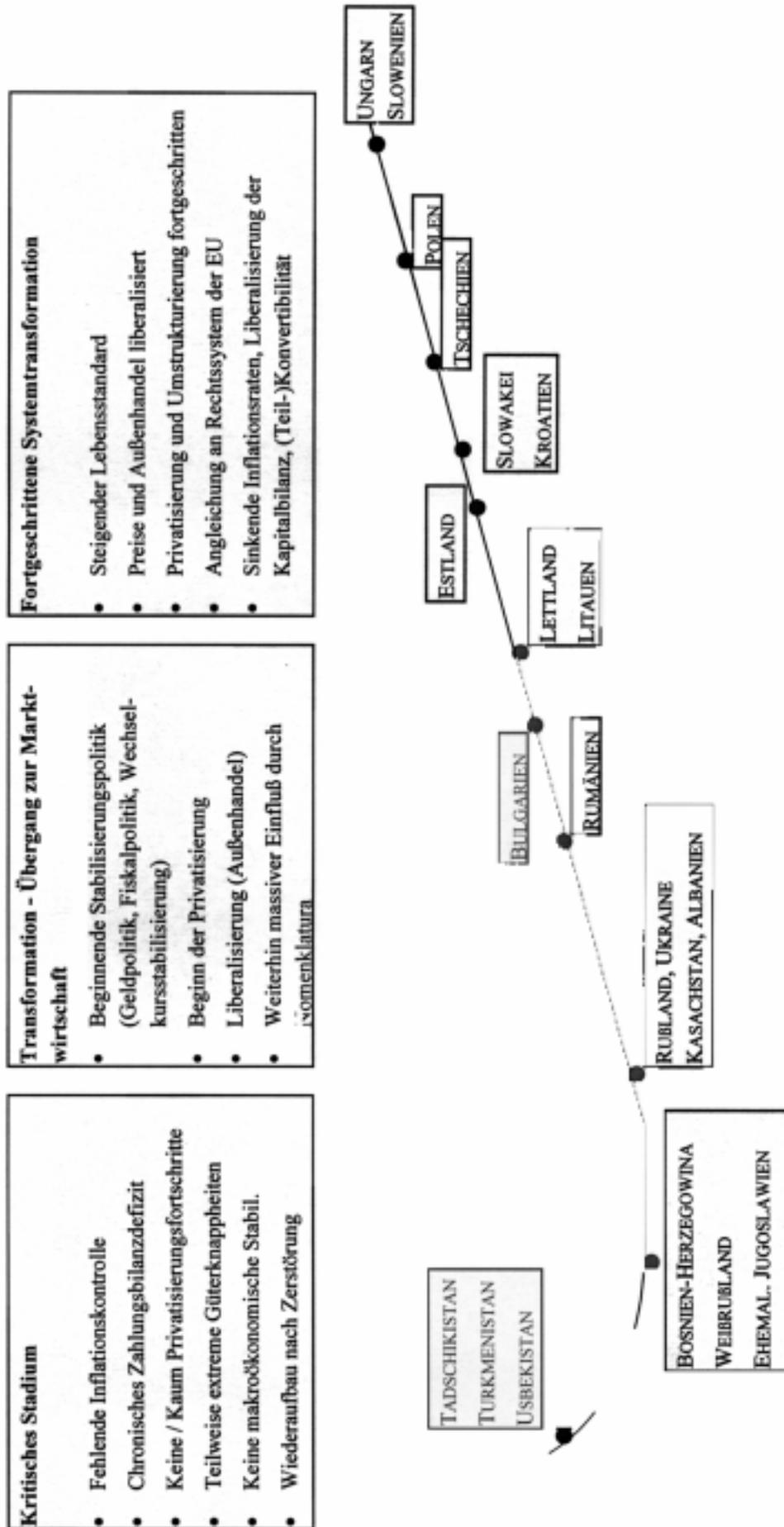
lich unter den Vergleichswerten der „ärmsten“ EU-Länder liegt. Im Gefolge der umfangreichen Anpassungsschritte während der schwierigen Phase der Systemtransformation ist soziologisch betrachtet die problematische Situation einer Spreizung der Einkommensgruppen entstanden. Eine sich herausbildende Oberschicht der „Nouveau Riches“ ist dabei ebenso zu beobachten wie das Absinken breiter klassischer Mittelschichtsbereiche, die weitgehend nur durch Zweit- oder Drittbeschäftigungen in der „Grauzone“ oder durch erzwungene unternehmerische Selbständigkeit ihr ohnehin niedriges Wohlstandsniveau halten können. Tatsächlich nimmt sich die Entwicklung der Einkommensverteilung (gemessen am Gini-Koeffizienten für die Verteilung des Markteinkommens) nicht als fundamental verschieden von sog. „postindustriellen, westlichen“ Wirtschaften aus. Substantielle Unterschiede bestehen sicherlich zur Entwicklung in Rußland, wo die Einkommensungleichheit in den neunziger Jahren dramatisch zugenommen hat (DIW, 1998, S. 921 ff.).

- Schwierig gestaltet sich der Kampf gegen die Inflationsentwicklung aufgrund der permanent hohen Raten über die neunziger Jahre hinweg. Restriktive geldpolitische Maßnahmen haben zwar zu moderaten Werten in den letzten zwei Jahren (prognostizierte Inflationsrate für 1999: ca. 10 v. H.) geführt, allerdings bedarf es noch weiterer prozeßpolitischer Anstrengungen, um das angestrebte Ziel der Erfüllung der Maastrichter Kriterien Mitte des nächsten Jahrzehnts erreichen zu können. Um eine reale Aufwertung des Forint zu vermeiden, findet seit geraumer Zeit ein Crawling-peg-System der gleitenden Wechselkursanpassung Anwendung, wobei die Rate der Währungsabwertung sukzessive verringert wird. Das erleichtert die Vorausschau in den Außenhandelsbeziehungen, die für Ungarn eine zentrale Rolle in einer exportorientierten Wachstumsstrategie darstellen. Investitionshemmend wirkt sich das enorm hohe Realzinsniveau (über 6 Prozent) aus, so daß immer noch ordnungspolitische Defizite im Kredit- und Finanzsektor identifiziert werden können. In einem ähnlichen Kontext einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik müssen die Probleme der Konsolidierung des Staatshaushaltes gesehen werden. Die Begrenzung der Staatsausgaben gerät dabei zu einer Sisyphus-Aufgabe, so daß der Spielraum für eine erwünschte Senkung der direkten Steuern (Einkommens- und Unternehmensbesteuerung) minimal bleibt. Ein nach wie vor hartnäckig hohes Niveau des Budgetdefizits würde die Notwendigkeit weiterer fiskalpolitisch-restriktiver Maßnahmen in den Mittelpunkt rücken.
- Die Arbeitslosenquote stieg ähnlich wie in anderen postsozialistischen Ländern in den ersten Jahren des Übergangs massiv an und verharrte aufgrund der strukturellen Wachstumsschwäche auf hohem Niveau. Erst hohe Wachstumsraten in Verbindung mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Nachfrage konnten dazu beitragen,

die Arbeitslosenquote unter die Zehn-Prozent-Marke zu drücken (für 1999 geschätzt: 9,1 v. H.). Regional differenziert ergibt sich ein problematisches Bild, denn wirtschaftsgeographisch betrachtet teilt sich Ungarn in mehrere heterogene Regionen ein. Während in Westungarn aufgrund hoher ausländischer Investitionen, einer soliden, hochmodernen industriellen Struktur und Dienstleistungsbasis sowie intensiver Handelsverflechtungen mit den EU-Nachbarländern in manchen Sektoren Arbeitskräftemangel herrscht, leidet die östliche Region unter schwerwiegenden strukturpolitischen Defiziten. Klassische sozialistische Vorzeigebereiche (Stahl, Schwerindustrie und Chemie) und deren Beschäftigungsstrukturen dominieren in weiten Bereichen. Der Mobilität des Faktors Arbeit sind jedoch vielfach enge Schranken gesetzt, wobei der begrenzte Markt für Immobilien und Wohnungen hervorzuheben ist, der Umzüge von Arbeitskräften und deren Familien stark erschwert.

Im Außenhandel zeigt sich im Exportsektor eine dynamische Entwicklung im Güter- und Dienstleistungsaustausch mit den EU- bzw. OECD-Ländern. Hervorzuheben ist dabei das enorm angestiegene Handelsvolumen mit Deutschland. Ungarische Importe aus Deutschland stiegen im vergangenen Jahr um immerhin 31 v. H. (FAZ vom 12.3.1999) auf wertmäßig über 12 Mrd. DM. Die Umorientierung im Handel mit OECD-Ländern wurde aufgrund einer radikalen Liberalisierung Anfang der neunziger Jahre hervorgerufen, so daß Ungarn heute etwa zwei Drittel seines Außenhandels mit OECD-Handelspartnern abwickelt. Ende der achtziger Jahre lag dieser Wert noch um ein Vielfaches niedriger. Problematisch erweist sich im Zusammenhang mit der Analyse der Zahlungsbilanzentwicklung das chronische Leistungsbilanzdefizit, das nicht nur auf die gestiegene gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit einen erhöhten Importbedarf an Investitions- und Konsumgütern zurückzuführen ist.

Verlauf und Stand der wirtschaftlichen Transformation in Mittel- und Osteuropa



Obwohl die Finanzierung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits aufgrund des Zustroms an nicht schuldenwirksamem Auslandskapital sowie Portfolioinvestitionen nicht gefährdet zu sein scheint, ist mit einer deutlichen Verringerung der Defizite in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Ungarn weist trotz aller positiven Anstrengungen in Bereichen der arbeits-, aber ebenso der technologie- und humankapitalintensiven Sektoren strukturelle Exportschwächen auf, die auch mit der protektionistischen Politik in den „sensiblen“ Sektoren der Europäischen Union in Zusammenhang gebracht werden müssen. Ein Beitritt zur Europäischen Union würde daher den Spielraum für Exportmöglichkeiten erheblich erweitern, so daß beide Seiten von handelsschaffenden Effekten und einem gestiegenen Wettbewerbsdruck profitieren würden.

- Trotz massiver Skandale im Gefolge der Bewertung von kommunalen Liegenschaften (sog. „Tocsik-Skandal“) wurde in Ungarn die Privatisierung von staatseigenen Unternehmen und Banken („Privatisierung von oben“) sowie die autonome Entwicklung des Privatsektors („Privatisierung von unten“) in den neunziger Jahren energisch vorangetrieben. Mittlerweile bildet der Privatsektor mit einem Anteil von ca. 80 v. H. an der Gesamtproduktion (BIP) das Rückgrat der wirtschaftlichen Aktivität, und die vormals exorbitant hohe Staatsquote von 60 v. H. konnte auf 44 v. H. zurückgeschraubt werden. Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit der Privatisierung, daß Ungarn als erste post-sozialistische Wirtschaft strategische und sensible Wirtschaftssektoren (Infrastruktur-sektoren, Telekommunikation), die Regierungen tendenziell gerne weiterhin unter ihrer Überwachung halten, ab dem Jahr 1994 sukzessive privatisierte. Die Gesundung des Bankensektors durch Konsolidierungs- und voranschreitende Privatisierungsprogramme macht aufgrund der schnellen Öffnung des Banken-, Kredit- und Finanzmarktes bedeut-

same Fortschritte, da ausländische Kreditinstitute an praktisch allen ungarischen Bankenhäusern beteiligt sind und so zu weitreichenden Umstrukturierungsschritten beitragen. Das bis Anfang der neunziger Jahre von einer außerordentlich hohen Auslandsverschuldung gebeutelte Land konnte im Zuge des Privatisierungs- und Wachstumsprozesses seine Netto-Auslandsverbindlichkeiten auf 8 Mrd. Dollar senken. Dadurch stieg die Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten, so daß Ungarn jetzt kaum noch Schwierigkeiten gegenübersteht, Anleihen zu hervorragenden Konditionen zu platzieren.

Einige interessante Aufschlüsse über den Verlauf und Stand der Systemtransformation im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern liefert das obige Schaubild, das versucht, einen Entwicklungspfad in Verbindung mit qualitativ-strukturellen Merkmalen des Übergangs zu marktwirtschaftlichen Prinzipien nachzuzeichnen. Es stellt dabei eine Momentaufnahme aus dem Jahr 1999 dar, allerdings ohne Anspruch auf völlige Widerspruchsfreiheit.

Ungarn und EU-Osterweiterung – finanzielle Kosten und stabilitäts-politischer Nutzen

Zusammenfassend sollen einige Thesen die strukturelle Reife Ungarns sowie der anderen mitteleuropäischen Beitrittskandidaten im Hinblick auf die EU-Osterweiterung kritisch unter die Lupe nehmen (vgl. dazu auch Europäische Kommission, 1998; Inotai, 1998):

- 1) Die aus der Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes der EU (acquis communautaire) erwachsenden Verpflichtungen in den heiklen Bereichen des Wirtschafts-, Unternehmens- und Wettbewerbsrechts stellen Ungarn vor die Notwendigkeit, die begonnenen Reformmaßnahmen zu intensivieren. Obwohl Ungarn im

Zuge der Liberalisierung der Investitions- und Kapitalströme sowie der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren eine Vorreiterrolle in den ehemals sozialistischen Ländern Mittelost- und Osteuropa einnimmt, ergeben sich aufgrund der mangelnden Stärkung des Prinzips des „fiskalischen Föderalismus“ negative Konsequenzen für die Bekämpfung struktur- und regionalpolitischer Defizite. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft hängt daher auch von den mikroökonomischen Umstrukturierungsanstrengungen bei gehärteten Budgetrestriktionen ab (Lageman, 1998). Dezentralisierung und Deregulierung der Wirtschaftsaktivitäten sowie der institutionellen Entscheidungsstrukturen sind zwingende Voraussetzungen für einen weiterreichenden Abbau staatlichen Interventionismus, um die niedrige Produktivität in vielen Sektoren durch inländische und ausländische Investitionen in Sachkapital zu erhöhen.

- 2) Die Erweiterung der EU bringt eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung des europäischen Wirtschaftsraumes mit sich. Die Dynamik eines erweiterten Binnenmarktes sowie die durch den gestiegenen Wettbewerbsdruck initiierten Anpassungsprozesse eröffnen Wachstumspotentiale, die durch eine entgegengesetzte Politik der Abschottung nicht ausgenutzt werden könnten. Direkte Handelsgewinne und handelschaffende Effekte lassen sich insbesondere durch vergrößerte Absatzmärkte und die damit verbundene Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen und steigenden Skalenerträgen realisieren. Insbesondere exportorientierte, offene europäische Volkswirtschaften profitieren in besonderem Maße von einer weiterreichenden integrativen Ausdehnung der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes auf Mittelosteuropa.
- 3) Maßgeblich für die Verstetigung von Wachstumsprozessen in den Wirtschaften Mittel- und Osteuropas ist eine Wirtschafts-

politik, die den Transfer von Kapital, Know-how und Technologie durch ausländische Direktinvestitionen nachhaltig fördert. Durch eine baldige Aufnahme der Beitrittskandidaten verringert sich das Investitionsrisiko/Risikopremium für ausländische Investoren, so daß dadurch nicht nur die Rentabilität für Investitionen steigt, sondern auch Spezialisierungsmuster für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen verstärkt identifiziert werden können. Besonders für die direkten Nachbarländer Deutschland und Österreich ergeben sich aufgrund der großen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern in den Wirtschaften Mittel- und Osteuropas erhebliche Wachstumspotentiale (Welfens, 1999).

- 4) Die EU profitiert von einer Erweiterung dahingehend, daß ihre Position im globalen Wettbewerb durch eine effizientere internationale Arbeitsteilung gefestigt wird. Flexibilität, ökonomischer Anpassungsdruck und Innovationen können nur dann begünstigt werden, wenn die Bereitschaft existiert, Bürokratieverhalten und „Schablonendenken“ zu überwinden. Ein wirksamer Schutz gegen Armutsmigration stellt der Aufbau leistungsfähiger, auf Privateigentum basierender Gesellschafts- sowie klein- und mittelständischer Unternehmerstrukturen dar. Eine pluralistische Eigentümergesellschaft in Verbindung mit einer Mitgliedschaft in der EU trägt primär dazu bei, in den postsozialistischen Ländern demokratische und marktwirtschaftliche Ordnungsmuster noch intensiver zu verankern.
- 5) Obwohl die Agenda 2000 eine Ausgabenbegrenzung für Agrar- und Strukturfonds vorsieht, dürfte eine zunehmende wachstumsfeindliche budgetäre Umverteilungspolitik problematisch für den erhofften strukturellen Wandel in der EU werden. Weitere finanzpolitische Reformen sowie vor allem institutionelle Neuregelungen müssen folgen, um einerseits die Finanzierbarkeit der Erweiterungsrounden zu gewährleisten und

andererseits die Entscheidungsfähigkeit in einer Situation der verschobenen Machtbalance zu sichern. Insofern setzt die bevorstehende Erweiterungsrunde die Entscheidungsträger innerhalb der EU unter Druck, längst überfällige institutionelle und finanzpolitische Reformen umzusetzen.

- 6) In stabilitätspolitischer Hinsicht bringt die Osterweiterung der EU zweierlei mit sich: Erstens leisten offene Grenzen und die Ausdehnung des Binnenmarktes in Verbindung mit einer politischen Einbindung einen wesentlichen Beitrag, eine Verbesserung zwischenstaatlicher Beziehungen herbeizuführen und soziale Konfliktpotentiale zu entschärfen. Zweitens übt die europäische Geldpolitik und die gemeinsame Währung Euro eine wichtige Rolle als Stabilitätsanker für die beitrittswilligen Kandidaten aus; die Orientierung am langfristigen Ziel einer Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erhöht den Druck auf eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, um makroökonomische Ungleichgewichte in den Beitrittsländern zu beseitigen.

Literatur

Business Central Europe, verschiedene Ausgaben.

Michael Walter

Die Tschechische Republik zehn Jahre nach der samtene Revolution – eine Zwischenbilanz

Das politische System

„Wir verfügen heute in Tschechien über alle Institutionen, die eine Demokratie ausmachen, Redefreiheit, Privatbesitz, Reisemöglichkeiten. Wir haben viel erreicht – andererseits zeigt sich, daß alles hunderttausendmal komplizierter ist,

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW (1998): Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Wochenbericht 51-51/1998.

Europäische Kommission (1998): Regelmäßiger Bericht der Kommission über Ungarns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel.

F.A.Z. vom 12.3.1999.

Heti Világgazdaság – HVG, verschiedene Ausgaben.

Inotai, A. (1998): The Future of Financial Transfers and Hungary, in: Wittschorek, P. (Hrsg.): Agenda 2000, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 129-142.

Lageman, B. (1998): Die Osterweiterung der EU, BIOst-Bericht Nr.38/1998.

Magyar Nemzeti Bank (1998): Annual Report, Budapest.

Murrell, P. (1996): How Far Has the Transition Progressed? Journal of Economic Perspectives, Vol.10 (2), S.25-44.

Pöschl, J. u.a. (1999): Transition Countries in 1998/99, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche – WIIW Research Report No. 253.

Roland, G. (1994): On the Speed and Sequencing of Privatization and Restructuring, Economic Journal, Vol.104, S.1158-1168.

Schüsselbauer, G. (1998): Privatisierungsmethoden – Eine Analyse ihrer Ausgestaltung in den ehemals sozialistischen Ländern Mitteleuropas, Paul Haupt Verlag, Bern.

Spak, H. J. (1998): Erfolgreiche Transformationsökonomie, Berlin Verlag, Berlin.

Tirole, J. (1991): Privatization in Eastern Europe – Incentives and the Economics of Transition, NBER Macroeconomic Annual, S.221-259.

UN-ECE (1998): Economic Survey of Europe 1997-1998, Genf, New York.

Welfens, P. J.J. (1999): Economic Aspects of the Eastern Enlargement of the European Union, BIOst-Bericht Nr.7/1999.

als es uns in den fröhlichen Tagen erschien“ – so kommentierte der tschechische Staatspräsident Václav Havel die Situation seines Landes im Februar 1999¹. Im folgenden soll nachgezeichnet werden, welche Erfolge im politischen Transformationsprozeß unseres Nachbarlandes zu konstatieren sind – und wo die von Havel

angedeuteten Komplikationen auftraten. Um jedoch eine Zwischenbilanz ziehen zu können, sollte man noch einmal einen kurzen Blick auf das Jahr 1989 werfen:

Rückblick: Die „samtene“ Revolution 1989²

Während in Polen, in Ungarn und selbst in der Sowjetunion das Umdenken in den politischen Führungen längst begonnen hatte, versuchten die tschechoslowakischen Kommunisten das totalitäre System noch zu einem Zeitpunkt zu retten, als der Eisene Vorhang bereits durchschnitten und die Berliner Mauer gefallen war. Noch am 17. November 1989 wurden die im wesentlichen von den Studierenden getragenen Massenproteste von den Sondereinheiten der „Roten Barrets“ brutal niedergeknüppelt. Die „samtene“ Revolution ließ sich jedoch auch in Prag nicht mehr aufhalten. Den Studierenden schlossen sich Schüler und Arbeiter an, Hunderttausende demonstrierten nun auf dem Wenzelsplatz, und am 27. November verweigerte das Volk den Machthabern mit einem Generalstreik demonstrativ die Gefolgschaft.

Es folgte ein rascher Machtwechsel. Am 29. November beschloß eine außerordentliche Versammlung der beiden Parlamentskammern, den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei aus der Verfassung zu streichen. Gustav Husák trat vom Präsidentenamt zurück, und die Föderative Versammlung wählte Alexander Dubček, Symbolfigur des Prager Frühlings, zu ihrem Präsidenten. Unter dem Ruf „Havel na Hrad“ – Havel auf die Burg – wurde der Dichter und Oppositionelle Václav Havel am 29. Dezember vom immer noch mehrheitlich kommunistischen Parlament zum Staatspräsidenten der Tschechoslowakei gewählt. Die Euphorie und auch die Erwartungshaltungen waren enorm, zumal die Ausgangssituation für die weitere politische Transformation im Vergleich zu anderen postkommunistischen Staaten recht günstig war. Das neue politische System konnte nicht nur an die demokratischen

Traditionen der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1939) anknüpfen, sondern auch auf Ideen und Protagonisten des Prager Frühlings zurückgreifen.³ Seitdem hat sich eine relativ stabile parlamentarische Demokratie entwickelt. Tschechien bewältigte den Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem unter Führung der KP hin zu einem pluralistischen Parteiensystem, das durch das Vorhandensein einer starken bürgerlichen und einer sozialdemokratischen Richtung sowie einiger kleinerer Parteien dem westeuropäischen Parteienspektrum ähnelt.

Die ersten freien Wahlen seit 1948 zum Bundesparlament und zu den Landesparlamenten im Juni 1990 gewann im tschechischen Landesteil das oppositionelle Bürgerforum (OF), das eine Koalitionsregierung unter dem Dissidenten und späteren Senatspräsidenten Petr Pithart bildete. Nach der Aufspaltung des Bürgerforums 1991⁴, welche die Entwicklung eines fragmentierten Vielparteiensystems förderte und die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten bis heute erschwerte⁵, gewann im Juni 1992 die aus dem OF hervorgegangene konservative, im tschechischen Landesteil dominierende Demokratische Bürgerpartei (ODS) die Neuwahlen zum Bundes- und zum Landesparlament.⁶ Im slowakischen Landesteil ging die „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS) unter Vladimír Mečiar als Siegerin hervor.

Die Trennung der Slowaken von den Tschechen⁷

Mečiar's HZDS trat letztlich erfolgreich für eine Trennung der Slowaken von den Tschechen ein. Gründe für den Erfolg der Separatisten gibt es viele. Neben den divergierenden (wirtschafts-) politischen Vorstellungen von Klaus und Mečiar spielten ungelöste ethnische und nationale Probleme bzw. Ressentiments eine wichtige Rolle. Die angebliche oder tatsächliche Geringschätzung der Slowaken seitens der Tschechen verletzte deren nationalen Stolz, führte zu einer

Re-Nationalisierung ökonomischer und sozialer Differenzen und war letztlich ein wichtiger emotionaler Grund für die Beendigung der „Zwangssymbiose“ mit dem „Brudervolk“. Der Prozeß ethnischer Nationalisierung in Böhmen und der Slowakei reicht dabei weit in die Geschichte zurück. Im Unterschied zur tschechischen Nationalbewegung erfaßte die slowakische keine größeren Teile der Bevölkerung oder der intellektuellen Elite. In der sich formenden tschechoslowakischen Republik von 1918 waren die Slowaken nach Tschechen und Deutschen nur das drittgrößte Volk. Auch historisch hatte es keine legitimen Grenzen.

In der Tschechoslowakei waren die Slowaken zwar auch Teil der Staatsnation, das änderte jedoch nichts an ihrer peripheren Lage und den sozialen Unterschieden im Vergleich zum tschechischen Teilstaat. Im großen und ganzen war die tschechoslowakische Elite eine tschechische Elite und die Musik spielte in Prag. In wirtschaftlicher Hinsicht war der tschechische Teilstaat hochindustrialisiert, der slowakische dagegen war weitgehend von der Landwirtschaft geprägt. Um es ganz hart auszudrücken: Die Slowakei war weitgehend auf tschechische Entwicklungs- und Strukturhilfe angewiesen. Daß diese Politik nicht ohne Erfolg war, beweist die Tatsache, daß die Slowakei zum Zeitpunkt der Teilung 1992 in etwa die gleichen sozialen und Beschäftigungsstrukturen aufwies wie Tschechien. Man könnte nun vielleicht annehmen, daß dies zu einer stärkeren Identifikation mit dem „Projekt Tschechoslowakei“ führte, aber das Gegenteil war der Fall. Vielleicht trug gerade die Aufbauhilfe aus Prag dazu bei, ein nationales Minderwertigkeitsgefühl in der Slowakei zu verstärken und gewisse Vorbehalte gegenüber den reicheren Brüdern und Schwestern im Westen zu beleben. Um wohlbekannte deutsche Stereotype zu verwenden: Die tschechoslowakischen „Ossis“ galten als rückständig und unflexibel, die tschechoslowakischen „Wessis“ als kaltherzig und arrogant. Bei einer Umfrage im Jahr 1992 meinten 72 Prozent der Slowaken, daß die

Tschechen sie nicht als gleich betrachten würden.

Am 7. Juni 1992 einigten sich Klaus und Me_iar auf die Einsetzung einer Übergangs-Koalitionsregierung unter dem Tschechen Jan Strásk_ von der ODS. Ministerpräsident der Slowakischen Teilrepublik wurde Me_iar, der der Tschechischen Klaus. Im Juli 1992 verabschiedete das Parlament der Slowakischen Teilrepublik eine Souveränitätserklärung und vollzog damit den ersten Schritt zur Schaffung einer unabhängigen Slowakei. Am 27. August vereinbarten Klaus und Me_iar in Brünn die Auflösung der _SFR zum 31. Dezember 1992. Am 25. November stimmte dann das Bundesparlament der Auflösung durch Annahme eines entsprechenden Verfassungsgesetzes zu.

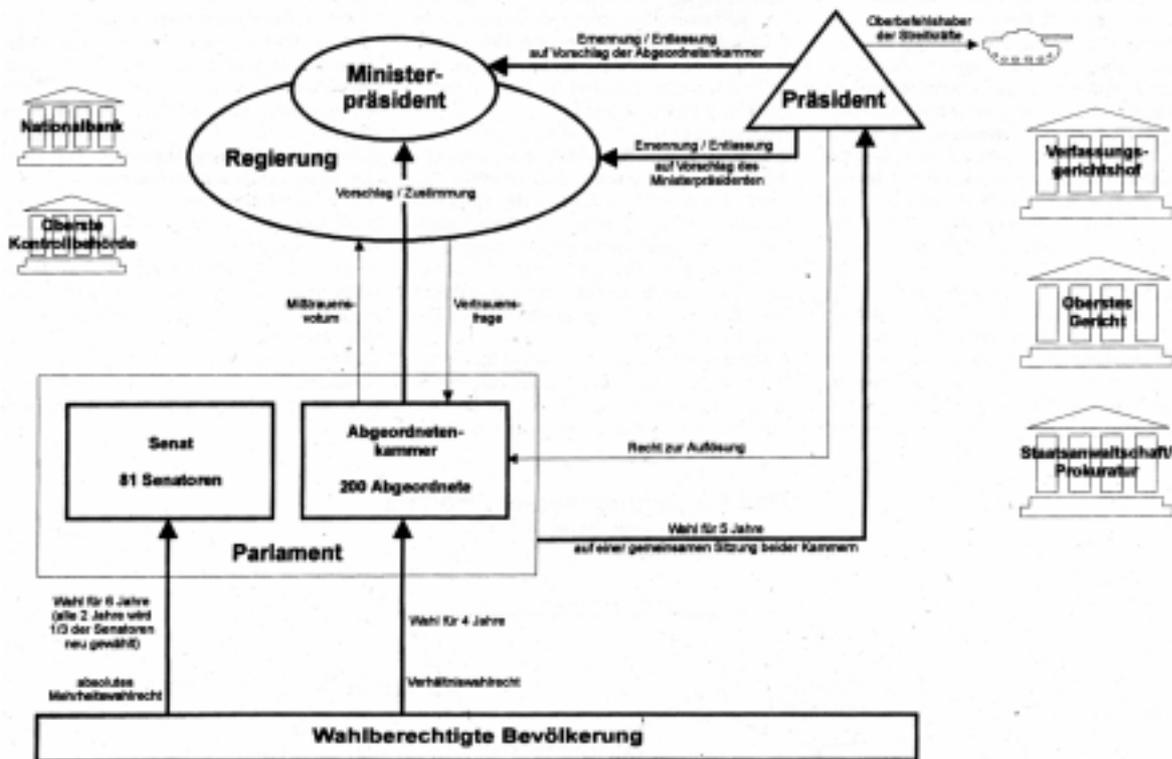
Ein neuer Staat in Europa: Die Tschechische Republik

Mit der nach der Unabhängigkeitserklärung der Slowakischen Republik beschlossenen friedlichen Auflösung der Tschechoslowakei wurde die Tschechische Republik zum 1. Januar 1993 ein eigenständiger Staat. Václav Havel wurde zum ersten Präsidenten gewählt.

Nach der doppelten Totalitarismuserfahrung der Tschechen im 20. Jahrhundert begründete die vom Nationalrat am 16. Dezember 1992 beschlossene, am 1. Januar 1993 in Kraft getretene und 1995 modifizierte Verfassung der Tschechischen Republik⁸ ein parlamentarisches Regierungssystem mit einer ausgeprägten institutionellen und funktionalen Gewaltenteilung.⁹ So unterscheidet die Verfassung drei Staatsgewalten: im zweiten Teil der Verfassung (Artikel 15-53) die gesetzgebende Gewalt (Parlament, das sich nach Artikel 15 (2) aus zwei Kammern zusammensetzt, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat), im dritten Teil (Artikel 54-80) die vollziehende Gewalt (Präsident, Regierung als „das oberste Organ der vollziehenden Gewalt“ und Staatsanwaltschaft) und im vierten Teil (Artikel 81-96) die

Das Regierungssystem der Tschechischen Republik

© by Michael Bauer,
Gerd Meyer



richterliche Gewalt (Verfassungs- und andere Gerichte). Wie in anderen parlamentarischen Systemen wird diese institutionelle Gewaltenteilung durch die Gewaltenschränkung zwischen Exekutive und Legislative überwunden, insofern die Regierung aus der Parlamentsmehrheit (hier: in der Abgeordnetenkammer) hervorgeht und dieser gegenüber verantwortlich ist. Als „checks and balances“ wirken daher vor allem die funktionale Gewaltenteilung zwischen Regierung und Opposition, aber auch die institutionelle Machtverschränkung durch die Spannungs- und Konkurrenzverhältnisse zwischen dem Staatspräsidenten, der Regierung, dem Verfassungsgericht und eben den beiden Parlamentskammern. Dabei unterscheiden sich die beiden Kammern in Zusammensetzung, Wahlrecht, Mandatsdauer der Parlamentarier und Kompetenzen deutlich.¹⁰

Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus am 31. Mai und am 1. Juni 1996 gewannen die Parteien der bis dahin regierenden Koalition

lediglich 99 Mandate, während die Opposition, bestehend aus Tschechischer Sozialdemokratischer Partei (_SSD), Kommunistischer Partei für Böhmen und Mähren (KS_M) und der rechtsradikalen Vereinigung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechischen Republik (SPR-RS_), gemeinsam über 101 Sitze in der ersten Kammer verfügte. In dieser Situation entschied sich die ODS unter Václav Klaus für die Bildung einer Minderheitskoalition mit der Christdemokratischen Union – Tschechische Volkspartei (KDU_SL) und der Demokratischen Bürgerallianz (ODA).

Angesichts dieser Kräfteverhältnisse stieg die Bedeutung des Senats, d.h. der zweiten Kammer des Parlaments. Der Rückgriff auf die tschechoslowakische Verfassung von 1920 spielte auch bei der Verfassungsdiskussion der postkommunistischen Transformationsphase eine wichtige Rolle.¹¹ Die grundsätzliche Entscheidung für ein Zwei-Kammern-System war mit der Verabschiedung der Verfassung im

Dezember 1992 gefallen, doch geschah dies unter Zeitdruck und ohne substantielle Diskussion, zumal die Verfassungsväter über keine Erfahrung mit dem Verfassungsrecht verfügten. So orientierte man sich weitgehend am Grundgesetz von 1920, ohne letztendlich die Fragen nach der Zusammensetzung und der Art und Weise der Konstituierung des Senats zu beantworten.¹² Noch vor der Gründung der Tschechischen Republik lehnte der Nationalrat einen Gesetzesentwurf ab, nach dem der Senat aus Abgeordneten der bisherigen Föderalversammlung gebildet werden sollte.¹³ Die Überlegung, zumindest einen Teil derjenigen, die zwar demokratisch gewählt worden waren, mit der Auflösung der Tschechoslowakischen Föderation aber ihre Aufgabe verloren hatten, mit neuen Mandaten zu versorgen, stieß in der Öffentlichkeit auf Kritik.

Wichtigstes Ziel der Senats-Befürworter war es, der zweiten Kammer eine demokratische Kontrollfunktion zuzuweisen, zum einen gegenüber dem Präsidenten, zum andern gegenüber dem Abgeordnetenhaus. Ein Teil der tschechischen Konservativen verwies überdies auf Friedrich A. von Hayek, der im Senat ein Instrument sah, die Ausgabenfreudigkeit des Abgeordnetenhauses im Zaume zu halten.¹⁴ Daß beide Überlegungen grundsätzlich sinnvoll waren, zeigte sich in der Übergangsphase bis zur ersten Senatswahl. Zwar übertrugen die Übergangs- und Schlußbestimmungen der neuen tschechischen Verfassung die Ausübung der Funktion des Senats auf einen Provisorischen Senat, doch gelang es bis 1996 nicht, ein derartiges Organ in seine Rechte einzusetzen. Somit verfügte die erste Kammer vier Jahre lang auch über die Funktionen des Oberhauses. Da nach Artikel 106 (3) der Verfassung das Abgeordnetenhaus selbst im Falle einer schwerwiegenden politischen Krise nicht aufgelöst werden konnte, solange es die Funktion des Senats wahrnahm, verfügte es über eine nahezu uneingeschränkte Machtfülle. Im Extremfall hätte es sogar die Möglichkeit gehabt, über eine Anklage gegen den Präsidenten wegen Hochverrats zu

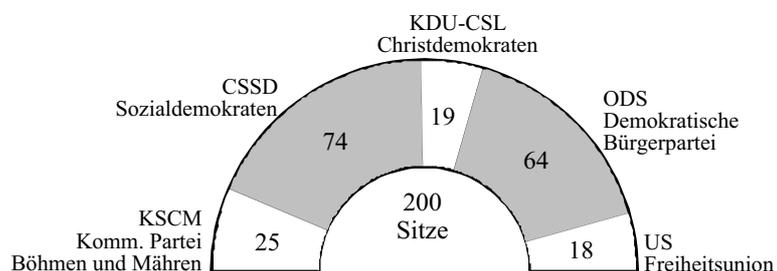
beschließen. „Die verfassungsrechtliche Situation in der Tschechischen Republik war somit gekennzeichnet durch die Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, insbesondere was die Konzeption eines Zwei-Kammern-Parlamentes angeht. Die gesamte Verfassungskonstruktion der Gewaltenteilung wurde dadurch deformiert, und die politischen Entscheidungsprozesse spielten sich zum großen Teil außerhalb der verfassungsmäßigen parlamentarischen Entscheidungsstrukturen ab.“¹⁵

Die verfassungsrechtlichen Kompetenzen einer zweiten Kammer, die bis dahin nur auf dem Papier existierte, hatten zur Folge, daß die Regierungskoalition im Gegensatz zu denen in den meisten anderen Transformationsstaaten während der vollen Legislaturperiode hielt: Solange weder der provisorische, noch der endgültige Senat konstituiert waren, konnte die Unterkammer nicht aufgelöst werden.¹⁶ Damit hatten die 200 Mitglieder des Abgeordnetenhauses gemäß der Übergangsbestimmungen der Verfassung ihre Mandate absolut sicher, weshalb es kaum im persönlichen Interesse der Parlamentarier liegen konnte, auf eine zügige Einsetzung des Oberhauses zu drängen.¹⁷ Das Verfahren verzögerte sich ständig, bis der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern des Zwei-Kammern-Systems schließlich eskalierte. War es zu Beginn der Verfassungsdiskussion vor allem die konservative Regierungskoalition, die sich in der Hoffnung, die linken Kräfte zurückdrängen zu können, für den Senat ausgesprochen hatte, so distanzieren sich nun selbst in ihren Reihen einige Politiker gemeinsam mit Abgeordneten der Opposition von der zweiten Kammer. Selbst ODS-Ministerpräsident Klaus erklärte, daß der Senat in die Verfassung eigentlich versehentlich, als Folge seiner damaligen „Beanspruchung durch die slowakischen Angelegenheiten“, d.h. der Vorbereitung der Staatsauflösung, „hineingerutscht“ sei.¹⁸ Zwei Anträge auf Aufhebung des Verfassungsartikels über die Einrichtung des Senats und die Einführung eines Einkammerparlaments, die von den rechtsradikalen Repu-

blikanern bzw. von einigen Sozialdemokraten vorgelegt wurden, fanden im Abgeordnetenhaus jedoch keine Mehrheit. Prominentester Befürworter des Senats war in dieser Phase Präsident Havel, dem das idealistische Modell eines am Gemeinwohl orientierten „Rates der Weisen“ als Gegenmacht zum über aktuelle Fragen parteipolitisch zerstrittenen Abgeordnetenhaus vorschwebte.¹⁹ Während das von einer kleinen Gruppe um den Rektor der Prager Karls-Universität vorgeschlagene Modell einer nicht durch Wahlen, sondern durch Amtsbefugnis zu konstituierenden Vertretung, der anerkannte Persönlichkeiten wie der Prager Oberbürgermeister oder der Erzbischof von Olomouc angehören sollten²⁰, rasch verworfen wurde, überlebte Havels Idee zumindest in Form der längeren Mandatsdauer der Senatoren.²¹ Havels damaliger Autorität sowie den Kompetenzstreitigkeiten zwischen Regierung, Abgeordnetenhaus und Parlament ist es wohl zu verdanken, daß sich die Abgeordnetenkammer im September 1995 auf ein Wahlgesetz für Abgeordnetenhaus und Senat²² und im Frühjahr 1996 schließlich auch auf die Bildung der zweiten Kammer einigte.

Tatsächlich gewann die Regierungskoalition bei den ersten Senatswahlen im November 1996 eine eindeutige Mehrheit, was die politische Situation zunächst stabilisierte.²³ Im Dezember 1997 stolperte Regierungschef Klaus allerdings über eine bis heute ungeklärte Parteispendenaffäre im Zusammenhang mit der Privatisierungspolitik²⁴ sowie über innerparteiliche Konflikte in der ODS. Auslöser waren Ungereimtheiten in der ODS-Parteikasse und Spekulationen, wonach angeblich auf einem Geheimkonto der Partei in der Schweiz 160 Millionen Kronen liegen sollten.²⁵ Der ehemalige Innenminister Jan Ruml (ODS) und der damalige Finanzminister Ivan Pilip (ODS) forderten Klaus in dessen Abwesenheit zum Rücktritt auf. Innenminister Jindřich Vodička

(ODS) und Gesundheitsminister Jan Strásk (ODS) schlossen sich an. In der Nacht zum 29. November 1997 beschloß der Koalitionspartner KDU-SL, seine Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Nachdem die ODA diesem Schritt gefolgt war, war die Regierung am Ende. Am 30. November reichte Klaus seinen Rücktritt ein. In den Augen der Öffentlichkeit hatte sich die erste Generation postkommunistischer Politiker „durch Machtanhäufung und Korruption selbst diskreditiert.“²⁶ Zu diesem Zeitpunkt



bekundete nur noch ein Prozent der Tschechen Vertrauen in die politischen Parteien.²⁷

Für eine Übergangszeit wurde der parteilose Gouverneur der Nationalbank, Josef Tošovský, mit der Regierungsbildung beauftragt. Dabei war es gemessen am üblichen Prozedere in demokratischen Systemen recht ungewöhnlich, daß er in sein „Kabinett der Experten“ vier ODS-Mitglieder berief, ohne daß die ODS – immerhin stärkste Partei nach der Parlamentswahl von 1996 – in die Entscheidungen miteinbezogen wurde. Die ODS-Führung warf Tošovský daher „verfassungswidriges Vorgehen“ vor.²⁸ Als die neue Regierung jedoch Ende Januar im Abgeordnetenhaus die Vertrauensfrage stellte, sprach sich die Mehrheit der Parlamentarier dafür aus, das Tošovský-Kabinett zu unterstützen.²⁹ Die Spaltung der ODS ließ sich indes nicht mehr verhindern. Die ODS-„Rebellen“ wurden aus der Partei ausgeschlossen und gründeten Mitte Januar 1998 eine neue Partei, die Freiheitsunion (US).³⁰

Im Februar 1998 nahm das Unterhaus einen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an, mit dem die laufende Legislaturperiode des

Abgeordnetenhaus verkürzt und Neuwahlen eingeleitet wurden. Da auch der Senat der Vorlage zustimmte, war das Ende der Amtszeit der Abgeordneten besiegelt.³¹ Aus den vorgezogenen Neuwahlen gingen am 21. Juni 1998 die Sozialdemokraten mit 32,3 Prozent der Stimmen als stärkste Partei hervor. Neuer Premier wurde der _SSD-Vorsitzende Milo_Zeman. Da die Sozialdemokraten mit 74 Mandaten im Abgeordnetenhaus ebenfalls über keine eigene Mehrheit verfügten, schlossen sie einen sogenannten Oppositionsvertrag über eine langfristige politische Zusammenarbeit mit den ehemaligen Erzfeinden von der ODS.³² In diesem verpflichtete sich letztere, während der gesamten Legislaturperiode weder einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu initiieren, noch einen solchen zu unterstützen. Im Gegenzug erhielt sie mehrere wichtige Ämter zugesprochen, so das Amt des Parlamentspräsidenten, das der ehemalige Ministerpräsident Klaus übernahm.

Als wichtigste Aufgaben der Legislaturperiode definierte die derzeitige Regierung die verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, die Reform und Dezentralisierung der Staatsverwaltung sowie verstärkte Rücksicht auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten, die sich von der Regierung Klaus vernachlässigt sahen. Im außenpolitischen Bereich blieben die bisherigen Zielsetzungen bestehen, d.h. auch die Sozialdemokraten bekannten sich zum raschen Beitritt Tschechiens zur NATO und zur EU.³³ Auf bilateraler Ebene versucht die Tschechische Republik, ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu intensivieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vor allem durch die fünf „Euroregionen“ praktiziert, zum Beispiel in der Euroregion _umava, Böhmerwald-Bayerischer Wald.

Für die innenpolitische Labilität der gegenwärtigen tschechischen Minderheitsregierung spricht nicht nur die Tatsache, daß Regierungsmitglieder versuchten, sich „mit sich widersprechenden Stellungnahmen und teils absurd

anmutenden Ideen“ zu profilieren³⁴, womit sich zumindest in den ersten hundert Tagen des neuen Kabinetts ein etwas chaotischer Eindruck aufdrängte. Schwerwiegender war, daß die Abgeordnetenkammer Mitte Oktober 1998 den ersten Haushaltsentwurf der Regierung ablehnte. Für den Entwurf stimmten nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten, die die drittstärkste Fraktion bilden. Dagegen stimmte zusammen mit anderen Oppositionsparteien die Demokratische Bürgerpartei. Im Juni 1999 forderten 94 von 180 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses die Regierung auf, „mit ihrer Untätigkeit die Probleme der Tschechischen Republik nicht zu vertiefen.“³⁵

Zuvor hatten bereits die Wähler der _SSD die gelbe Karte gezeigt: Bei den letzten Senatswahlen im September 1998 mußte die Regierungspartei eine empfindliche Niederlage hinnehmen. 12 von 14 zu vergebenden Sitzen gingen an die Opposition, auch das ein deutliches Zeichen für die fehlende Stabilität der gegenwärtigen Regierung und ein Indiz dafür, daß der „Oppositionsvertrag“ zwischen _SSD und ODS äußerst umstritten war. Geradezu alarmierend war die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Senatswahl. So zeigten sich alle Kommentatoren entsetzt über die extrem niedrige Zahl derjenigen, die den Appellen der Politiker gefolgt waren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Während sich bei der ersten Parlamentswahl 1990 noch 97 Prozent der Wahlberechtigten im tschechischen Landesanteil an der Wahl beteiligt hatten, sank die Wahlbeteiligung bei der ersten Runde der Senatswahlen nach Angaben der Zentralen Wahlkommission bereits auf 42 Prozent ab.³⁶ Wenn nicht zugleich neue Vertreter für die Kommunen gewählt worden wären, hätte das Ergebnis wahrscheinlich schon zu diesem Zeitpunkt noch schlechter ausgesehen. Eine Beteiligung von nur 20,7 Prozent im zweiten Wahlgang dürfte jedenfalls „europaweit wohl einen neuen Minusrekord darstellen. (...) Dies bedeutet, daß die nach dem Mehrheitswahlrecht gewählten Kandidaten im Schnitt nur 10 Prozent

der Wahlberechtigten hinter sich scharen konnten, oder anders ausgedrückt, von 90 Prozent der Wähler abgelehnt wurden.³⁷

Das geringe Vertrauen der Tschechen in ihre Volksvertreter wurde neben einer allgemeinen Unzufriedenheit mit mangelnden Fortschritten des Transformationsprozesses auch mit einem gewissen Neid auf deren Privilegien begründet. Dazu tragen die im Vergleich zum Durchschnittslohn ständig wachsenden Monatseinkommen der Parlamentarier ebenso bei wie die Tatsache, daß viele Mandatsträger lukrativen Lobbyistentätigkeiten nachgehen. Um dem Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität zu begegnen, einigten sich die Präsidiumsmitglieder des Abgeordnetenhauses im September 1998 darauf, das 14. Monatsgehalt von Abgeordneten und Senatoren zu streichen.³⁸

Allerdings gibt es nach Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts STEM entscheidende Unterschiede zwischen den Wahlen zur ersten und denen zur zweiten Kammer. Obwohl auch die Abgeordnetenkammer wenig Vertrauen in der Öffentlichkeit besitzt, sei die Ursache für die geringe Beteiligung an den Senatswahlen darin zu suchen, daß der Senat für viele Bürger eine kaum greifbare Institution darstelle. Seine Bedeutung sei unklar und seine Aktivitäten wenig deutlich. Daher werde das Oberhaus für überflüssig und teuer gehalten. So kommentierte ein Journalist zynisch: „Bislang beschränkt sich der Kreis der Befürworter dieser Institution in erster Linie auf die Senatoren selbst.“³⁹ Tatsächlich meinten in Umfragen 73 Prozent der Befragten, der Senat sei reine Geldverschwendung und 69 Prozent hielten die zweite Kammer für überflüssig. Rund 60 Prozent glaubten, daß der Senat dazu diene, die Position der Parteien zu stärken, während eine Minderheit Verzögerungen im Gesetzgebungsprozeß durch das Oberhaus kritisierte.⁴⁰ Den bislang im Senat wirkenden Politikern sei es – so STEM – nicht gelungen, „die Öffentlichkeit von der Sinnfälligkeit des Senats zu überzeugen.“⁴¹ Das Hauptproblem des tschechischen Senats besteht zweifellos in seiner äußerst geringen Popularität.

Auch hier knüpft die zweite Kammer an Traditionen der Zwischenkriegszeit an, als der Senat im Volksmund als „Tabakladen“ bezeichnet wurde. Zur Erläuterung: Kriegsversehrte des Ersten Weltkriegs wurden oftmals mit einem Tabakladen für ihre Verdienste entschädigt. In ähnlicher Weise betrachtet die Öffentlichkeit den Senat bis heute – nicht ganz zu Unrecht⁴² – als Abschiebebahnhof für ausgediente Politiker.

Während bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus auffällig viele junge Menschen der Urne fernblieben, war der Nichtwähleranteil bei den Senatswahlen in allen Altersgruppen annähernd gleich, d.h. daß die Ablehnung des Senats quer durch alle Bevölkerungsgruppen verläuft. Eine Differenzierung nach parteipolitischen Sympathien ergab, daß vor allem die Anhänger der Sozialdemokraten kaum für die Stimmabgabe zu mobilisieren waren, wohingegen die Anhänger der ODS in überdurchschnittlicher Zahl zu den Wahlen gingen.

Wer in dieser Situation nun eine gewisse Stabilisierung der Lage durch den von beiden Kammern des Parlamentes auf fünf Jahre gewählten Staatspräsidenten erhoffte, sieht sich getäuscht. Ohnehin verfügt das Staatsoberhaupt im Normalfall nur über wenige Kompetenzen: Zwar ernennt und entläßt der Präsident den Premier und alle anderen Minister, besitzt ein Veto-Recht für einfache Gesetze und kann gegebenenfalls das Parlament auflösen. Was die allgemeinen Regierungsgeschäfte anbelangt, ist seine Stellung schwächer als beispielsweise die des polnischen Staatspräsidenten. Havel machte dies lange Zeit durch seine große Autorität wett. Inzwischen sind seine Popularitätswerte jedoch auf einen Tiefstand gefallen. 52 Prozent der Befragten erklärten in einer repräsentativen Umfrage des renommierten Instituts IVVM, dem Präsidenten nicht mehr zu vertrauen⁴³, und viele Tschechen würden es begrüßen, wenn er sich in das Privatleben zurückzöge. Dafür gibt es mehrere Gründe: So wirft man ihm vor, die Ideale der Revolutionszeit verraten zu haben. Hatte er nach seinem Amtsantritt noch einen T-Shirt-Tag auf der Burg eingeführt, an dem das

Tragen von Anzug und Krawatte verpönt war, so fand Havel zunehmend Gefallen an den Privilegien eines Staatsoberhauptes, was sich auch in seinem äußeren Erscheinungsbild ausdrückt. Die Kritik am Präsidenten macht auch vor seinem Privatleben nicht halt: Während seine verstorbene Ehefrau Olga von vielen Tschechen fast wie eine Heilige verehrt wird, ist die neue First Lady Dagmar Zielscheibe bissigen Spotts. Nicht nur das bisweilen extravagante Äußere der ehemaligen Schauspielerin findet Mißfallen in der Bevölkerung; man unterstellt ihr auch, unter dem Einfluß obskurer Berater zu stehen, was sich auch auf die Arbeit des Präsidenten auswirke. Inzwischen wehrte sich das Präsidentenehepaar mit gerichtlichen Schritten erfolgreich gegen die Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte.⁴⁴ Grundsätzlich jedoch dürften die sinkenden Popularitätswerte Havels vor allem einer wachsenden Unzufriedenheit mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation Tschechiens entspringen, für die auch der Präsident verantwortlich gemacht wird. Abgesehen davon, daß Havel mit seiner grundsätzlichen Abneigung gegenüber dem Parteiensystem extremen demokratiefeindlichen Kräften am linken und rechten Rand des politischen Spektrums willkommene Munition liefert, führte das Spannungsverhältnis zwischen der Burg und Parteipolitikern beider Kammern dazu, daß Havel bei seiner Wiederwahl 1998 im ersten Wahlgang mit nur 130 Stimmen durchfiel und im zweiten Wahlgang lediglich mit einer denkbar knappen Mehrheit gewählt wurde.⁴⁵ Die Diskussion über ein Referendum zum NATO-Beitritt Tschechiens nahm Havel wenig später zum Anlaß, die Unreife der politischen Kultur in seinem Land zu kritisieren, die hauptverantwortlich „für das besonders trübe Bild“ sei, „welches die politische Szene des Landes in der Öffentlichkeit abliefern.“⁴⁶ Sein Berater Pavel Tigrid wurde noch deutlicher, indem er fragte, „ob die Bürger der Tschechischen Republik überhaupt in der Lage seien, selbst zu regieren.“⁴⁷ So scheint es nur konsequent, wenn sich nicht nur Havel nach einer „anti-politischen

Politik“ sehnt, nach einem „Runden Tisch“ wie zu Zeiten der „Samtenen Revolution“.⁴⁸ Bleibt zu hoffen, daß jemand die Frage nach der demokratischen Legitimation eines solchen Gremiums stellt.

Fazit

Die Hoffnungen des Jahres 1989 wurden vielfach enttäuscht. „Das tschechische Staatsschiff befindet sich seit knapp zwei Jahren im Schlingern. Die Kapitäne wurden drei Mal gewechselt, der Kurs jedoch immer noch nicht gefunden, um die Lage endlich zu stabilisieren.“⁴⁹ Diejenigen Oppositionellen, die 1989 gemeinsam das Bürgerforum gründeten, stehen heute oftmals in verschiedenen politischen Lagern und werfen sich gegenseitig vor, das Land dorthin zurückbringen zu wollen, wo es sich vor zehn Jahren befand.⁵⁰ Die linksorientierte Zeitung Pravo schrieb: „Zwar kein hübsches Gesicht, aber dennoch ein unendlich viel schöneres als das des totalitären Staates.“⁵¹

¹ Zit. nach Der Spiegel 16/1999, S. 222.

² Vgl. z.B. Milan Otáhal, „Die ‘samtene’ Revolution – ohne Alternative?“, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Baden-Baden 1992, S. 125-130; Alfred Horn, „Die Samtene Revolution“, in: ders. (Hrsg.), Tschechische Republik und Slowakei. Berlin u.a. 1994, S. 55 f.

³ Vgl. Jiří Kosta, „Tschechische Republik“, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Gütersloh 1995, S. 143-156, S. 143 f.

⁴ Vgl. „Scheidung auf tschechisch: Der Zerfall des Bürgerforums“, in: Osteuropa 42,1 (1992), S. A 36-A 45; Miroslav Kubin, „Zur Überlast der untrainierten Demokraten“, in: Uwe Thaysen/Hans-Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Baden-Baden 1992, S. 139-144, S. 139.

⁵ Vgl. Wolfgang Merkel, „Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19 (1994), S. 3-11; Jakob Juchler, „Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas“, in: Osteuropa 44,1 (1994), S. 125-141, S. 126. Zum Parteiensystem aus-

- föhrlich: Karel Vodi_ka, Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat. Mönster 1996, S. 254-321; ders., „Das Parteiensystem Tschechiens“, in: Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen 1996, S. 90-134.
- ⁶ Vgl. Vodi_ka (1996), S. 102 ff.
- ⁷ Vgl. zum folgenden Ilja Srubar, „Ethnicity and Social Space“, in: Bálint Balla/Anton Sterbling (Eds.), Ethnicity, Nation, Culture. Central and East European Perspectives. Hamburg 1998, S. 47-63, S. 54 ff; Hans-Peter Haarland, Der Transformationsprozeß in der Tschechischen und Slowakischen Republik. Bonn 1995; Karel Vodi_ka, „Wie der Koalitionsbeschluß zur Auflösung der CSFR zustande kam“, in: Osteuropa 44,1 (1994), S. 175-186.
- ⁸ Vgl. Verfassungsgesetz des Tschechischen Nationalrats vom 16. Dezember 1992, in: Sonderbeilage Prager Wochenblatt; Verfassung der Tschechischen Republik, deutsche Fassung.
- ⁹ Vgl. auch zum folgenden Vodi_ka (1996), S. 346 ff.
- ¹⁰ Nach Artikel 16 der Verfassung besteht die Abgeordnetenversammlung aus 200 auf die Dauer von vier Jahren gewählten Abgeordneten, der Senat aus 81 auf die Dauer von sechs Jahren gewählten Senatoren. Wie in den USA wird alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren ausgewechselt. Während die Abgeordnetenversammlung nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung gewählt wird, verlangt das Gesetz für die Wahlen zum Senat das Mehrheitswahlrecht.
- ¹¹ Vgl. Vojtech _epl/David Franklin, „Senate, anyone?“, in: East European Constitutional Review. Vol. 2, No. 2 (1993), S. 58-60, S. 59.
- ¹² Vgl. David Olson, „The Czech Senate: From Constitutional Inducement to Electoral Challenge“, in: East European Constitutional Review. Vol. 5, No. 4 (1996), S. 47-50, S. 47.
- ¹³ Vgl. _epl/Franklin (1993), S. 58.
- ¹⁴ Vgl. Zak, Nov. 1998.
- ¹⁵ Vodi_ka (1996), S. 359.
- ¹⁶ Vgl. Olson (1996), S. 49.
- ¹⁷ Vgl. _epl/Franklin (1993), S. 60.
- ¹⁸ Zit. nach Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová, Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 8-1995, S. 22.
- ¹⁹ Zak, Nov. 1998.
- ²⁰ Vgl. _epl/Franklin (1993), S. 59.
- ²¹ Vgl. Olson (1996), S. 47 f.
- ²² Wahlgesetz: Sbirka Zákonu _eské Republiky, 1995, S. 3529-3554; Parlament _eské republiky, Act on elections to the parliament of the Czech Republic, May, 1996.
- ²³ Vgl. Senátní Volby '96, in: Lidové Noviny, 25. listopadu 1996.
- ²⁴ Vgl. zu diesem Bereich ausführlich: Gerhard Schlüsselbauer, Privatisierungsmethoden. Eine Analyse ihrer Ausgestaltung in den ehemals sozialistischen Ländern Mitteleuropas. Bern/Stuttgart/Wien 1998.
- ²⁵ Vgl. Prager Zeitung, 5.-11.2.1998 und 3.-9.12.1998.
- ²⁶ Focus 17/98, S. 76.
- ²⁷ Vgl. Radio Prague's Commentary, 30.10.1997.
- ²⁸ Vgl. Prager Zeitung, 8.-15.1.1998.
- ²⁹ Vgl. Prager Zeitung, 5.-11.2.1998.
- ³⁰ Vgl. Ji_í Burgerstein, Tschechien. München 1998, S. 115.
- ³¹ Vgl. Radio Prag, 27.2.1998.
- ³² Vgl. Prager Zeitung, 16.-22.7.1998.
- ³³ Vgl. Prager Zeitung, 13.-19.8.1998.
- ³⁴ Vgl. Prager Zeitung, 29.10.-4.11.1998.
- ³⁵ Radio Prag, 11.6.1999.
- ³⁶ Vgl. Radio Prag, 16.11.1998.
- ³⁷ Radio Prag, 23.11.1998.
- ³⁸ Vgl. Radio Prag, 10.9.1998; Pravo, 10.9.1998.
- ³⁹ Daniel Steinmetz, in: Radio Prag, 23.11.1998.
- ⁴⁰ _TK, 12.11.1998.
- ⁴¹ Vgl. Radio Prag, 24.11.1998.
- ⁴² Vgl. Brokl/Mansfeldová (1995), S. 23.
- ⁴³ dpa, 26.1.1999.
- ⁴⁴ Vgl. dpa, 23.4.1999.
- ⁴⁵ Vgl. Radio Prag, 20.1.1998.
- ⁴⁶ Radio Prag, 31.3.1998.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Vgl. dpa, 26.1.1999.
- ⁴⁹ Prager Zeitung, 17.-31.12.1998.
- ⁵⁰ Radio Prag, 18.11.1998.
- ⁵¹ Zit. nach Radio Prag, 18.11.1998.

Meike von Platen-Holzappel

Europa – (k)ein Thema für uns?

Mit der Einführung der gemeinsamen Währung wurde das ambitionierteste Projekt in der Geschichte der Europäischen Integration verwirklicht. Im November 1998 wurden darüber hinaus Beitrittsverhandlungen mit den ersten Ländern Mittel- und Osteuropas aufgenommen. Europa steht vor großen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Der Europäische Integrationsprozeß schreitet allen Unkenrufen zum Trotz in Siebenmeilenstiefeln voran.

Der Erfolg der EU hängt künftig jedoch nicht nur davon ab, ob sich die Regierungschefs auf ihren Gipfeltreffen einigen, sondern ob die Bürgerinnen und Bürger den weiteren Zusammenschluß auch mittragen. Wird die EU jedoch nur mit Regelungswut, steigenden Bananenpreisen, verseuchtem Rindfleisch und der Aufgabe der vertrauten Währung assoziiert, so ruht die Zustimmung der Bevölkerung auf einem wackeligen Fundament. Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl zeigte dies in aller Deutlichkeit.

Auf die Gefahr der Abkoppelung Europas von den Bürgerinnen und Bürgern wies bereits Jaques Delors während seiner Amtszeit als Präsident der Europäischen Kommission hin. Europa würde seine Chancen verspielen, so Delors, wenn die Europäische Einigung ausschließlich an Wirtschafts- und Rechtspolitik festgemacht wird und es nicht gelänge, „Europa eine Seele zu geben“. Nur wenn Europa als historische Chance wahrgenommen wird, als Rahmen, in dem Probleme sinnvoll gelöst werden können, und auch als etwas, das jeden betrifft und von jedem mitgestaltet werden kann, sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß weitere Integrations Schritte mit Akzeptanz begleitet werden können.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Einstellungen und der Bezug Jugendlicher zu Europa. Sie sind es, die

künftig Europa prägen werden. Wie stehen sie zu Europa? Ist Europa für sie ein Thema?

Europa ist weit weg

„Europa – das geht uns doch nichts an. Das ist doch nur eine Sache von Politikern. Was da in Brüssel passiert, kapiert doch kein Mensch“. Dies ist eine im Sinn regelmäßig wiederkehrende Antwort auf die Frage, die ich gerne an den Anfang meiner Europa-Seminare stelle: „Was verbindest Du mit Europa?“

Europa ist zunächst für Jugendliche ein abstraktes Gebilde im Raum, nicht greifbar, oft genug reduziert auf Brüssel, Bürokratie, BSE und Euro. Daß es eine gute Sache sei, daß sich die Länder Westeuropas nach dem Krieg zusammenschlossen und so zu Frieden und wirtschaftlichem Wohlstand auf diesem Teil der Erde beitrugen, wird von den meisten Jugendlichen anerkannt. Für sie ist dies – im Unterschied zu ihren Großeltern – selbstverständlich. Sie sind damit aufgewachsen. Greifbarer wird ihnen Europa dadurch jedoch nicht unbedingt. Europa scheint für viele Jugendliche zu weit weg und vor allem eine Angelegenheit von Politikern und Sonntagsreden zu sein. Es scheint mit ihrem Leben wenig zu tun zu haben.

Informationsdefizit

Diese Beobachtung, die wir zu Beginn unserer Europa-Seminare immer wieder machen können, ist eng verknüpft mit der Tatsache, daß das Wissen um die Funktionsweise und Zusammenhänge der Europäischen Politik nicht nur in der jugendlichen Bevölkerung relativ gering ausgeprägt ist. Der Europäische Integrationsprozeß schreitet voran, und die Bürgerinnen und Bürger scheinen dieser Entwicklung allenfalls hinterherzuhinken. Es ist wohl nur ein Bruchteil der Bevölkerung, der sich auskennt im Brüsseler

Dschungel der Institutionen und Entscheidungsverfahren. Die Unübersichtlichkeit der Strukturen und die Komplexität der Sachverhalte wirken da schon abschreckend genug, sich intensiver mit dem auseinandersetzen, was in Europa auf dem Spiel steht.

Partizipationsdefizit

Wozu auch, mögen sich da viele fragen – nicht nur Jugendliche. Man könne ja ohnehin nicht viel bewegen in Sachen Europa, so die landläufige und sicherlich nicht ganz ungerechtfertigte Annahme. Den aufwendigen Kampagnen der Europäischen Kommission zum Trotz sind die Möglichkeiten zur Partizipation in der EU nach wie vor äußerst beschränkt.

Nach den Ergebnissen unserer Brainstorming-Runden zu Beginn der Seminare sind die Einstellungen Jugendlicher zu Europa also insbesondere durch die Wahrnehmung geprägt, daß Europa nur wenig mit ihrem Leben zu tun hat, viel zu komplex ist, um verstanden zu werden und ohnehin kaum Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt. Europa scheint damit Jugendlichen wenig Anlaß zur Zustimmung oder gar zur Identifikation zu bieten.

Aufgaben und Herausforderungen für die europäische Bildungsarbeit

Welche Aufgaben und Herausforderungen ergeben sich damit für die europäische politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die sich dem Ziel verschrieben hat, zur Verständigung und Zusammenarbeit in Europa beizutragen, um auf diese Weise den Prozeß der Europäischen Einigung zu fördern?

In dieser Hinsicht möchte ich zunächst auf ein Dilemma der europäischen Bildung verweisen. Dem genuinen Anspruch politischer Bildung, zur Partizipation anzuregen, kann die europäische Bildung nur bedingt gerecht werden. Wo Partizipationsmöglichkeiten am Willensbildungsprozeß nur sehr vermittelt möglich sind,

fällt es schwer, zur Mitwirkung anzuregen. Wenn dies, wie in unserem Fall, nicht zum Anlaß genommen wird, den gesamten Einigungsprozeß überhaupt in Frage zu stellen, so muß es m.E. ein Anliegen der europäischen politischen Bildung sein, diesen Mißstand zu thematisieren und die Auseinandersetzung darüber anzuregen, wie Partizipationsmöglichkeiten dennoch ausgedehnt werden können und für konkrete Handlungsmöglichkeiten zu sensibilisieren, auch wenn sie nur 'im Kleinen' möglich zu sein scheinen.

Darüber hinaus geht es insbesondere darum, Informationen und fundierte Kenntnisse über die historische Entwicklung und die aktuellen Fragen der europäischen Integration zu vermitteln. Daß sich diese Wissensvermittlung als kritische Auseinandersetzung mit den Chancen und auch Risiken versteht, entspricht dem Selbstverständnis politischer Bildung. Kritiklose Akzeptanz zu erzeugen ist nicht ihr Anliegen. Dies gilt als Voraussetzung dafür, daß die Jugendlichen aktuelle Entwicklungen überhaupt nachvollziehen, sich selbst ein fundiertes Urteil über die anstehenden Fragen bilden und sich schließlich einmischen können.

Politische Bildung, die sich der Förderung der europäischen Einigung verschrieben hat, würde jedoch zu kurz greifen, wenn sie sich auf eine rein kognitive Wissensvermittlung beschränken würde. Die eigentliche Herausforderung der europäischen Bildungsarbeit liegt darin begründet, Europa *greifbar* zu machen, trotz oder gerade wegen beschränkter Partizipationsmöglichkeiten. Es geht darum, Bezüge zu Europa herzustellen, so daß Europa nicht mehr nur als abstraktes, kompliziertes und fernes Gebilde im Raume steht, dessen Funktionsweise allenfalls nachvollzogen werden kann, sondern als historische Chance wahrgenommen werden kann, als etwas, um das immer wieder neu gerungen werden muß, als etwas, das unseren Alltag stark prägt und als Handlungsrahmen für jeden Bürger und jede Bürgerin. Diese Bezüge lassen sich jedoch nur schwer in herkömmlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen her-

stellen. Sie erschließen sich allenfalls in erfahrungs- und handlungsorientierten Lernformen, die an den Interessenlagen und Lebenswelten der Jugendlichen ansetzen.

Im Experimentieren mit bestehenden und neu entwickelten Ansätzen der europäischen Jugendbildung, die diesen Anforderungen gerecht werden, haben sich einige Methoden in der Praxis besonders bewährt. Ich möchte sie im folgenden kurz darstellen.

Europa im Alltag – *Europa wahrnehmen*

Mit dieser Methode geht es darum, insbesondere jüngerer Jugendlichen erste Zugänge zu Europa zu verschaffen. Im Rahmen von Projektarbeiten gilt es herauszufinden, was Europa mit ihrem Alltag zu tun hat. Da bietet sich selbst ein kleiner Ort wie Vlotho zur Erkundung an:

- Wenn Schülerinnen und Schüler ausschwärmen, um sich im Reisebüro danach zu erkundigen, wie weit sie durch Europa reisen können, ohne Visum oder gar Reisepaß vorzuzeigen,
- wenn sie im Supermarkt feststellen, aus wie vielen europäischen Ländern die Waren herkommen, die wöchentlich den Einkaufswagen einer vierköpfigen Familie füllen,
- wenn sie beim Gemüsehändler realisieren, wo die Gemüse- und Obstgärten der Deutschen liegen,
- beim Einwohnermeldeamt erfahren, wie viele Nationen in Vlotho vertreten sind,
- sich von Ehrenamtlichen über die Aktivitäten des deutsch-französischen und des deutsch-polnischen Partnerschaftsvereins aufklären lassen,
- in der Exportabteilung eines örtlichen Betriebs erfahren, in welche Länder Europas das Produkt 'made in Vlotho' geht,
- auf einem Bauernhof hören, wie die Agrarpolitik in der Praxis funktioniert,

- mit ausländischen Mitbürgern über ihr Zusammenleben mit den Deutschen sprechen oder
- sich in Broschüren über Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten in Europa erkundigen, dann stellen sie fest, daß sie Europa täglich betrifft, ihnen Möglichkeiten bietet, die den Großeltern verwehrt blieben und sie vor ungeahnte Herausforderungen stellt.

In dem Maße, wie die eigene Lebenswelt einmal mit dem europäischen Blick unter die Lupe genommen wird, erschließt sich ihnen Europa neu. Werden alle gesammelten Eindrücke und Ergebnisse auf großen Wandzeitungen festgehalten, führen sich die Schüler selbst vor Augen, daß Europa nicht mehr nur etwas mit abstrakter Politik zu tun hat, sondern daß Europa bis in viele Bereiche unseres täglichen Lebens hineinwirkt.

Wenn die gesammelten Erfahrungen im Reisebüro, im Supermarkt und beim Partnerschaftsverein im Rahmen eines historischen Vergleichs dem gegenübergestellt werden, was mutmaßlich die Eltern und Großeltern in ihrer Jugendzeit entdeckt hätten und erlebt haben, so offenbaren sich den Jugendlichen die Chancen des Europäischen Einigungsprozesses, die in der jüngeren Generation gemeinhin als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden und schärfen auch den Blick für die Aufgaben, die damit verbunden sind (z. B. Integrationsleistung gegenüber ausländischen Mitbürgern).

Simulations- und Rollenspiele: – *Europa verstehen*

Wenn es darum geht, Teilnehmenden innerhalb von kurzer Zeit Zugänge zu aktuellen Themen zu verschaffen und ein Bewußtsein für die jeweilige Problemlage zu vermitteln, dann gibt es wohl kaum eine andere Methode, die die Teilnehmenden stärker einbezieht, hitzige Diskussionen auslöst und bei Schülern wie Lehrern gleichermaßen beliebt ist, wie die von uns entwickelten Simulations- und Rollenspiele.

In dieser handlungsorientierten Methode geht es darum, anstehende Ereignisse und bedeutsame Entscheidungen spielerisch vorwegzunehmen. Die Teilnehmenden schlüpfen dabei in die Rollen der Staats- und Regierungschefs und werden selbst aktiv. Ob es um die Einführung neuer Umweltschutzrichtlinien, die Revision des Vertrags von Maastricht, den Beitritt Polens zur EU oder um die Entscheidung über den Teilnehmerkreis beim Start der WWU geht; über all diese Anliegen wurde in Vlotho bereits entschieden: weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit (mit Ausnahme der Leser der Lokalpresse und von Fachzeitschriften), jedoch stets vor der offiziellen Entscheidung, die in Brüssel, Amsterdam, Luxemburg oder Köln getroffen wurde oder wird, manchmal Wochen, Monate oder Jahre früher.

Am Beispiel des Planspiels zur Wirtschafts- und Währungsunion möchte ich den Ablauf und die Erfahrungen kurz schildern.

Wenn davon ausgegangen werden konnte, daß die Teilnehmenden bereits über Grundkenntnisse der Europäischen Integration verfügten, wurden in einem ersten Schritt die Hintergründe und Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion dargestellt. Dabei ließen sich durch den Einsatz von Karikaturen aus Printmedien die wichtigsten Streitpunkte und Konfliktfälle auch von ökonomisch nicht Vorbildeten leicht deuten. Nach dieser Einführung, deren Länge sich am Vorwissen der Teilnehmenden orientierte, wurde die Aufgabe vorgestellt: Es ging darum, das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zu simulieren, das im Frühjahr 1998 stattfand und bei dem über die Teilnahme der Mitgliedsstaaten an der ersten Runde der WWU entschieden wurde.

In einer ersten Informationsphase wurde die eigene Position ermittelt. Beispiel: „Wir sind Italien. Unsere Konvergenzkriterien erfüllen wir bei einer strikten Auslegung, wie sie von Deutschland gefordert wird, nicht. Dennoch können wir gerade bei der Inflationsbekämpfung enorme Erfolge vorweisen. Wir sind Europäer

der ersten Stunde. Deshalb müssen wir auch bei der ersten Runde der WWU dabei sein.“ Signore Prodi und sein Team studierten Texte, werteten Statistiken aus und suchten in Presseartikeln, Regierungserklärungen und Broschüren nach Argumenten, die die anderen 14 Mitgliedsstaaten einfach nicht ignorieren konnten.

Gut vorbereitet gingen die Italiener in die erste Verhandlungsrunde. Hier ging es zunächst darum, die eigene Position kurz vorzustellen und zu hören, was die anderen zu sagen haben. Prodi nutzte wie die Kollegen die Mittagspause, um Koalitionsverhandlungen zu führen. Spanien und Portugal, die anderen Mitglieder des ‘Club Med’, wie sie verächtlich im Norden genannt wurden, hatten ähnliche Positionen; Frankreich war ohnehin für eine große Teilnehmerrunde. Die im Vertrag vorgesehene qualifizierte Mehrheit, mit der der Rat die Teilnahme jeden einzelnen Mitgliedsstaates bestätigen mußte, war gegebenenfalls auch gegen Deutschland zu schaffen. Nach dem Kaffee begannen die zähen Verhandlungen. Deutschland gab nicht nach, doch die Verhandlungen zahlten sich für Italien aus. Die Schlußabstimmung bestätigte seine Teilnahme. Außer in Griechenland, dem eine Frist von zwei Jahren eingeräumt wurde, wurde der Euro in sämtlichen EU-Staaten eingeführt. Prodi und sein Team zogen zufrieden aus dem Konferenzsaal. Die heftigen Diskussionen darüber, ob deshalb nun die Währung etwas schwächer wird, gingen jedoch noch bis in den späten Abend weiter.

In dem Maße, wie die Teilnehmenden nicht mehr nur Bürger einerseits und Zuhörer andererseits waren, sondern in die Rolle von Politikern schlüpfen und zu den Hauptakteuren im Prozeß der Wissensvermittlung wurden, gelang es ihnen, den Euro zu ihrem Thema zu machen. Der Perspektivenwechsel und die Auseinandersetzung mit entgegengesetzten Positionen forderte sie geradezu heraus, sich aktiv mit dem anstehenden Problem auseinanderzusetzen. Wer sich darauf beschränkt, das Problem nur nachzuvollziehen, wird in den Verhandlungen schnell über den Tisch gezogen. Nach anfäng-

licher Scheu vor dem Rollenspiel läßt dies der in der Regel schnell erwachte Ehrgeiz jedoch bei kaum einem zu. Daß sich Schüler beim Mittagessen über die Auslegung der Konvergenzkriterien streiten und darüber die Suppe kalt werden lassen, daß Lehrer völlig überrascht sind über die ungewöhnlich engagierte Beteiligung einzelner, sonst offenbar ruhigerer Schülerinnen und Schüler, daß manche Diskussion nur noch mit Mühe zu bremsen ist, deutet darauf hin, daß sich die Schüler das Thema zu eigen machen.

Wer im Rahmen des Simulationsspiels hart für die Positionen Italiens gekämpft hat, wird wohl auch die laufende Berichterstattung in den Medien anders verfolgen und Stammtischparolen Paroli bieten können. Der Euro wird damit nicht mehr nur als etwas gesehen, was irgendwann in unserem Geldbeutel landet, sondern als ein Schritt zu vertiefter europäischer Zusammenarbeit, verbunden mit Chancen und Risiken, und der ohne die Bereitschaft zu Kompromissen nicht zu realisieren ist.

Internationale Begegnung – Europa erleben

Die internationale Begegnung bietet zweifellos den geeignetsten Rahmen, in dem Jugendliche die Chancen und Herausforderungen, aber auch die Tücken und Schwierigkeiten der europäischen Zusammenarbeit konkret erfahren und erleben können. Am Beispiel eines trinationalen Begegnungsseminars, das wir mit Unterstützung durch das Deutsch-Französische Jugendwerk und in Kooperation mit der Académie Européenne Lille und dem Europahaus la Calamine durchführten, möchte ich dies erläutern: Unter dem Motto 'der Binnenmarkt als Herausforderung für junge Kaufleute' trafen sich ca. 40 Jugendliche in der beruflichen Bildung aus Bielefeld, Charleroi (B) und Béthune (F) im Gesamteuropäischen Studienwerk. Die Woche, die sie gemeinsam hier verbrachten, stellte den Auftakt eines dreiteiligen Seminarzyklus dar, der sie noch nach Belgien und Frankreich führen wird. In den drei Ländern werden sich die

Jugendlichen intensiv mit dem jeweiligen Schul- und Ausbildungssystem, der Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie mit den Möglichkeiten, die der Europäische Binnenmarkt bietet, auseinandersetzen. Die trinationale Projektarbeit, die den gesamten Seminarzyklus wie ein roter Faden durchzieht, fordert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, gemeinsam die eigene und die fremde Lebens- und Arbeitsumwelt zu entdecken, gemeinsam zu lernen und in der Überwindung der Sprachbarriere Projekte zu realisieren und sich letztendlich mit Vorurteilen auseinanderzusetzen.

Das trinationale Begegnungsseminar 'Herausforderung Binnenmarkt' gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, Europa zu erleben, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Im gemeinsamen Leben, Lernen und Arbeiten erleben die Teilnehmer sozusagen ein Europa 'en miniature'. Sie erkennen, daß die Zusammenarbeit nur funktioniert und vorzeigbare Ergebnisse nur dann realisiert werden können, wenn alle Beteiligten die Bereitschaft mitbringen, aufeinander zuzugehen und sich aufeinander einzulassen. Gelingt es, die Sprachbarrieren und andere Verständigungsschwierigkeiten zu überwinden, wird der Austausch allgemein als große persönliche Bereicherung angesehen, als Möglichkeit, von den anderen zu lernen, auch mal über den gewohnten Tellerrand hinauszusehen und Gewohntes in Frage zu stellen.

Der trinationale Seminarzyklus bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Europa als eigenen Handlungsraum wahrzunehmen. Die Auseinandersetzung mit den Lebensweisen, Arbeits- und Ausbildungssystemen anderer Länder sensibilisiert die Jugendlichen für ihnen offenstehende Handlungsmöglichkeiten, die sie ohne die Begegnung kaum für sich realisiert hätten. Was z.B. zu Beginn des Seminars, bei der Erläuterung des Europäischen Binnenmarktes noch abstrakt und theoretisch klang, die 'Freizügigkeit für Personen', wird im Laufe des Seminarzyklus zu einer konkreten Option, im anderen Land studieren, arbeiten oder ein Praktikum ableisten zu können.

Damit kann, zumindest was das 'Europa en miniature' betrifft, die Europäische Bildung durchaus auf Partizipation hinwirken, indem sie für bestehende Handlungsmöglichkeiten sensibilisiert und die Teilnehmer in die Lage versetzt, diese auch zu nutzen.

Es gibt also durchaus vielfältige Möglichkeiten, Europa greifbar zu machen und so die Voraus-

setzung dafür zu schaffen, daß die Jugendlichen die Europäische Integration als etwas Sinnvolles wahrnehmen und mittragen können. Die Politik kann jedoch nicht aus der Pflicht genommen werden, dafür zu sorgen, daß das Europa des Rechts und der Wirtschaft auch ein wirkliches Europa der Bürger wird.

Sonja Hensel

Gegner – Partner – Freunde?

Bericht über das erste deutsch-tschechische Studenten-Seminar im GESW

Unter dem Titel „Deutsche und Tschechen an der Jahrtausendwende“ fand vom 12. bis 17. April 1999 das erste deutsch-tschechische Studentenseminar in Vlotho statt. Geleitet wurde die Tagung von Dr. Michael Walter (GESW) in Zusammenarbeit mit Ralf Dettinger, Sonja Hensel und Christine Beck, die als Lektoren der Robert-Bosch-Stiftung in der Tschechischen Republik tätig sind bzw. waren. Die unbürokratische finanzielle Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung sowie des Koordinierungszentrums „Tandem“ für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch ermöglichte insbesondere die Teilnahme tschechischer Studierender an dem Begegnungs- und Informationsseminar. So konnten Studierende der Hochschulen Liberec, Ostrava und _eské Bud_jovice sowie deutsche Studierende aus Berlin, Freiburg, Münster und Magdeburg in Vlotho begrüßt werden.

Vorbereitung

Wichtig war den Teamern, die Teilnehmenden frühzeitig in die Vorbereitungen des Seminarprogramms einzubeziehen. Auf Seiten der tschechischen Studierenden gehörten dazu die Suche und Zusammenstellung von Materialien und Informationen bezüglich der „Samtenen Revo-

lution“ in der Tschechoslowakei. Darüber hinaus erarbeiteten beide Seiten eine Präsentation der jeweiligen Heimatregionen unter Zuhilfenahme verschiedenster Medien. Die Vorbereitungen der tschechischen Teilnehmer wurden von den jeweiligen Lektoren betreut.

Inhalte

Im Mittelpunkt des Seminars standen neben den deutsch-tschechischen Beziehungen Zwischenbilanzen der politischen, ökonomischen und sozialen Transformation in Deutschland und Tschechien zehn Jahre nach dem Fall der Mauer bzw. der „Samtenen Revolution“ sowie die Erweiterung der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung des Annäherungsprozesses der Tschechischen Republik.

Um die eigenen Aktivitäten der Teilnehmenden so stark wie möglich zu fördern, arbeiteten sie vorwiegend in binationalen Kleingruppen. Besonders wichtig war dabei, an der Erfahrungswelt der Teilnehmenden anzusetzen. Sie konnten ihre eigenen Erfahrungen zu den unterschiedlichen Themen einbringen und sich entsprechend austauschen. Anhand unterschiedlicher Methoden (Analysen, Umfragen, Beobachtungen) erschloß man sich darauf aufbauend Inhalte und Informationen, bevor diese

im Plenum vorgestellt und diskutiert wurden. Referate und Expertengespräche dienten der Vorbereitung bzw. der Vertiefung des erarbeiteten Stoffes.

Seminarziele und Erwartungen

Die Seminarziele beschränkten sich nicht auf die kognitive Aneignung von und Auseinandersetzung mit o.g. Inhalten. Darüber hinaus sollten

1. die Teilnehmenden die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Realitäten des jeweils anderen Landes kennen- und verstehen lernen und sich dabei insbesondere mit dem anderen Hochschulsystem auseinandersetzen;
2. das Seminar den Teilnehmenden einen Rahmen bieten, anhand dessen sie für sich selbst und für ihre Arbeit, ihr Studium und ihr zukünftiges Betätigungsfeld einen Bezug zu Europa und dem Europäischen Binnenmarkt herstellen konnten.

Durch gemeinsames Lernen, Arbeiten und Zusammenleben in binationalen Projektgruppen sollten die Teilnehmenden die Möglichkeit erhalten, sich mit den Vertretern des Nachbarlandes zu verständigen, zu einigen und Gemeinsames zu realisieren. Sie sollten lernen, kulturelle Unterschiede wie auch Gemeinsamkeiten wahrzunehmen und konstruktiv mit ihnen umzugehen. Vorgefertigte Meinungen und Urteile wurden dabei in Frage gestellt und vor dem Hintergrund der interkulturellen Begegnung relativiert.

Seminarverlauf

Nach anfänglicher Zurückhaltung besonders seitens der tschechischen Teilnehmer gelang es im weiteren Seminarverlauf, weitgehend alle Teilnehmenden entsprechend ihren fachlichen und sprachlichen Fähigkeiten in den Arbeitsprozeß einzubeziehen. Als problematisch im Bereich der inhaltlichen Ziele erwies sich die Heterogenität der Gruppe bezüglich der fach-

lichen Vorkenntnisse. Diese Schwierigkeiten ergaben sich aus der Tatsache, daß die deutschen Studierenden sich im Rahmen ihres Studiums (Geschichte, Politologie, Osteuropawissenschaften) bereits intensiv mit den dem Seminar zugrundeliegenden Fragestellungen beschäftigt hatten, während das Seminar für die tschechischen Studierenden, die hauptsächlich Fremdsprachen studieren, oft ein erster Einstieg in die Thematik war. Während von deutscher Seite in dieser Hinsicht eine besondere Sensibilität entwickelt werden mußte, war es von tschechischer Seite nötig, nachdrücklicher das eigene Anliegen deutlich zu machen. Die tschechischen Studierenden profitierten dabei von der Vermittlung eines umfangreichen Basiswissens. Dem Informationsbedürfnis der deutschen Teilnehmenden wurde durch ihnen ansonsten unzugängliches Detailwissen und neue Innenansichten entsprochen. Die spezifische Kommunikationssituation – die Seminarsprache war überwiegend Deutsch – rief naturgemäß Anfangsschwierigkeiten hervor, die von den Teilnehmenden selbst in informellen Gruppengesprächen gelöst werden konnten. Als besonders förderlich erwies sich hierbei, daß eine Seminardauer von sechs Tagen möglich war. Daß diese Kommunikationsprobleme ohne direktes Eingreifen der Seminarleitung gelöst werden konnten, kann als besonderer Erfolg und als Beweis der guten Seminaratmosphäre gewertet werden. In diesem Zusammenhang ist auch positiv zu vermerken, daß sich die anfangs bestehende, aufgrund nationaler und regionaler Kriterien vorhandene Gruppenbildung bald zugunsten immer wieder neuer Konstellationen auflöste.

Im Bereich des interkulturellen Lernens wurden von beiden Seiten Anstrengungen gefordert, indem zum Teil von gewohnten Kommunikationsstrategien Abschied genommen werden mußte. Das betraf besonders das länderspezifische Diskussionsverhalten. Daß es auch hier nicht zur Dominanz einer Seite kam, kann ebenfalls als positives Ergebnis verbucht werden.

Prominenter Besuch: der tschechische Botschafter František Černý zu Gast im GESW

Einen besonderen Höhepunkt stellte der Besuch des Botschafters der Tschechischen Republik in der Bundesrepublik, František Černý, dar. In seinem Vortrag wies der Diplomat auf die jahrhundertalte Geschichte hin, die beide Länder miteinander verbindet. In ihr habe es zwischen beiden Völkern „ein Miteinander, aber leider auch ein Neben- und Gegeneinander“ gegeben. Wie der Botschafter erläuterte, erleben die gegenseitigen Beziehungen von Deutschen und Tschechen derzeit auf vielen Ebenen eine Belebung in unterschiedlicher Intensität. So habe sich der Handel zwischen beiden Ländern gut entwickelt. Für die Tschechische Republik sei Deutschland der wichtigste Handelspartner. Ohne ausländische Investitionen seien viele Modernisierungsmaßnahmen nicht möglich. Als Paradebeispiel nannte er die Liaison zwischen den Automobilkonzernen Volkswagen und Škoda, die sich trotz anfänglicher Vorbehalte auf tschechischer Seite als äußerst erfolgreich erwiesen habe. Dagegen wünschte sich Černý in kultureller Hinsicht einen lebhafteren Austausch. Mit einem gewissen Bedauern verwies er auf die „goldenen 60er Jahre“, als das gegenseitige Interesse etwa an der Literatur des Nachbarlandes größer gewesen sei: „Bücher von Günther Grass oder Martin Walser erfreuten sich in der Tschechoslowakei großer Popularität. Heutzutage hat das Interesse an deutschen Autoren nachgelassen“. Als eine „sehr gute Sache“ bewertete der tschechische Botschafter Austauschprogramme zwischen Studierenden wie die Veranstaltung im Studienwerk. Da dies von großer Bedeutung für die Zukunft sei, habe er an der Veranstaltung in Vlotho gerne teilgenommen.

Die Rattenfängersage: von Hameln nach Olomouc

Um eine wenig bekannte Beziehung zwischen Deutschen und Tschechen vor Ort zu dokumentieren, führte eine halbtägige Exkursion in das benachbarte Hameln. Nach neueren Untersuchungen könnte der historische Hintergrund der Rattenfängersage, durch welche die Stadt eine weltweite Bekanntheit erlangte, darin bestehen, daß junge Männer und Frauen von einem Landwerber für die Auswanderung nach Olmütz gewonnen wurden.

Evaluation

Im Interesse der vom Gesamteuropäischen Studienwerk vorgenommenen Selbstevaluation der politischen Bildungsarbeit, aber auch der in der Bildungsstätte gegebenen Rahmenbedingungen, wurde abschließend eine Seminaarauswertung durchgeführt. Um eine qualitative Auswertung, in der die Teilnehmenden Bemerkungen zu einzelnen Programmpunkten und konstruktive Verbesserungsvorschläge formulierten, mit quantitativen Methoden zu verbinden, beantworteten die Studierenden einen detaillierten Seminaarauswertungsbogen, den wir hier in einer Zusammenfassung wiedergeben. Auf einer Skala von 1 (= sehr gut) bis 5 (= sehr schlecht) wurden folgende Durchschnittsnoten vergeben:

1. Seminar insgesamt

– Seminarleitung	1,1
– Betreuung	1,1
– Atmosphäre	1,4
– Teilnehmerverhalten	1,6
– Materialien	1,2
– Essen	1,4
– Unterkunft	1,0

2. Einzelne Programmpunkte	
– Präsentation der Heimatregionen	2,0
– Zehn Jahre danach – ein Rückblick (Rundgespräch, Referat und Kleingruppenarbeit)	1,9
– Vortrag des tschechischen Botschafters	2,3
– Deutsche und Tschechen – Stereotypen (Spiel zur interkulturellen Sensibilisierung, Gruppenarbeit und Diskussion)	1,5
– Referat über die Europäische Union	1,4

– Lernzirkel zur Europäischen Union	1,3
– Planspiel zur Osterweiterung der EU	1,2
– Exkursion nach Hameln	1,2
– Videos:	
– Kdy kdyz ne dnes	1,4
– Deutsche und Tschechen	2,8

Perspektiven

Aufgrund des positiven Gesamtergebnisses des Seminars ist eine Wiederholung bzw. Fortführung im kommenden Jahr geplant.

Ulrike Schödel

Europäische Schildkröte oder: Europa bewegt sich doch

„Deutschland und Polen – gemeinsam in der Mitte Europas“ – Ein Schülerseminar

Vlotho (ucs) – Satzteile fliegen durch die Luft. Sieben deutsche und polnische Schüler versuchen ein Zitatpuzzle an einem langen Tisch zusammenzubringen. Mit roten Backen, deutschen und polnischen Satzketten, werden die Versatzstücke ausprobiert, verschoben oder für widersinnig erklärt: Nein, nein. „Die EG kommt mir vor ...“ muß am Anfang stehen. Am Ende staunen die sieben nicht schlecht, als die 21 Teile in einem sinnvollen Zitat vor ihnen liegen: „Die EG kommt mir vor wie eine Schildkröte in meinem Garten: Wenn ich in meinem Lehnstuhl sitze und sie betrachte, scheint es mir, als würde sie sich nie bewegen. Wenn ich dann manchmal nach kurzem Einschlummern wieder aufwache, stelle ich fest, daß sie doch vorangekommen ist.“ (Lord George Thomson, 1976). Aber die Schüler jagen erst mal weiter: Der Ehrgeiz, mit der eigenen Gruppe Sieger in einem Europa-Quiz mit sieben Stationen zu werden, bestimmt erstmal den wilden Wettlauf.

Zwischen Güstrow, der Stadt des Barlach-Engels in Mecklenburg-Vorpommern, und Mieszkowice inmitten der Seenplatte südlich von Stettin an der deutsch-polnischen Grenze liegen kaum 200 Kilometer. Güstrow und Mieszkowice sind Nachbarn, nahe Nachbarn sogar – aus europäischer Vogelperspektive. Aber Nachbarn, die sich durch ihre je eigene Geschichte – vor allem der jüngeren Geschichte suspekt geworden sind. Mißtrauen, Vorurteile und häßliche Bilder bestimmen das gegenseitige Verhältnis. Man ist sich aus dem Weg gegangen. Und tut es heute noch. Weder allzu große Neugier noch Sympathie befördern den kleinen „Katzensprung“ ins europäische Nachbarland. Höchstens billige Waren locken zu einem Einkaufstrip ins polnische Grenzgebiet: Butter und Zigaretten, Jogginghosen und Wurst ...

Die deutschen und polnischen Schüler, die sich eine Woche lang im Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Vlotho begegnet sind,

hatten nicht nur Zahnbürste und Turnschuhe im Gepäck, sondern auch ein Erbe an Überlieferungen und Vorstellungen mitgebracht. Falsche, begrenzte, einseitige Bilder des je anderen Landes, die sich ohne eigene Erfahrung von Generation zu Generation vermehren und verfestigen: Der Deutsche ist kriegslüsternd und brutal; der Pole von Natur aus ein Autodieb; die Deutschen haben Bierbäuche und der Pole ist ein armer Mann, ein schwächlicher Verwandter, bei dem nichts zu holen ist. Der „Pollack“ und der „szkop“ (Hammel), ein böses Wort, das im Zweiten Weltkrieg für den Deutschen entstand. Der Eisener Vorhang im Kopf ist immer noch groß.

Gemischte Gefühle am Anfang: Die Angst vor der Begegnung mit dem Fremden – „Aufregung“ und „Furcht“ sind die Worte der Schüler – war groß: Ohne mit der Sprache des anderen Landes ausgestattet zu sein, führen 21 polnische und 19 deutsche Schüler – alle zwischen 16 und 18 Jahre alt – ins westfälische Vlotho. In eine Stadt, die sowohl von Güstrow wie auch von Mieszkowice um ein mehrfaches weiter entfernt ist als der direkte Weg. Eine Nachbarschaftsbegegnung auf neutralem Boden also? Oder wieder mal: Ein europäischer Umweg im Schildkrötempo? Später wird Christian (17) in einem Leitartikel der gemeinsam entworfenen Zeitung schreiben: „In unseren Gesprächen drehte es sich immer wieder um das Zusammenwachsen in Europa. Doch wir hatten und haben immer noch Angst, daß wir etwas verlieren könnten – etwas von unserer Kultur oder unserem Lebensniveau. Aber wir haben auch Hoffnung auf mehr Verständigung und Freundschaft.“

„Polen und Deutschland – gemeinsam in der Mitte Europas“ hieß das einwöchige produktorientierte Seminar, in dessen Mittelpunkt die Herstellung einer zweisprachigen deutsch-polnischen Zeitung mit dem Namen „Deupol“ stand. Mit Artikeln über die Herkunftsstädte, das jeweilige Schulsystem, über die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1945 oder über Ausflüge, die in den nahegelegenen Jugendhof oder

zur regionalen Tageszeitung „Vlothoer Tageblatt“ gemacht wurden. Ein Seminarprojekt, das gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde in Nordrhein-Westfalen im GESW entwickelt und seit Jahren umgesetzt wird. Hervorgegangen ist es aus den von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Begegnungsseminaren zwischen polnischen und deutschen Schulen.

Das Ungewöhnliche dieser erprobten Seminare: Sie laufen durchweg zweisprachig. Ob Vorträge oder Diskussionen; Fragen oder Antworten; kleine Probleme oder große Auseinandersetzung: Drei „Dolmetscher“ sind jederzeit mit ihrer doppelsprachigen Kompetenz im Einsatz: Die beiden Seminardozenten des GESW Dr. Zbigniew Wilkiewicz und Dr. Gerhard Schlüsselbauer sowie Aneta Schmidt, eine Studentin, die osteuropäische Sprachen in Münster studiert – und eigens als Sprachmittlerin engagiert wurde. Nicht nur im großen Plenum sind die engagierten Leiter ständig präsent, sondern auch in den sieben national gemischten Redaktionsteams, die von Anfang an nach thematischen Interessen gebildet werden. Der Rest der Begegnung: Sport, Spiele, Offenheit, kleine Wörterbücher und lange Nächte, bei denen sich die sprachfremden Schüler aufschlüsseln.

„Die Sprache spielt in unseren Seminaren eine zentrale Rolle“, erzählt Institutsratsleiter Dr. Wilkiewicz am Rande des von Dr. Michael Walter entwickelten Europaquiz, in dem die sieben Gruppen zudem wieselflink und detektivisch europäische Fahnen zuordnen, 17 Währungen in sieben Minuten identifizieren oder europäische Köpfe – Sokrates, Lech Wałęsa oder Arnold Schwarzenegger – erraten müssen. Die permanente Einblendung beider Sprachen ist in dem Haus in Vlotho „einmalig“. In der Zeit der Erprobung der Seminare habe sich die Dominanz der deutschen Sprache und Kultur eher als Behinderung im interkulturellen Lernen der Schüler herausgestellt, so Dr. Wilkiewicz. Die einseitige Sprachpräsenz habe die Asymmetrie zwischen Polen und Deutschen eher noch verstärkt als nivelliert, berichtet der studierte

Slavist und Historiker, der selber zweisprachig aufgewachsen ist. Im Sinne der Gleichrangigkeit werden die Seminare jetzt seit über einem Jahr „dauergedolmetscht“. Mit großem Erfolg.

Dr. Wilkiewicz setzt dabei auch auf die Frustrationserlebnisse durch die Abwesenheit der je anderen Sprache: Das fördere die Neugier und mache auf die eigenständige Kultur des jeweiligen Landes aufmerksam: „Lies langsam – und deutlich“, fordert der studierte Slawist einen 17jährigen Schüler auf, der einen von ihm ausgearbeiteten historischen Artikel im Flüsterton vorträgt. Daß auch die polnische Sprache klar und deutlich im Raum steht, ja mit Selbstbewußtsein vorgetragen wird, ist Dr. Wilkiewicz wichtig. „Indem man die fremde Sprache hört und wahrnimmt, achtet man sie auch.“ Die Sprachkompetenz und ihre Bedeutung für das Verstehen und Verständigen bilden unausgesprochen das Futter in diesen Tagen. Das grundsätzliche „Anderssein“ soll nicht verwischt werden; nur die Angst vor der Fremdheit genommen. Schwellenarbeit.

Bei den Teilnehmern scheint das Konzept aufgegangen zu sein: Die polnischen Schüler, die sich grundsätzlich als ein von Deutschen „schlecht behandeltes Land zweiter Klasse“ fühlen, sind von der Offenheit, aber auch von dem Respekt, mit dem sie behandelt werden, überwältigt: „Mit soviel Aufmerksamkeit haben wir nicht gerechnet“, sagt der 17jährige _ukasz, in dessen Kopf die Deutschen sehr national und blind für alles Polnische sind; Aneta (17) sucht in dem Wörterbuch das Wort „go_cinno__“ heraus und zeigt es strahlend: „Gastfreundlichkeit.“ Obwohl den polnischen Schülern auch anderes auffällt: Wie schön und gepflegt die Fachwerkhäuser in Vlothos Innenstadt sind, aber auch die hohen Mauern und Zäune, die sie umgeben ...

Die deutschen Teilnehmer aus Güstrow waren eher mit gemischten Gefühlen angereizt: Eine Begegnung mit dem „Image der armen Polen, die nicht so gut angezogen sind“, fand Silke (17) nicht so prickelnd. Aber dann, so Stephanie und Juliane, die das Treffen nun „richtig klasse“ fin-

den, war schließlich alles anders: „Das sind Jugendliche wie wir.“ Auch Christin und Stefanie, ebenfalls 17 Jahre alt, verhehlen nicht die erwachte Neugier auf die alten, neuen Nachbarn: „Nächstes Mal fahre ich mit einem anderen Gefühl nach Polen.“ Ob die Neugier ausreicht, auch die Sprache zu lernen – da sind sie eher skeptisch. Silke reagiert pragmatisch: „Was soll ich mit polnisch? Da kann man ja kaum etwas mit anfangen.“ Trotzdem: „Superchance“, meint sie dann doch.

In einem abschließenden Forum wurden neben der Euphorie auf dem Weg in ein gemeinsames Europa auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken in einem Europa offener Grenzen in den Blick genommen: Die Wahrung des Lebensstandards war die größte Sorge der deutschen Teilnehmer, aber auch die Furcht vor Kulturverlust, zunehmender Kriminalität, Arbeitsplatzverlust durch Billiglöhne. Die polnischen Teilnehmer sahen eher die Chancen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht: „Ein besseres Leben.“ – stand mit rotem Filz als Hoffnungswort an der Tafel.

Trotz der sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten, so Dr. Wilkiewicz, komme es durch die intensive Zusammenarbeit zu „beträchtlichen Annäherungen“. Die Begegnungsseminare zielen schließlich auch konkret auf Weiteres: nämlich deutsch-polnische Schulpartnerschaften zu stiften. Mit großer Energie betreibt dies Gustav Thurm von der „Landesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde“. Der pensionierte Lehrer aus Wittenberg, der seit Jahren die Seminare organisiert und auch mit leitet, ist ein deutsch-polnischer Kuppler aus Überzeugung. Mit seiner ganzen Person steht auch er für die drei wichtigen Worte dieses Seminars: Annäherung, Verständnis und Toleranz.

Nach sieben Tagen hat sich die Schildkröte der deutsch-polnischen Annäherung fast unbemerkt weiterbewegt. Ohne politische Sonntagsreden oder freundliche Absichtserklärungen. Die 40 Schüler wollen sich kaum trennen – und halten

nicht ohne Stolz die mit viel Mühe hergestellte Zeitung in der Hand. „Ich denke“, sagt Dr. Walter, „wir können hier manchmal mehr erreichen als in Brüssel ...“ Mit viel Geduld im Kleinen, mit Momentaufnahmen der Annäherungen und einem klaren Blick auf einen europäischen Horizont. Und der Kosovo-Krieg, der in diesen Tagen auch bei den Schülern auf Ratlosigkeit,

Angst und Wut stößt, verdeutliche einmal mehr – so Dr. Schlüsselbauer – wie wichtig die Arbeit hier ist. Nein, keine Resignation in Sachen Europa. „Es gibt zwar Sieger und Verlierer“, sagt der Dozent aus Bayern, als er das Ergebnis des Europaquiz in der großen Schülerrunde bekannt gibt, „aber in einem gemeinsamen Europa gewinnen alle.“

Zbigniew Wilkiewicz

Vernetzung von Städte- und Schulpartnerschaften

GESW Vlotho vom 28. – 30. 05. 1999

Einleitung

Bei dieser von der Robert-Bosch-Stiftung großzügig unterstützten Tagung handelte es sich um die Weiterführung eines Projekts, das im April 1998 seinen Anfang genommen hatte. Damals hatte ein Seminar mit Vertretern deutscher Partnerschaftsvereine und Initiatoren von Schulpartnerschaften stattgefunden, aus dem die Konsequenz gezogen wurde, daß es wichtig wäre, eine ähnliche Tagung – nun aber auch mit polnischer Beteiligung und zweisprachig – durchzuführen (vgl. den Tagungsbericht: Zbigniew Wilkiewicz: Deutsch-polnische Städte- und Schulpartnerschaften. Ein Seminarbericht, in: „aktuelle ostinformationen“, 3-4, 1998, S. 57-65 und den Text des Vortrags von Hubert Luszczyński: „Romeo- und Julia-Syndrom in den deutsch-polnischen Beziehungen“, in: „aktuelle ostinformationen, 1-2, 1999, S. 30-43. Der damalige Chefredakteur von „Dialog“, Herr Filter, hatte zwar zugesagt, den Tagungsbericht in deutscher und polnischer Version abzu- drucken, was dann aber leider nicht geschah).

Demgemäß wurde das Seminar so ausgeschrieben, daß sich für die vorgesehenen dreißig Teilnehmer eine paritätische Besetzung von Deutschen und Polen ergeben sollte. Im Verlauf der dreimonatigen Werbungsphase, die erst dann

intensiv einsetzen konnte, als die Robert-Bosch-Stiftung die Mittel für meinen Antrag bewilligt hatte, stellte sich heraus, daß nur ein kleiner Teil der Teilnehmer aus dem ersten, rein deutsch besetzten Seminar in der Lage war, seine polnischen Partner verbindlich für die Mai-Tagung des Jahres 1999 anzumelden. Es ergaben sich Termschwierigkeiten, finanzielle Probleme auf polnischer Seite u.ä.

1. Einführender Vortrag und Vorstellungsrunde

Bevor es am Freitagnachmittag zu einer ausführlichen – zweisprachig moderierten – Vorstellung der Teilnehmer kam, erläutere der Seminarleiter, Dr. Zbigniew Wilkiewicz, noch einmal die Grundproblematik und die mit dem Seminar verbundene Zielvorstellung. Dabei hob er in erster Linie auf die große Bedeutung kommunaler und regionaler sowie schulischer Initiativen hinsichtlich des deutsch-polnischen Verhältnisses ab.

Er führte aus, daß sowohl die politischen als auch wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten gut seien, daß es aber aufgrund erheblicher ökonomischer und kultureller Asymmetrien weiterhin gravierende Probleme gebe, die dazu führten, daß Polen in der breiten

deutschen Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werde, und umgekehrt, bei breiten polnischen Bevölkerungsschichten ein weiterhin wenig realistisches Bild über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik vorherrsche, die sich ebenfalls in einem schwierigen Transformationsprozeß befinde.

Auf dem Hintergrund des Krieges im Kosovo verwies der Seminarleiter ebenfalls auf die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses und die damit verbundenen gemeinsamen deutschen und polnischen Interessen. Umso wichtiger sei es, daß auf kommunaler, regionaler und schulischer Ebene ein intensiver deutsch-polnischer Dialog einzusetzen habe, der nicht nur von den politischen und wirtschaftlichen Eliten gepflegt werden dürfe. Nehme man Begriffe wie Demokratie, Bürgergesellschaft und Subsidiarität ernst, so müsse Dialog- und Diskursfähigkeit in noch weitaus höherem Maße hergestellt werden. Da die Sprachbarriere weiterhin gravierend sei, müsse es in Zukunft auch in Deutschland um eine Aufwertung des Polnischen gehen, denn echte Partnerschaft habe in etwa egalitäre Ausgangsbedingungen sowie gegenseitige Achtung und Toleranz zur Voraussetzung.

Das Seminar solle diesbezüglich seinen Beitrag leisten und sei deshalb bewußt zweisprachig konzipiert. Die konsekutive Übersetzung sei zwar zeitraubend, weil sich Rede- und Diskussionszeiten verdoppelten, ermögliche aber für beide Seiten das so notwendige Verstehen und Kennenlernen des jeweils anderen. Durch den Einsatz von vier Sprachmittlern und aufgrund der Tatsache, daß es einige Teilnehmer/Innen gebe, die zweisprachig sind, sei die Effizienz der nach der Moderationsphase einsetzenden Arbeit in gemischt-nationalen Arbeitsgruppen sichergestellt. Der Seminarleiter forderte die Teilnehmer/Innen dazu auf, sich auf dieses Seminar einzulassen, wobei er hervorhob, daß es einen innovativen Charakter habe und als ein Experiment anzusehen sei, das von den häufig gängigen Standards (Vortrag – Diskussion – Auswertung) stark abweiche.

2. Teilnehmerstruktur

Ungeachtet der in der Einführung erwähnten Probleme bei der Teilnehmerwerbung, bekundeten erfreulicherweise neue Personenkreise ihr Interesse für die Tagung, so daß die Teilnehmerzahl – wie geplant – voll ausgeschöpft werden konnte.

Außer ehrenamtlich arbeitenden Personen aus Vlotho und Lubsko sowie aus Herford und Gorzów Wielkopolski handelte es sich um polnische und deutsche Lehrer, die bereits Schulpartnerschaften geknüpft haben oder knüpfen wollen, um einen Kreisjugendpfleger, der seine polnischen Kollegen aus der Partnerregion mitgebracht hatte, um Stadträte und Personen mit anderen kommunalen Funktionsstellen. Um die starke Ausdifferenzierung dieser Teilnehmergruppe zu verdeutlichen, nenne ich sie im folgenden namentlich und füge eine Kurzcharakteristik ihres Tätigkeitsfeldes bei, so wie sie sich aus der ausführlichen Vorstellungsrunde am Freitag Nachmittag und Abend (28.5.1999) ergab. Dies geschieht auch deshalb, weil jeder Teilnehmer den in den „aktuellen ostinformationen“ abgedruckten Tagungsbericht in deutscher und polnischer Sprache erhalten wird.

Dieses empirische Datenmaterial ist auch schon deshalb wichtig, weil es verdeutlicht, daß die für den Samstagvormittag vorgesehene, zweisprachig durchgeführte Moderation den adäquaten Ansatz bildete, um auf die Bedürfnisse und Ziele der polnischen und deutschen Teilnehmer und ihrer Institutionen intensiv einzugehen – und nach möglichen „Gemeinsamkeiten“ zu fragen, zu denen sich dann gemischt-nationale Arbeitsgruppen bilden sollten, die ergebnisorientiert zukünftige gemeinsame Projekte andenken oder bereits konzeptionell umsetzen sollten.

Frau Kögler und Herr Seifner, Lehrer vom Gymnasium in Wissen (Rheinland-Pfalz), die seit zwei Jahren einen Schüleraustausch mit Krapkowice (bei Oppeln) durchführen. Der offizielle Schulpartnerschaftsvertrag wurde im Mai 1999 unterzeichnet, eine Städtepartnerschaft

wird in Erwägung gezogen. Hier ist im übrigen ein Internet-Projekt entstanden, von dem später noch die Rede sein wird.

Herr Stallkamp, Kreisjugendpfleger des Landkreises Osnabrück, der im Rahmen eines Partnerschaftsvertrages mit der Region Olsztyn (Allenstein) den deutsch-polnischen Jugendaustausch aufbauen und fördern soll. Anwesend waren als seine polnischen Projektpartner Frau Konicpolska, Journalistin, die sich auf polnischer Seite publizistisch um die Intensivierung dieser Kontakte kümmert, Frau Ku_mi_ska, die Rektorin einer Grundschule in B_sia (bei Biskupiec), die nach einer deutschen Partnerschule Ausschau hält, Frau Wo_odzko, Direktorin des Kulturhauses in Dobre Miasto (Ermland), die über die zahlreichen internationalen Kontakte ihrer Einrichtung berichtete und sich jetzt auch verstärkt für den Ausbau deutsch-polnischen Regionalbeziehungen einsetzen möchte, sowie Herr Paterej aus Olsztyn, Leiter einer Familienberatungsstelle und Kreissportbeauftragter, der gemeinsam mit dem Landkreis Osnabrück deutsch-polnische Sportveranstaltungen organisiert.

Aus Gryfino in Westpolen, 25 km westlich von Stettin und 3 km von der deutsch-polnischen Grenze entfernt, nahm Frau Augustyniak teil, stellvertretende Direktorin eines – in Anlehnung an die polnische Schulreform – neu einzurichtenden Gymnasiums, in dem zukünftig 1500 Kinder aus 40 Ortschaften unterrichtet werden sollen. Sie selbst verfügt noch über keine Erfahrungen im Bereich Schüleraustausch, möchte aber einen solchen in Zukunft aufbauen.

Herr Sakowski aus der Stadt Chojna, 35 km südlich von Stettin, Leiter eines Gymnasiums und Ratsherr in dieser Gemeinde, die eine intensive schulinterne Zusammenarbeit mit Schulen aus der deutschen Stadt Schwedt unterhält (der Deutschunterricht wird in einer polnischen Berufsschule von deutschen Kollegen erteilt, ein polnischer Lehrer unterrichtet an einer deutschen Schule in Schwedt Polnisch).

In Chojna arbeitet man u.a. am Aufbau einer Schulpartnerschaft mit einer beruflich orientierten Schule in Waren/Müritz. Ein erstes Pilotprojekt – in Form eines deutsch-polnischen Begegnungsseminars – konnte diesbezüglich mit Unterstützung der RBS im GESW in Vlotho durchgeführt werden. Angestrebt ist eine Schulpartnerschaft: die zukünftigen deutsch-polnischen Projekte sollen dann nicht mehr am Drittort stattfinden, sondern in Waren bzw. Chojna. Auch Herr Sakowski, der den Aufbau von Internet-Projekten an seiner Schule forciert, sucht den Kontakt zu einer deutschen Schule, aller Wahrscheinlichkeit mit der Partnerstadt Schwedt.

Frau Rahmfeld aus Gelsenkirchen, Lehrerin an einer berufsbildenden Schule, die den Schüleraustausch mit einer polnischen Schule aufbauen möchte und die im Verlaufe unseres Seminars ganz offensichtlich einen Partner aus der Region Olsztyn gefunden hat.

Frau Kleinschmidt aus Schwerte, Lehrerin an der dortigen Gesamtschule, die als „Schule ohne Rassismus“ eine stark ausgebaute internationale Arbeit betreibt. Die Schulpartnerschaft mit Nowy S_cz (bei Krakau) existiert seit 1995 und hat sich aus der Städtepartnerschaft Schwerte – Nowy S_cz entwickelt.

Herr Krebs, Gymnasiallehrer aus Celle, dessen Heimatstadt seit 1993 eine Städtepartnerschaft mit Kwidzy_ (Marienwerder) unterhält, und der im Schüleraustausch mit einem polnischen Lyzeum aktiv ist, da er das verstärkte interkulturelle Lernen in einem größer werdenden Europa für unerlässlich hält.

Herr Friedrichs aus Vlotho, Vorstandsmitglied und Kassenprüfer des Partnerschaftsvereins Vlotho-Lubsko, der sich seit Jahren für den Jugendaustausch und den Austausch unterschiedlicher Berufsgruppen beider Gemeinden einsetzt.

Herr Wilke, langjähriger Geschäftsführer des Partnerschaftsvereins Vlotho-Lubsko, der als ehrenamtlicher Betreuer an dem im April 1999 mit Unterstützung der RBS in Lubsko durch-

geführten produktorientierten deutsch-polnischen Begegnungsseminar mit Schülern der Realschule Vlotho und des Lyzeums in Lubsko teilgenommen hat und auf unserer Tagung über dessen Konzeption und Durchführung berichtete.

Herr Jungmann von der Realschule Vlotho, der – gemeinsam mit seinen polnischen Kollegen – dieses Seminar in Lubsko leitete und sich für die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrags zwischen diesen beiden Schulen einsetzt

Frau Sadowska, Geschäftsführerin des Partnerschaftsvereins Lubsko-Vlotho, die an der Verwirklichung des Schulpartnerschaftsprojekts beteiligt ist und auf polnischer Seite die Schaltstelle für die Verwirklichung zahlreicher deutsch-polnischer Projekte (im Rahmen der Städtepartnerschaft) bildet. Während der Tagung Übersetzerin.

Herr Sadowski, Mitglied des Partnerschaftsvereins Lubsko-Vlotho, der seine Frau zu dem Seminar im GESW begleitete, und über seine Erfahrungen hinsichtlich des Schüleraustauschs zwischen beiden Gemeinden berichtete.

Frau Aneta Schmidt aus Münster, Studentin der Pädagogik, Westslawistik und Volkswirtschaftslehre, die regelmäßig an den im GESW zweisprachig durchgeführten deutsch-polnischen Schülerseminaren als Sprachmittlerin teilnimmt. Während der Tagung Übersetzerin.

Frau Hasse-Dresing, pensionierte Leiterin einer Berufsschule in Herford und Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg/Warthe, dem heutigen Gorzów Wielkopolski. Initiatorin zahlreicher deutsch-polnischer Projekte in Gorzów und Herford.

Herr Jeremicz, Student der Geschichte, Angestellter der Stadt Gorzów Wielkopolski, die eine Partnerschaft zu Herford unterhält. Während der Tagung Übersetzer.

Frau Franczak, Stadträtin in Gorzów, Leiterin der städtischen Finanzabteilung, die über die guten Beziehungen zwischen der Stadt Gorzów und der Stadt Herford berichtete.

Frau Wa_czy_ska-Rechmal, Ärztin, in Warschau ehemalige Parlamentsabgeordnete für die Region Gorzów, die über ihre Erfahrungen hinsichtlich der sich positiv entwickelnden Beziehungen zwischen Frankfurt/Oder und S_ubice, etwa das Projekt eines integrierten, zweisprachigen Kindergartens, berichtete.

Herr Gustaw Thurm, pensionierter Lehrer und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde in NW, der sich für die Anbahnung der Kontakte zwischen deutschen und polnischen Schulen einsetzt und zahlreiche deutsch-polnische Begegnungsseminare initiiert hat.

Herr Zbigniew Likus aus Barlinek (Wojewodschaft Westliches Pommern), dessen Kulturhaus seit acht Jahren mit ähnlichen Einrichtungen in Schneverdingen und Bad Freienwalde kooperiert, wobei die Schwerpunkte seiner Jugendarbeit im Kreativ- und Kulturbereich liegen (Theaterprojekte, Austausch von Tanz- und Musikgruppen).

Frau Ma_gorzata Schulz, die seit sechs Jahren im „Förderverein Jugend e.V.“ in Bad Freienwalde tätig ist und jährlich bis zu 25 Projekte durchführt, an denen polnische Jugendliche teilnehmen (Fahrradtouren, Kajak-Wandern, Pleinairs u.ä.). Dies geschieht ohne offiziell abgeschlossene Kooperations- oder Partnerschaftsverträge. Insofern ist man bemüht, die Arbeit in Zukunft auf eine städtepartnerschaftliche Basis zu stellen und denkt dabei an eine Kooperation zwischen Mi_dzyrzecz und Bad Freienwalde.

Frau Constanze Lipinski aus Bad Freienwalde, die in der gleichen Einrichtung wie Frau Schulz für die internationale Arbeit zuständig ist. Kooperationen gibt es außer mit Polen u.a. auch mit Tschechien, Israel, Ägypten und Burkina Faso.

Josef Möhlenkamp, Grundschullehrer aus Aschendorf (bei Papenburg), der seit fünf Jahren mit einer Schule in Strzelin (bei Breslau) kooperiert. Der Schüleraustausch vollzieht sich regelmäßig, allerdings bringt die polnische Schulreform Probleme mit sich, weil die polnische

Partnerschule ihren Schultyp ändern könnte. Durch die Aktivitäten der Schulen, die durch eine Schulpartnerschaft gekrönt wurden, hat sich auch die Städtepartnerschaft zwischen Aschendorf und Strzelin entwickelt. Es gibt gute Kontakte zum dortigen Bürgermeister.

Frau Wo_nicka, die polnische Kollegin von Herrn Möhlenkamp, die bestätigte, daß aufgrund der Veränderungen im polnischen Schulwesen man auch in Strzelin im Hinblick auf die Zukunft der Schulpartnerschaft mit der Grund- und Hauptschule in Aschendorf verunsichert ist.

3. Einsatz der Moderationsmethode

Hubert Luszczyński von der Bezirksregierung in Rheinland-Pfalz, seit Jahren als Koordinator für die deutsch-polnischen Schulpartnerschaften in Rheinland-Pfalz zuständig, referierte am Samstagvormittag über die Bedeutung von Städte- und Schulpartnerschaften im deutsch-polnischen Kontext. Sein Kurzreferat stellte eine stringente Zusammenfassung seines in der Einleitung erwähnten Aufsatzes dar, der mittlerweile auch in polnischer Sprache erschienen ist. Für interessierte polnische Teilnehmer wurde die polnische Version in voller Länge in Kopie zur Verfügung gestellt.

Der Referent hob die zentrale Rolle von Städte- und Schulpartnerschaften bei der Osterweiterung der EU hervor, die Tatsache, daß an diesem Dialog sowohl Institutionen als auch Menschen zu beteiligen seien, daß sich Völker als Gesamtheiten aber nicht verständigen könnten, sondern der Faktor Mensch in diesem Prozeß die Hauptrolle spiele.

(In diesem Kontext verwies er auch auf die Darstellung von Dietmar M. Woesler: Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften. Europa Union Verlag, Bonn 1998. Ich selbst möchte auf das von Peter Fischer redigierte „Handbuch Polenkontakte“ verweisen, das in 2. aktualisierter Auflage beim fibre-Verlag in Osnabrück 1998

erschieden ist – und eine ausgezeichnete Arbeitshilfe darstellt).

Insofern erweise sich für unser Tagungsvorhaben die Moderationsmethode, auch Metaplan-Technik genannt, als adäquater Zugang. Deren Sinn und Zielvorstellung wurde alsdann intensiv erläutert, wobei der Referent anhand eines Diagramms das Verhältnis von (subjektiven) Bedürfnissen, den Zielen der jeweiligen Institution (ob nun Schule, Partnerschaftsverein oder Stadtverwaltung) und dem dabei zu erzielenden Erfolg – also der Effizienz gemeinsamer Anstrengungen – skizzierte. Nur eine hohe Übereinstimmung der eigenen Bedürfnisse mit den Zielen einer Organisation könne den Erfolg garantieren.

Inwiefern dieser bei unserer Tagung zu erzielen sei, stelle eine offene Frage dar. Sollte es aber zur Ausformulierung konkreter Resultate kommen, so könnte man daraus eine für die nächsten vier Jahre verbindliche deutsch-polnische Agenda formulieren, die dann an den jeweiligen Orten, häufig auch gegen Widerstände von Personen und Institutionen, umgesetzt werden müßte. Der Referent bat um die aktive Beteiligung aller Teilnehmer und wies darauf hin, daß neben den Instrumenten Papier und Stifte auch der Kopf einzusetzen sei.

Der erste Teil der Moderation, in dem es um die Schwerpunkte auf der Bedürfnisseebene ging, wurde in getrennt nationalen Gruppen durchgeführt. Deutsche und Polen sollten an jeweils getrennten Tafeln die Prioritäten ihrer Bedürfnisse bei der Verwirklichung von Städte- und Schulpartnerschaften durch die Formulierung eines zentralen Begriffs benennen. Danach wurden die genannten Begrifflichkeiten jeweils ins Deutsche oder Polnische übersetzt, Cluster gebildet, die auf die Formulierung von Verhaltensweisen (pragmatische Umsetzungsebene) abhoben und schließlich wurde – über entsprechende Punktvergabe – quantifiziert, wodurch eine Rangtabelle entstand, die in Ansätzen unterschiedliche Prioritäten bei Deutschen und Polen erkennen läßt.

Prioritäten bei Polen und Deutschen auf der Bedürfnisebene:

Polnische Teilnehmer/Polscy uczestnicy

Kontakty [Kontakte]	13
Godno___, rowno___ [Würde, Gleichheit]	10
Porozumienie, otwarto___ [Verständigung, Offenheit]	9
Bezpiecze_stwo [Sicherheit]	6
Wspó_zawodnictwo [Wettbewerb]	0

Deutsche Teilnehmer/Niemieccy uczestnicy

Vertrauen [zaufanie]	13
Verständigung [porozumienie]	9
Kontakte [kontakty]	9
Horizontenerweiterung [poszerzenie horyzontów]	7
Akzeptanz [zaakceptowanie]	2
Erfolg [sukces]	0

Prioritäten bei Deutschen und Polen auf der Zielebene

Polnische Teilnehmer/Polscy uczestnicy

Rozwój, europeizacja [Entwicklung, Europäisierung]	18
Przyja___ [Freundschaft]	11
Wymiana m_odzie_y [Jugendaustausch]	10

Deutsche Teilnehmer/Niemieccy uczestnicy

Kontakte, Offenheit [kontakty, otwarto___]	18
Verbindungen, Öffnung [powi_zania, otwarcie]	15
Schülertausch [wymiana uczniów]	6
Tun – nicht reden [dzia_a_ – nie gada_]	3

Nach Erarbeitung dieser beiden Ebenen wurden die Teilnehmer aufgefordert, nach einer angemessenen Reflexionsphase, nunmehr in gemischt-nationalen Gruppen, eine gemeinsame Prioritätenliste zu erstellen, um im Schnittmengenverfahren mögliche Gemeinsamkeiten festzuhalten. Hier waren nunmehr die Sprachmittler in noch höherem Ausmaß gefordert, denn zum Beispiel der deutsche Begriff „Gemeinsam-

keiten“ ist – was seine Konnotationen im deutschen Sprachraum angeht – nur schwer mit einem einzigen polnischen Wort adäquat übersetzbar. Probleme gab es auch bei dem Wort „Verständnis“, denn das polnische Wort „wyrozumia_o___“ konnotiert einen Inhalt, der einigen polnischen Teilnehmern so nicht akzeptabel schien. So waren zum Teil umfängliche, deskriptive Rückübersetzungen notwendig. Bei der Erstellung der gemeinsamen Liste sollten die Teilnehmer also eine deutsch-polnische Synopse aus den Ergebnissen der zuvor erarbeiteten Bedürfnis- und Zielebene formulieren. Nach einer längeren, hitzigen Diskussionsphase entstand dann – bezüglich der Gemeinsamkeiten – die nachstehende Abfolge.

Gemeinsamkeiten/wspólne zainteresowania

Potrzeby/Bedürfnisse

- Ciekawo___ [Neugier]
- Otwarto___ i zaufanie [Offenheit und Vertrauen]
- Porozumienie [Verständigung]
- Otwarta ciekawo___ [offene Neugier]
- Gleichheit, Würde [równo___, godno___]

Cele/Ziele

- Wymiana do_wiadcze_ [Erfahrungsaustausch]
- Niwelacja uprzedze_ [Abbau, Nivellierung von Vorurteilen]
- Wspólne dzia_anie [Gemeinsames Handeln]
- Europejska wspólnota [Europäisches Miteinander]

Wie leicht ersichtlich ist, handelt es sich hierbei lediglich um Losungen und um Arbeitsübersetzungen von Begriffen, die in den Dialogen der Arbeitsgruppen entsprechend erklärt, umschrieben und auf ihren Gehalt hinterfragt wurden. Hier setzte nunmehr ein intensiver deutsch-polnischer Dialog ein, der dann am Nachmittag in gebündelter Form und themenorientiert fortgesetzt wurde.

4. Arbeitsgruppen

Insgesamt einigte man sich nach einer kurzen Diskussion über die kooperativ erarbeiteten „Gemeinsamkeiten“ im Plenum auf die Bildung von vier deutsch-polnischen Arbeitsgruppen, denen der Nachmittag und Abend des Samstags zur Verfügung standen, um folgende Themen zu bearbeiten:

- Kooperationsformen im Internet
- Sprachproblematik
- Motivationsproblematik
- Organisation und Mittelbeschaffung.

Um den Teilnehmern den Auftrag zu vereinfachen, wurde bei der Themenbearbeitung folgender Kriterienkatalog vorgegeben:

- Aspekte des Themas
- Unsere Ziele
- Realisation
- Umgang mit Widerständen

5. Vorstellung eines von der RBS geförderten Schulpartnerschaftsprojektes

Die nun folgende Arbeitsphase wurde bis in den späten Abend fortgesetzt und um 19.30 Uhr durch die Vorstellung eines von der RBS geförderten Projekts unterbrochen, das in den Partnerstädten Vlotho und Lubsko realisiert wurde. Über die Genese des Projekts, das zu einer Schulpartnerschaft führen soll, berichtete Herr Wilke vom Partnerschaftsverein Lubsko-Vlotho, der zusammen mit dem verantwortlichen Lehrer, Herrn Jungmann, die Realschüler aus Vlotho während des Projekts in Lubsko ehrenamtlich mitbetreut hatte. Dabei wurden die Teilnehmer auch eingehend über den von der RBS ausgeschriebenen Wettbewerb „Junge Wege in Europa“ informiert. Das von den Schülern in Lubsko in polnischer und deutscher Sprache erstellte Produkt, ein Videofilm mit dem Titel „Lubsko – eine sehenswerte Stadt“, wurde vorgestellt.

6. Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

6.1 Kooperation im Internet

Die Sprecher der Arbeitsgruppe referierten in deutscher und polnischer Sprache über die Ergebnisse ihrer Arbeit. Unter „Aspekte des Themas“ hatten sie auf großen Wandtafeln die wichtigsten Ergebnisse notiert:

Ausgangspunkt sei das globale europäische Internet-Dorf [Globalna internetowa wioska europejska], die eine europa- bzw. weltweite Vernetzung, natürlich auch deutscher und polnischer Partnerschulen und anderer Einrichtungen, erlaube (Erleichterung der Planung und Durchführung von Austauschmaßnahmen).

Unter „Ziele“ nannte man die Schaffung eines Internet-Forums, das dem Austausch von Informationen und Erfahrungen dienen solle, der, was die Zeitaufwände angehe, über Internet wesentlich direkter und zielgerichteter erfolgen könne.

Für die Realisation benötige man im Grunde genommen nur die Verbindung mit einem Server, im konkreten Fall mit dem BS-Server, eines in Rheinland-Pfalz bereits bestehenden Internet-Forums für Schulen. Um den anwesenden deutschen und polnischen Teilnehmern einen konkreten Zugang zu ermöglichen, nannte der Referent, Herr Seifner aus Wissen, die entsprechende Internet-Adresse:

<http://bildung.rp.schule.de/bscw/bscw.cgi>.

Überdies wurde vorgeschlagen, im Laufe der Zeit ein Internet-Forum im GESW in Vlotho aufzubauen. Einzelne deutsche und polnische Teilnehmer bekundeten überdies ihr Interesse, ihre schon bestehenden Kontakte auf Internet-Basis zu stellen.

Bezüglich der „Widerstände“ wurde hervorgehoben, dass eine Vereinheitlichung der Programmierung notwendig und eine polnische Bedienungsfläche wünschenswert wäre.

6.2 Sprachproblematik

Die Sprecher der AG hoben hervor, daß die Asymmetrie bezüglich der gegenseitigen Sprachkenntnisse eine allgemein bekannte Tatsache sei: die Polen haben in der Regel (gute) Deutschkenntnisse, die Deutschen gewöhnlich keine Polnischkenntnisse. An polnischen Schulen wird landesweit Deutsch unterrichtet, an deutschen Schulen ist der Polnischunterricht seltener Ausnahmefall. Dafür unterrichtet man hier u. a. Englisch, Französisch, Latein, Italienisch, Spanisch.

Von dem fatalen „slavica non leguntur“ bis in die Periode des Kalten Krieges und auch danach hat sich an dieser Situation nicht viel verändert. In Deutschland dominiert nach der Vereinigung die Orientierung nach Westen, auch Russisch – früher Pflichtfach in der DDR – hat in der BRD an Bedeutung verloren. Im übrigen auch in Polen, wo die Fremdsprache Russisch nur wenig populär ist.

Hinsichtlich der „Ziele“ wurde ausgeführt, daß es zu einer Kompensierung dieses Ungleichgewichts nur dann kommen könne, wenn eine Sensibilisierung der deutschen Seite erfolge. Dies müsse angesichts einer sich um Ostmitteleuropa erweiternden EU im Blickfeld bleiben, wenn man ein Bewußtsein für Gesamteuropa erreichen möchte.

Was die Realisierung angehe, so sollte stärker an der Akzeptanz und dem Respekt vor dem Andersartigen gearbeitet werden. Einem hierauf orientierten Schüler- und Jugendaustausch komme dabei die Schlüsselrolle zu. Hierzu könne auch die Optimierung des Fremdsprachenunterrichts, die Erhöhung der Stundenzahl und der Einsatz deutscher Lehrer in Polen sowie polnischer Lehrer in Deutschland beitragen. Beim Schüleraustausch mit Polen haben sich zum Beispiel Schnupperkurse Polnisch bewährt, die die deutschen Schüler in die Lage versetzen, einfache Redewendungen und Alltagsbegriffe auf Polnisch zu formulieren, was die angesprochene Asymmetrie zumindest in Ansätzen kompensiere.

Die Widerstände seien angesichts des oben Angeführten erheblich, da es an deutschen Schulen in der Regel keine Curricula für Polnisch gebe und ein Interesse an Polnisch – bei deutschen Eltern und Schülern – kaum gegeben sei. Um sie zu überwinden, bedürfe es eines breitangelegten Lobbyings, das über die Instanz Schule weit hinausreiche.

6.3 Motivationsprobleme

Auf der Ebene der „Aspekte“ wurde ausgeführt, daß es bekanntlich eine unterschiedliche Motivlage gebe: Die Polen sind für den Austausch mit der Bundesrepublik zwar offen, aber viele Ansätze scheitern bereits an finanziellen Problemen. Hingegen sind die Deutschen weiterhin eindeutig nach Westen orientiert und haben zumeist keine polnischen Sprachkenntnisse.

Das Ziel sei angesichts dieser eindeutigen Asymmetrie, deutsche Teilnehmer für Projekte in Polen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, daß Polen als Reise- und Projektland in erster Linie seine schönen, teilweise unberührten Landschaften anzubieten habe. Bei der Realisierung dieses Zieles kämen z. B. Projekte in Frage, die mit sportlichen Aktivitäten verbunden sind (Segeln, Fahrradtouren, Kanuwanderungen u.ä.). Das gemeinsame Handeln biete die beste Voraussetzung für Annäherung und Freundschaft.

Bei der Finanzierung der Projekte dürfe man sich nicht ausschließlich auf öffentliche oder Stiftungsmittel verlassen, vielmehr seien Eigenmittel und Spenden einzuwerben. Dies ist aber nur bei einer entsprechenden Werbung und Reklame für die Projekte möglich.

Es wurde berichtet, daß in der AG das Problem, wie mit den Vorurteilen (besonders deutscher) Eltern umzugehen sei, kontrovers diskutiert wurde. Schließlich kam man überein, daß Widerstände nur dann zu überwinden seien, wenn die entsprechenden Austauschmaßnahmen und Projekte gut vorbereitet würden. Die Betreuer oder Lehrer sollten sich vor der Durch-

führung einer Maßnahme persönlich kennenlernen und ihre Kooperation detailliert planen. Ein reibungsloser und möglichst wenig frustrierender Ablauf der Maßnahmen bildet die Voraussetzung für den Erfolg.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß es wichtig ist, weitere Lehrer für die Austauscharbeit zu gewinnen. Wichtig ist auch eine Werbung über die Partnerschaftsvereine vor Ort und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um das Interesse an der Partnerstadt oder -schule am Leben zu erhalten. Es muß – angesichts knapper Mittel – auch an eine noch stärkere Einwerbung von Sponsoren gedacht werden, was in Polen in der Regel schon geschieht.

6.4 Organisation und Mittelbeschaffung

Unter dem Überbegriff „Aspekte“ wurde in erster Linie auf Begegnungsformen abgehoben, in denen die Themen Sprache, Kultur und Bräuche, Mentalitäten, Landeskunde und Natur vorkommen sollten. Ziel sei die Herstellung privater Verbindungen zwischen den Menschen. Deshalb sei das Kennenlernen des Lebensraums Familie unerlässlich: dieses Soziotop bilde noch immer die beste Voraussetzung für den Abbau von Vorurteilen und den Aufbau gegenseitiger Achtung. Für die Vorbereitung schulischer Austauschmaßnahmen sei der Steckbrief mit Foto und Fragebogen (Alter, Geschlecht, soziales Umfeld, Essensgewohnheiten, eventuelle Krankheiten – wie Allergien) grundsätzliche Voraussetzung. In den Vorbereitungstreffen sollten auch praktische Hinweise (Klima, Essen, Sitten, Kleidung, Topographie, Geschichte) nicht fehlen.

Bei der konkreten Umsetzung in den Partnerschulen biete es sich an, von der gewöhnlichen Unterrichtshospitation zu thematisch gebundenen Workshops überzugehen. Bei der Hospitation hätten weiterhin musische Fächer sowie Englisch – als lingua franca – oder Mathematik den Vorzug. Landeskundliche Exkursionen (Burgen, Brauereien, Weinkeller, Naturparks mit

entsprechenden Aufgabenstellungen) haben sich grundsätzlich bewährt und sind noch attraktiver, wenn sie durch ein gemeinsames Produkt (Dokumentation, Schülerzeitung, Videofilm) abgeschlossen werden.

Die Problematik der Mittelbeschaffung, natürlich einer der Hauptwiderstände, konnte nicht ausschöpfend behandelt werden. Wie während der Tagung mehrfach aufgezeigt wurde, ist die Verbesserung der Finanzausstattung für die schulischen Projekte durch die Personelle wie auch finanzielle Vernetzung mit den Partnerschaftsvereinen vor Ort möglich.

Neben den oben erwähnten Bemühungen um private Sponsoren sei aber grundsätzlich daran zu denken, daß Anträge beim Deutsch-Polnischen Jugendwerk und bei der RBS gestellt werden könnten. Adressen und Ansprechpartner wurden den Teilnehmern vom Seminarleiter benannt. In den grenznahen Regionen arbeitet man aber auch mit Fördermitteln der EU, besonders bei trinationalen Jugendbegegnungen.

7. Seminauswertung

Die Tagung war zwar stark ergebnisorientiert, verlief aber in einer entspannten, durch intensive Dialoge und das Bemühen um Kennenlernen und gegenseitiges Verständnis geprägten Atmosphäre. Hierzu hat mit Sicherheit die oben beschriebene Moderationsmethode beigetragen sowie die Tatsache, daß konsequent zweisprachig gearbeitet wurde. Dieses, in Schülerseminaren mehrfach erprobte Konzept bewährte sich somit auch für den Erwachsenenbereich. Zumindest punktuell konnte so die fatale Sprachasymmetrie abgefedert werden.

Die Sprachmittler und Doppelsprachler waren vor eine schwierige Aufgabe gestellt, da sie auch in den Arbeitsgruppen und während des geselligen Teils der Tagung in ständigem Einsatz waren. Sie haben diese Aufgabe zufriedenstellend erledigt, auch wenn eine unserer Dolmetscherinnen wegen gesundheitlicher Probleme zeitweise ausfiel. Daß dann ein junger Kollege

ohne weiteres für sie einsprang, ist nur ein Beispiel für den hohen Motivationsgrad der meisten Teilnehmer.

Die schriftliche, von den Teilnehmern in zwei Sprachen vorgenommene Auswertung der Tagung bestätigte diesen Eindruck des Seminarleiters vollauf. Gelobt wurde der Ansatz der Zweisprachigkeit, die Tatsache, daß konkrete Ergebnisse erarbeitet wurden (Internet-Forum), die offene Form der Moderation sowie die intensive Zusammenarbeit in den binationalen Arbeitsgruppen.

Kritisiert wurde die zu kurz angesetzte Tagungsdauer, einige Teilnehmer empfanden die ausführliche Vorstellungsrunde als zu lang, andere hätten es gerne noch konkreter gehabt (Adressen, Kontakte).

Schließlich trugen die meisten Teilnehmer unter der Rubrik „Ich möchte noch sagen, daß ...“ ein, daß man die Tagung wiederholen sollte. Einige wünschten sich auch, daß der Frage der Finan-

zierung deutsch-polnischer Partnerschaftsprojekte noch stärker nachgegangen werden sollte.

Bei der Schlußbewertung, die aufgrund der knappen Zeit zu kurz ausfiel, bestätigte Dr. Wilkiewicz, daß die Tagung – angesichts der ehrgeizigen Zielsetzung – wohl einen Tag zu kurz angesetzt war, andererseits hob es hervor, daß es wohl kaum möglich sein werde, Teilnehmer für länger als ein Wochenende nach Vlotho einzuladen. Sowohl Ehrenamtliche als auch Inhaber von Funktionsstellen in Städten und Gemeinden verfügten in der Regel nicht über ein allzu großes Zeitbudget.

Bezüglich der Wiederholung bzw. Fortsetzung des Projekts führte der Seminarleiter aus, daß er sich bei der RBS um die Förderung einer Anschlußtagung bemühen wolle, machte dies aber auch von der Verbindlichkeit der Anmeldung potentieller Teilnehmer abhängig.

Zbigniew Wilkiewicz

Tworzenie sieci partnerstwa mi_dzy miastami i szko_ami

GESW Vlotho z dnia 28-30 maja 1999 roku.

Wst_p

Przedmiotem obrad zorganizowanych i wspieranych przez Fundacj_ Roberta Boscha by_o wdro_enie projektu rozpocz_tego w kwietniu 1998 roku. W zwi_zku z tym odby_o si_ seminarium z udzia_em przedstawicieli i inicjatorów niemieckich stowarzysze_miaost i partnerstwa szkó_, które mia_o da_pocztek podobnym obradom, jednak_e dwuj_zycznym i z udzia_em strony polskiej (patrz: Zbigniew Wilkiewicz: Deutsch-polnische Städte- und Schulpartnerschaften. w: aktuelle ostinformationen, 3-4, 1998, str. 57-65. Tre__ wyk_adu Huberta Luszczyńskiego pod tytu_em: „Romeo- und Julia-Syndrom in den deutsch-polnischen

Beziehungen“. w: aktuelle ostinformationen, 1-2, 1999, str. 30-43). Ówczesny redaktor czasopisma „Dialog“ pan Filter potwierdzi_ch__ wydrukowania tego sprawozdania w polskiej i niemieckiej wersji j_zykowej, co jednak niestety nie nast_pi_o).

W tej sytuacji seminarium zosta_o zorganizowane tak, aby dla jego przewidzianych trzydziestu uczestników liczba miejsc by_a wyrównana.

W ci_gu trzymiesi_cznego etapu werbowania uczestników, które mog_o by_ przeprowadzone dopiero po przyznaniu _rodków przez Fundacj_ Roberta Boscha na nasz projekt okaza_o si_, i_znikoma cz__ uczestników z pierwszego seminarium, z wy_cznie obsad_niemieck_

by_a w stanie zg_osi_swoich polskich kolegów na majowe obrady w roku 1999. G_ównym powodem dla polskiej strony by_y mi_dzy innymi problemy finansowe oraz termin obrad.

1. Wst_pny wyk_ad i prezentacja uczestników

W pi_tek po po_udniu jeszcze przed wyczerpuj_c_dwuj_zyczn_prezentacj_wszystkich uczestników, przewodnicz_cy seminarium Dr. Zbigniew Wilkiewicz przedstawi_g_ówne problemy oraz cele przy_wieczaj_ce obradom zwracaj_c przy tym istotn_uwag_na znaczenie inicjatyw zarówno terytorialnych i regionalnych, jak i szkolnych w stosunkach polsko-niemieckich.

Wilkiewicz stwierdzi_, i_pomimo_,_e mi_dzy obydwo ma krajami panuj_dobre stosunki zarówno polityczne jak i gospodarcze, to jednak_atwo mo_na dostrzec problemy wynikaj_ce z istniej_cych asymetrii w ekonomii i kulturze, które prowadz_do tego, _e Polska w znikomym stopniu jest dostrzegana przez szersze kr_gi niemieckiej opinii publicznej, a tak_e z drugiej strony w oczach polskiej opinii publicznej obraz stosunków politycznych, spo_ecznych i gospodarczych Niemiec odbiega od rzeczywistej sytuacji Republiki Federalnej Niemiec, która obecnie znajduje si_w trudnym procesie przemian.

W zwi_zku z wojn_w Kosowie przewodnicz_cy seminarium wskaza_na istotne znaczenie procesu integracji europejskiej i z nim zwi_zanymi wspólnymi interesami polsko-niemieckimi. Tym bardziej wa_ne jest, i_na p_aszczy_nie terytorialnej, regionalnej i szkoleniowej nawi_zano dialog, który obejmuje nie tylko elity polityczne i gospodarcze. Je_eli traktujemy powa_nie takie poj_cia jak demokracja, spo_eczestwo obywatelskie i subsydiarno_, to musimy rozwin_w znacznie wi_kszym stopniu zdolno_ci do dialogu i dyskursu.

Jednak w dalszym ci_gu istnieje bariera j_zykowa. J_zykowi polskiemu musi by_przypisana w przysz_o_ci odpowiednia warto_w Niemczech, gdy_prawdziwe partnerstwo uwarunkowane jest zbli_onymi punktami wyj_cia oraz poprzez wzajemne uznanie i tolerancj_.

Z tego powodu seminarium powinno by_prowadzone dwuj_zycznie. T_umaczenie konsekwentne ze wzgl_du na dwukrotne powtarzanie referatów oraz dyskusji poch_ania du_o czasu. Umo_liwia ono jednak konieczne zrozumienie i wzajemne poznanie si_ obydwu stron. Poprzez w_czenie czterech t_umaczy i ze wzgl_du na fakt, i_niektórzy uczestnicy obrad s_dwuj_zyczni, gwarantuj_oni tym samym efektywno__pracy w mieszanych grupach roboczych. Przewodnicz_cy seminarium zach_ci_uczestników, aby przyj_li zaproponowan_wcze_niej form_ obrad, podkre_laj_c tym samym, _e ma ona charakter innowacyjny i b_dzie w pewnym stopniu eksperymentem odbiegaj_cym od standardowej formy seminarium (wyk_ad, dyskusja, wnioski i ocena).

2. Charakterystyka uczestników

Pomijaj_c problemy dotycz_ce pozyskiwania uczestników ukazane we wst_pie podkre_la si_, _e nowe grupy zainteresowanych tematem wyrazi_y gotowo__uczestnictwa w obradach, co w rezultacie przyczyni_o si_do sformowania pe_nej obsady seminarzystów.

Byli to nie tylko honorowi dzia_acze z Vlotho, Lubska, Herfordu i Gorzowa Wielkopolskiego, którzy udzielaj_si_w stowarzyszeniach partnerskich. Podmiotami spotkania byli tak_e polscy i niemieccy nauczyciele, którzy ju_nawi_zali lub pragn_nawi_za_stosunki partnerskie na p_aszczy_nie szkó_. Ponadto jeden powiatowy opiekun m_odzie_y, który zaprosi_swoich polskich kolegów z regionów obj_tych partnerstwem, a tak_e radni zasiadaj_cy w radzie miejskiej oraz inni

przedstawiciele miast. Aby podkreślić znaczenie pragnięciem scharakteryzować uczestników seminarium, oraz podać krótki opis ich działalności według prezentacji, która odbyła się w piątek wieczorem (28. maja 1999 roku). Tym bardziej jednak z uczestników seminarium otrzyma sprawozdanie z obrad w języku polskim i niemieckim wydane w „aktuelle ostinformationen”.

Niniejsze dane empiryczne mają istotne znaczenie z tego względu, że podkreślają fakt, iż przewidziana na sobotę po południu dwujęzyczna moderacja stanowi prawdopodobnie adekwatną metodę, ponieważ uwzględnia potrzeby i cele polskich i niemieckich seminarzystów, oraz doprowadzi do poszukiwania wspólnych przedmiotów zainteresowania, wokół których powstaną mieszane narodowo grupy robocze. Ich praca skierowana będzie na wypracowanie wspólnych projektów oraz ich wdrażanie.

Pani Kögler i Pan Seifner są nauczycielami w gimnazjum w miejscowości Wissen (Nadrenia-Palatynat), którzy od dwóch lat prowadzą wymianę uczniów ze szkołą w Krapkowicach koło Opola. Oficjalna umowa o partnerstwie szkół została podpisana w maju 1999 roku i rozważana jest także nawiązanie partnerstwa między miastami. Ponadto powstała tu także projekt współpracy w dziedzinie internetu, który szczegółowo zostanie przedstawiony w dalszej części sprawozdania.

Pan Stallkamp, powiatowy opiekun młodzieży pochodzący z powiatu Osnabrück, którego zadaniem jest zorganizowanie i kierowanie wymianą młodzieży w ramach umowy o partnerstwie z regionem olsztyńskim. Osobą współpracującą przy tej wymianie jest pani Koniecpolska dziennikarka, która także obecna była na seminarium. Pani Koniecpolska dba o zacieśnienie kontaktów opisując je w swoich publikacjach.

Wśród przedstawicieli polskiej strony zainteresowanych nawiązaniem partnerstwa z niemieckimi szkołami i wymianą uczniów była także pani

Kuśmińska, dyrektorka jednej ze szkół podstawowych w Biskupcu, pani Woźdzko, dyrektorka domu kultury w Dobrym Mieście (Warmia), która już nawiązała bogate kontakty międzynarodowe swojej instytucji, jednak wyraziła również zainteresowanie pogłębieniem regionalnych stosunków polsko-niemieckich. Podobnie pan Paterej z Olsztyna, kierownik poradni rodzinnej i powiatowy przedstawiciel sportu, który wspólnie z miastem powiatowym Osnabrück zajmuje się organizowaniem niemiecko-polskich imprez sportowych.

Pani Augustyniak pochodzi z Gryfina, oddalonego o 25 kilometrów od Szczecina i w odległości 3 kilometrów od niemieckiej granicy także uczestniczyła w seminarium. Pani Augustyniak jest wicedyrektorką nowo powstałego gimnazjum, w którym w przyszłości znajdzie naukę 1500 dzieci z 40 miejscowości. Osobiście nie posiada ona jeszcze doświadczenia w międzynarodowych wymianach uczniów, jednak chciałaby, aby w przyszłości jej gimnazjum utrzymywało kontakty ze szkołami niemieckimi.

Pan Sakowski z miasta Chojna, oddalonego o 35 kilometrów na południe od Szczecina dyrektor liceum, radny tej gminy, która już utrzymuje bliską współpracę ze szkołami z niemieckiego miasta Schwedt (język niemiecki wykładany jest w polskiej szkole zawodowej przez niemieckich nauczycieli, natomiast nauczyciel z Polski ma możliwość nauczania języka polskiego w niemieckiej szkole w Schwedt).

W miejscowości Chojna współpraca polega między innymi na stworzeniu partnerstwa między szkolnego ze szkołą zawodową w Waren/Müritz. Pierwszy taki projekt pilotażowy w formie spotkania był wsparty przez Fundację Roberta Boscha i odbył się w Ogólnoeuropejskim Ośrodku Kształcenia (Gesamteuropäisches Studienwerk) we Vlotho.

Celem tego programu jest stworzenie partnerstwa między szkolnego. W przyszłości jednak podobne polsko-niemieckie spotkania nie powinny odbywać się w trzecim miejscu, lecz w

jednym z miast partnerskich to znaczy na przyk_ad w Waren lub w Chojnie. Pan Sakowski, który tak_e wspiera wspó_prac_ w dziedzinie internetu w swojej szkole, pragnie nawi_za_ kontakt ze szko__ niemieck_, najprawdopodobniej z miastem partnerskim Schwedt.

Pani Rahmfeld, nauczycielka w szkole zawodowej pochodz_ca z Gelsenkirchen, która tak_e chcia_aby organizowa_ wymian_ uczniów z jedn_ z polskich szkó_, znalaz_a podczas naszego Seminarium szko__ partnersk_ z okolic Olsztyna.

Pani Kleinschmidt z miejscowo_ci Schwerte, nauczycielka w tamtejszej szkole ogólnokszta_c_cej, która pod has_em „Szko_a bez rasizmu” pragnie stworzy_ mi_dzynarodow_ wspó_prac_. Partnerstwo ze szko__ w Nowym S_czu ko_o Krakowa istnieje ju_ od roku 1995 i rozwin__o si_ do tego stopnia, i_ doprowadzi_o do utworzenia partnerstwa mi_dzy miastami Schwerte - Nowy S_cz.

Pan Krebs jest nauczycielem w liceum w miejscowo_ci Celle, dla którego od roku 1993 miastem partnerskim jest Kwidzy_.Przyczyni_si_ on tak_e do rozwoju wymiany uczniów z jednym z polskich liceów. Wed_ug niego wzajemne poznanie kultur jest niezb_dne w jednocz_cej si_ Europie.

Pan Friedrichs pochodz_cy z Vlotho cz_onek zarz_du i skarbnik stowarzyszenia partnerskiego mi_dzy miastami Lubsko-Vlotho, mo_e poszczyci_si_ kilkuletni_ wymian_ m_odzie_y oraz wymian_ ró_nych grup zawodowych z obydwu gmin

Pan Wilke jest wieloletnim sekretarzem stowarzyszenia partnerstwa miast Lubsko-Vlotho. Podczas naszego seminarium przedstawi_ sprawozdanie z seminarium , które odby_o si_ w kwietniu 1999 roku. By_ on honorowym opiekunem warsztatów zorganizowanych przy pomocy Fundacji Roberta Boscha w Lubsku, w których wzi_li udzia_ uczniowie szko_y realnej z Vlotho i liceum z Lubaska.

Pan Jungmann ze szko_y realnej we Vlotho, kierowa_wspólnie ze swoimi polskimi kolegami warsztatami w Lubsku i popiera podpisanie umowy o partnerstwie mi_dzy obydwoma szko_ami.

Pani Sadowska, sekretarz stowarzyszenia partnerstwa miast Lubsko-Vlotho, która w znacz_cym stopniu przyczyni_a si_ do urzeczywistnienia programu partnerstwa szkó_, jest tak_e mocno zaangażowana po stronie polskiej w liczne mi_dzynarodowe projekty dotycz_ce partnerstwa miast.

Pan Sadowski, cz_onek stowarzyszenia partnerstwa miast Lubsko-Vlotho, który przyby_z_on_ na seminarium i przedstawi_swoje do_wiadczenia we wspó_pracy mi_dzy obydwoma gminami i dotycz_ce wymniany uczniów.

Pani Aneta Schmidt pochodz_ca z Münster, studentka pedagogiki, slawistyki zachodniej i ekonomii regularnie bierze udzia_ jako t_umaczka w dwuj_zycznych polskoniemieckich seminariach uczniowskich.

Pani Hasse-Dresing jest emerytowan_ nauczycielk_ ze szko_y zawodowej w Herford i przewodnicz_c_ Federalnej Grupy Roboczej Gorzów Wielkopolski (Landsberg/Warthe). Pani Hasse-Dresing ma tak_e zas_ugi w organizowaniu ró_nych polskoniemieckich projektów w Gorzowie i Herford.

Pan Jeremicz jest studentem historii, zatrudnionym tak_e w urz_dzie miejskim w Gorzowie i wspieraj_cym partnerstwo z miastem Herford. Podczas obrad pe_ni_on funkcj_t_umacza.

Pani Franczak radna w Radzie Miejskiej Gorzowa, kierowniczk_a Miejskiego Wydzia_u Finansowego przedstawi_a tak_e sprawozdanie o wspó_pracy i dobrych stosunkach mi_dzy Gorzowem a Herford.

Pani Wa_czy_ska-Rechmal jest lekarzem i by_pos_ank_ do sejmu z regionu Gorzowa. Wyrazi_a ona g_bokie zadowolenie z wyników dotychczasowej wspó_pracy mi_dzy Frankfurtem nad Odr_ i S_ubicami, a

szczególnie z programu zintegrowanego dwuj_zycznego polsko-niemieckiego przedszkola.

Pan Gustaw Thurm jest emerytowanym nauczycielem i przewodnicz_cym regionalnej grupy roboczej zajmuj_cej si_ krajoznastwem wschodnioeuropejskim. Pan Thurm wspiera nawi_zywanie kontaktów mi_dzy polskimi i niemieckimi szko_ami, organizuje liczne polsko-niemieckie seminaria dla szkó_.

Pan Zbigniew Likus z miejscowo_ci Barlinek (województwo zachodnio-pomorskie), kierownik Domu Kultury wspó_pracuje nad ró_nymi wspólnymi projektami w Schneverdingen i Bad Freienwalde. Wspó_praca ta jest skupiona wokó_ wymiany kulturalnej (wspólne projekty teatral-ne, wymiany grup tanecznych i muzycznych).

Pani Ma_gorzata Schulz od sze_ciu lat aktywnie udziela si_ w „Förderverein Jugend e.V” w miejscowo_ci Bad Freienwalde i organizuje wspólnie z polsk_ m_odzie__ wycieczki rowerowe, wycieczki piesze, sp_ywy kajakowe, itp. Rocznie organizowanych jest do dwudziestu pi_ciu wspólnych imprez. Wszystkie te programy odbywaj_si_ poza ramami umowy o wspó_pracy, czy wzajemnym partnerstwie. Obecnie trwaj_starania, aby podobne projekty i przysz_a wspó_praca by_y organizowane w ramach partnerstwa miast Mi_dzyczecze - Bad Freienwalde.

Pani Constanze Lipinski z miejscowo_ci Bad Freienwalde, podobnie jak pani Schulz, zajmuje si_ mi_dzynarodow_ wspó_prac_. Poza wspó_prac_ z Polsk_ nawi_za_a tak_e kontakty z Czechami, Izraelem, Egiptem i Burkina Faso.

Pan Josef Möhlenkamp jest nauczycielem szko_y podstawowej w miejscowo_ci Aschendorf (niedaleko od Papenburg). Od pi_ciu lat wspó_pracuje ze szko__ w Strzelinie (ko_o Wroc_awia). Pomimo reformy w szkolnictwie i problemu wynikaj_cego z mo_liwo_ci zmiany statusu szko_y, a co si_ z tym wi_e, utrudnie_we wspó_pracy, wymiana uczniów odbywa si_ regularnie. Poprzez

wspó_prac_ obydwu szkó_, która zosta_a ukoronowana podpisaniem umowy o partnerstwie, oba miasta Aschendorf i Strzelin nawi_za_y tak_e stosunki partnerskie. Dobre kontakty z obecnym burmistrzem Strzelina sprzyjaj_ rozwojowi wspó_pracy.

Pani Wo_nicka wspó_pracuj_ca z panem Möhlenkampem potwierdzi_a, _e w wyniku zmian w szkolnictwie polskim przysz_e partnerstwo mi_dzy polsk_ szko__ podstawow_ a szko__ podstawow_ oraz szko__ g_ówn_ w Aschendorfie stoi pod znakiem zapytania.

3. Zastosowanie metody moderacyjnej

Hubert Luszczynski reprezentuj_cy w_adz_ okr_gow_ Nadrenii Palatynatu, który od wielu lat kierowa_wspó_prac_ polsko-niemieck_ w ramach partnerstwa mi_dzy szko_ami, wyg_osi_w sobot_ przed po_udniem referat na temat znaczenia partnerstwa miast i szkó_ w stosunkach polsko-niemieckich. Ten krótki referat stanowi_ podsumowanie jego wy_ej wymienionej publikacji. Tekst ten tak_e zosta_opublikowany w j_zyku polskim. Dla zainteresowanych uczestników naszego seminarium zosta_a udost_pniona polska wersja.

Referat Luszczynskiego podkre_li_ znaczenie partnerstwa miast i szkó_. Ma ono kluczowe znaczenie przy rozszerzeniu Unii Europejskiej na wschód. Ponadto istotnym czynnikiem jest zaangażowanie ludzi, a tak_e instytucji, poniewa_nie narody - jako wielkie wspólnoty - ale czynnik jednostki ludzkiej odgrywa g_ówn_ rol_ w tym procesie.

(W tym kontek_cie autor wskaza_na ksi_k_ Dietmara M. Woesslera: „Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften”. Europa Union Verlag, Bonn 1998. Osobi_cie poleci_bym „Handbuch Polen-Kontakte” Petera Fischera, który ukaza_si_ w drugim zaktualizowanym wydaniu opublikowanym przez Fibre Verlag w

Osnabrück w roku 1998. Publikacja ta jest znakomitym tekstem pomocniczym).

W zwi_zku z tym metoda moderacyjna oka_e si_ prawdopodobnie najlepszym rozwi_zaniem. Jej sens i cele zosta_y ukazane wyra_nie przez referenta, który naszkicowa_ przy pomocy wykresu stosunek mi_dzy potrzebami (subiektywnymi), celami odno_nych instytucji (szko_a, stowarzyszenie dla partnerstwa lub zarz_d miasta) i przewidzianym sukcesie, a tak_e uwarunkowanie wydajno_ci wspólnych wysi_ków. Tylko du_a zgodno__ osobistych potrzeb i celów poszczególnych organizacji mo_e zagwarantowa_sukces.

Kwestia, w jakim stopniu mo_na to osi_gn__ podczas naszych obrad, jest w tej sytuacji kwesti_ otwart_. Nale_a_oby jednak sformu_owa_program dzia_ania przyk_adowo na nast_pne cztery lata. Program ten mógłby by_zrealizowany w poszczególnych miejscowo_ciach, cz_sto przeciw sprzeciwom ze strony osób i instytucji. Referent prosi_wszystkich uczestników o aktywno__ podczas obrad i wskaza_na fakt, i_nie tylko papier i o_ówek powinny by_podczas obrad g_ównym narz_dziem pracy, ale przede wszystkim rozum.

Pierwsza cz__ moderacji, która dotyczy_a sfery potrzeb, by_a prowadzona w podzielonych narodowo grupach. Zarówno Niemcy, jak i Polacy mieli za zadanie wypisanie na tablicy w formie poj__ centralnych priorytetów i potrzeb, jakie wi__ z wcieleniem w_ycie uk_adu partnerstwa szkó_i miast. Wymienione poj_cia zosta_y nast_pnie przet_umaczone i uporz_dkowane. Te poj_cia, które odnosi_y si_ do sformu_owanego sposobu zachowania (pragmatyczny poziom realizacji), zosta_y doliczone w punktach. Pozwoli_o to u_o_y_tabel_, która ujawni_a ró_nice priorytetów wed_ug Polaków i Niemców.

Priorytety Polaków i Niemców w sferze potrzeb

Polnische Teilnehmer/polscy uczestnicy

Kontakty (Kontakte)	13
Godno__, równo__ (Würde, Gleichheit)	10
Porozumienie, otwarto__ (Verständigung, Offenheit)	9
Bezpiecze_stwo (Sicherheit)	6
Wspó_zawodnictwo (Wettbewerb)	0

Deutsche Teilnehmer/niemieccy uczestnicy

Vertrauen (zaufanie)	13
Verständigung (porozumienie)	9
Kontakte (kontakty)	9
Horizontenerweiterung (poszerzenie horyzontów)	7
Akzeptanz (zaakceptowanie)	2
Erfolg (sukces)	0

Priorytety Niemców i Polaków w sferze celów

Polnische Teilnehmer/polscy uczestnicy

Rozwój, europeizacja (Entwicklung, Europäisierung)	18
Przyja__ (Freundschaft)	11
Wymiana m_odzie_y (Jugendaustausch)	10

Deutsche Teilnehmer/niemieccy uczestnicy

Kontakte, Offenheit (kontakty, otwarto__)	18
Verbindungen, Öffnung (powi_zania, otwarcie)	15
Schüleraustausch (wymiana uczniów)	6
Handeln – nicht reden (dzia_a_ – nie gada_)	3

Po przeanalizowaniu obu tych sfer, podzieleni w mieszane narodowo grupy uczestnicy zostali poproszeni o zastanowienie si_nad sformu_owaniem listy priorytetów i wyró_nienie prze-

krojowo wspólnych p_aszczyzn. To zadanie wymaga_o jeszcze wi_kszego udzia_u t_umaczy, gdy_na przyk_ad niemieckie poj_cie „Gemeinsamkeit”, nie posiada jednoznacznego odpowiednika w j_zyku polskim i nie da si_ _atwo przet_umaczy_. Inny problem powsta przy s_owie „Verständnis”, poniewa_ polski odpowiednik „wrozumia_o_” który jest najbli_szym t_umaczeniem s_owa „Verständnis”, wed_ug polskich uczestników seminarium nie oddaje w_a_ciwiej tre_ci. Z powodu tych niewielkich ró_nic j_zykowych uczestnicy obrad zmuszeni byli do korzystania z t_umaczenia opisowego. Po u_o_eniu wspólnej listy seminarzy_ci otrzymali zadanie sformu_owania listy potrzeb i celów niemiecko-polskiego zestawu. Po d_u_szej, gor_cej dyskusji powsta_a nast_puj_ca lista wspólnych p_aszczyzn.

Gemeinsamkeiten/Wspólne zainteresowania

Potrzeby/Bedürfnisse

- Ciekawo__ (Neugier)
- Otwarto__ i zaufanie (Offenheit und Vertrauen)
- Porozumienie (Verständigung)
- Otwarta ciekawo__ (offene Neugier)
- Gleichheit, Würde (równno__, godno__)

Cele/Ziele

- Wymiana do_wiadcz_e_ (Erfahrungsaustausch)
- Niwelacja uprzedze_ (Abbau, Nivellierung von Vorurteilen)
- Wspólne dzia_anie (gemeinsames Handeln)
- Europejska wspólnota (europäisches Miteinander)

_atwo mo_na dostrzec, _e chodzi tu wy_cznie o has_a i ich robocze t_umaczenie, które zosta_y prze_o_one opisowo w grupach roboczych,

uwzgl_dniaj_c kryj_ ce si_ za nimi w_tpliwo_ci i rozbie_no_ci. W tej cz__ci seminarium rozpocz__ si_ intensywny dialog dotycz_cy poj__ zawartych w grupie potrzeb i celów, który by_ kontynuowany uwzgl_dniaj_c poszczególne tematy.

4. Grupy robocze

Po krótkiej dyskusji wszyscy byli tego samego zdania na temat wypracowanych „wspólnych zainteresowa_”. Uzgodniono niemiecko-polskie grupy robocze, które obradowa_y po po_udniu i wieczorem na nast_puj_ ce tematy:

- Formy wspó_pracy w dziedzinie internetu
- Problematyka j_zykowa
- Problematyka motywacji
- Organizacja i zaopatrzenie w _rodki.

Dla u_atwienia tego zadania przedstawiony zosta_ uczestnikom katalog zawieraj_cy takie kryteria jak:

- Aspekty tematu
- Nasze cele
- Realizacja
- Przeciwdzia_anie oporom

5. Prezentacja projektu partnerstwa szkó_ popartego przez Fundacj_ Roberta Boscha

Nast_puj_cy etap pracy trwa_ do pó_nego wieczoru i zosta_ przerwany o godzinie 19.30. W tym czasie mia_a miejsce prezentacja projektu popartego przez Fundacj_ Roberta Boscha, który by_ realizowany w miastach partnerskich Lubsko i Vlotho. Pan Wilke zaprezentowa_ genez_ projektu, którego zadaniem by_o stworzenie partnerstwa szkolnego nawi_zuj_c do istniej_cego ju_ partnerstwa miast Lubsko-Vlotho. Sprawowa_on wraz z panem Jungmannem honorow_ opiek_ nad uczniami szko_y realnej z Vlotho

podczas pobytu w Lubsku. W czasie prezentacji seminarzy_ci zostali poinformowani o konkursie, który zosta_ rozpisany przez Fundacj_ Roberta Boscha pod tytu_em „M_ode drogi w Europie”. Uczniowie Lubska i Vlotho przedstawili film w niemieckiej i polskiej wersji j_zykowej pod tytu_em „Lubsko – miasto godne zwiedzenia”.

6. Prezentacja wyników grup roboczych

6.1 Wspó_praca w dziedzinie internetu

Poszczególni przedstawiciele grup roboczych referowali w j_zyku polskim i niemieckim wyniki swoich ustale_. Pod has_em „aspekty tematu” przedstawiciele grup roboczych za punkt wyj_cia wybrali europejsk_ globaln_ wiosk_ internetow_, która umo_liwia pod_czenie si_ do _wiatowej sieci. Polskie i niemieckie szko_y oczywi_cie by_yby tak_e w_czone do tej sieci (dotyczy_oby to u_atwie_w planowaniu i przeprowadzaniu ró_nych projek-tów).

Pod has_em „cele” wymieniono stworzenie forum internetowego, które s_u_y_oby wymianie informacji i do_wiadcze_. Forum to nie by_oby czasoch_onne i dostarcza_oby dok_adnych infor-macji.

Do realizacji tego projektu wymagane jest po_czenie z serwerem, a konkretnie z BSC-serwerem, który nale_y do forum internetowego dla szkó_ z Nadrenii Palatynatu. Aby obecnym na seminarium polskim i niemieckim uczestnikom umo_liwi_ dost_p do tego projektu, referent, pan Seifner poda_ odpowiedni adres w internecie:

<http://bildung.rp.schule.de/bscw/bscw.cgi>

Ponadto zaproponowano, aby z biegiem czasu w Ogólnoeuropejskim O_rodku Kszta_cenia (GESW) w Vlotho stworzy_ podobne forum internetowe. Poszczególni seminarzy_ci wyrazili zainteresowanie tym pomys_em.

W zwi_zku z „oporami” podkre_lono, i_ ujednoczenie oprogramowania w j_zyku

polskim by_oby w tej sytuacji konieczne oraz po_dany by_by system operacyjny równie_ w j_zyku polskim.

6.2 Problematyka j_zykowa

Przewodnicz_cy grupy roboczej podkre_li_, _e zró_nicowanie dotycz_ce kwestii znajomo_ci j_zyków potwierdza fakt, i_ Polacy posiadaj_z regu_y (dobr_) znajomo__ j_zyka niemieckiego, natomiast Niemcy przewa_nie nie posiadaj_, znajomo_ci j_zyka polskiego. J_zyk niemiecki jest nauczany w polskich szko_ach na terenie ca_ego kraju, natomiast nauczanie j_zyka polskiego w szko_ach niemieckich jest zjawiskiem sporadycznym. S_ w nich przewa_nie nauczane takie j_zyki, jak angielski, francuski, w_oski, hiszpa_ski, czy _acina. Od fatalnego „slavica non leguntur” do okresu zimnej wojny, a tak_e obecnie niewiele si_zmieni_o. W Niemczech po zjednoczeniu dominuje orientacja na zachód. Ponadto j_zyk rosyjski straci_w by_ej NRD status przedmiotu obowi_zkowego oraz w Niemczech Zachodnich nie przywi_zywano do niego du_ej wagi. Taksamo_ w Polsce, gdzie nauka j_zyka rosyjskiego nie by_a popularna.

Pod kierunkiem wyznaczonych celów wyci_gni_to wnioski, _e wyczulenie niemieckiej strony mo_e znacznie wp_yn__ na usuni_cie tych ró_nic. Aby jednak osi_gn__ zamierzony cel, jednocz_ca si_ Unia Europejska powinna w szerszym stopniu uwzgl_dnia_ kraje Europy _rodkowej.

Uwzgl_dniaj_c realizacj_ tego projektu nale_y wzmocni_ wzajemn_ akceptacj_ i wzajemny respekt. Kluczow_ rol_ odgrywa tu wymiana uczniów.

Optymalna ilo__ zaj__ j_zyka obcego, zwi_kszenie godzin oraz zatrudnienie wi_kszej ilo_ci niemieckich nauczycieli w Polsce oraz polskich nauczycieli w Niemczech mog_yby by_ trafnym rozwi_zaniem.

Przy mi_dzyszkolnej wymianie uczniów sprawdzi_y si_ krótkie kursy podstawowej

znajomości języka polskiego (Schnupperkurse), które w niewielkim wymiarze pozwoliły zrozumieć i używać elementarnych zwrotów języka polskiego. Kursy te w minimalnym stopniu przyczyniają się do wyrównania asymetrii.

W związku z oporami dotyczącymi nauki języka polskiego należy stwierdzić, iż szkoły niemieckie nie posiadają z reguły programu do nauki języka polskiego, a ponadto zainteresowanie ze strony uczniów i rodziców jest znikome. Aby przezwyciężyć ten problem, należy stworzyć szerokie pole nacisku, które musi objąć także pozaszkolne inicjatywy i instytucje.

6.3 Problemy motywacji

W sferze aspektów wywnioskowano, że w kwestii motywacji sytuacja jest bardzo zróżnicowana. Polacy są wprowadzeni na wymiany pozytywnie nastawieni, jednak z powodów finansowych jeszcze w fazie wstępnej programy te niejednokrotnie nie mogły być realizowane. Niemcy natomiast przeważnie kierują swoje zainteresowania na Europę Zachodnią i z reguły nie posiadają znajomości języka polskiego.

W zaistniałej sytuacji celem zniwelowania tej asymetrii jest pozyskanie niemieckich uczestników w Polsce. W związku z tym zaoferowano program, w którym Polska jako atrakcja turystyczna oferuje w pierwszej kolejności swoje piękno, dziewiczo utrzymane krajobrazy. Przy realizowaniu tego programu powstały projekty – czyste piękno krajobrazu z organizowaniem różnych wspólnych imprez sportowych (wędrówki, wycieczki rowerowe, spływy kajakowe itd.). Wspólne działanie stanowi najlepsze podłoże do wzajemnego zbliżenia i przyjaźni. Przy finansowaniu tych projektów nie należy zdawać się wyłącznie na środki fundacji, lecz powinno się zdobywać środki własne lub ubiegać o różnego rodzaju dotacje. Jest to jednak wyłącznie możliwe przy odpowiedniej reklamie tych projektów.

Informowano także o problemie obchodzenia się z uprzedzeniami ze strony rodziców (szczególnie niemieckich), który w grupie roboczej głośno był dyskutowany. Wszyscy jednak doszli do wniosku, iż tego rodzaju opory mogłyby być tylko wtedy przezwyciężone, kiedy projekty wymiany szkolnej będą odpowiednio przygotowane. Opiekunowie lub nauczyciele obydwu stron powinni przed przystąpieniem do realizacji projektu osobiście się poznać i szczegółowo zaplanować wzajemną współpracę. Spokojny i w jak najmniejszym stopniu frustrujący przebieg tych przedsięwzięć jest gwarancją sukcesu.

Podczas dyskusji zauważono, że ważne jest pozyskiwanie nowych nauczycieli, którzy zaangażowałyby się przy wymianie uczniów. Ważne jest także pozyskiwanie chętnych do współpracy poprzez stowarzyszenia partnerskie i poprzez odpowiednią współpracę ze społecznościami lokalnymi, aby tym samym utrzymać zainteresowanie partnerstwem miast i szkół. W obliczu niewielkich środków należy skierować wysiłek także w pozyskiwanie sponsorów, co jest już w Polsce wyraźnie zauważalne.

6.4 Organizacja i pozyskiwanie środków

W ramach pojęcia „aspekty” wyróżniono w pierwszej kolejności formy spotkań, w których zawarte były takie tematy, jak: język, kultura, obyczaje, mentalność, krajoznawstwo i przyroda. Celem jednak jest także nawiązywanie prywatnych kontaktów między ludźmi i dlatego poznanie sfery rodzinnego życia jest niezbędne: ten socjotop tworzy w dalszym ciągu najlepszą podstawę do likwidacji uprzedzeń i zwrócenia na siebie wzajemnej uwagi. W celu przygotowania szkolnych wymian uczniowskich należy przygotowaćyciorysy ze zdjęciami i krótkimi charakterystykami osób (wiek, płeć, środowisko społeczne, zwyczaje dotyczące jedzenia, ewentualne choroby, alergie). Podczas spotkań przygotowawczych nie powinno brakować wskazówek praktycznych, jak klimat,

jedzenie, obyczaje, styl ubierania si_, topografia, historia.

W przypadku konkretnych szkó_obj_tych partnerstwem poleca si_ przeprowadzanie warsztatów na wspólnie ustalone tematy

Podczas hospitacji pierwsze_stwo mia_yby zarówno przedmioty muzyczne, jak i j_zyk angielski – jako lingua franca – lub tak_e matematyka. Wycieczki krajoznawcze (zwiedzanie zamków, gorzelni, winiarni, parków narodowych wraz z wyznaczeniem odpowiedniego zadania) potwierdzi_y si_. Mog_sta_si_jeszcze wi_ksz_atrakcj_, gdy s_wsparte dodatkowymi elementami (dokumentacja, gazetka szkolna, film wideo).

Dyskusja na temat pozyskiwania_rodków, który stanowi jeden z g_ównych oporów, nie mog_a by_ca_kowicie wyczerpana. Podczas obrad stwierdzono, _e poprawienie zasobów finansowych przeznaczonych na szkolne projekty jest mo_liwe poprzez tworzenie sieci mi_dzy stowarzyszeniami partnerskimi.

Obok ukazanych stara_pozyskiwania prywatnych sponsorów nale_y tak_e uwzgl_dni_mo_liwo_ci zaproponowane przez Polsko-Niemieck_Wspóprac_M_odzie_y, a tak_e przez Fundacj_Roberta Boscha. Adresy i kontakty osób do których nale_y si_zwróci_zosta_y udost_pnione uczestnikom przez przewodnicz_-cego seminarium. W rejonach przygranicznych korzysta si_tak_e ze_rodków wspieraj_cych integracj_Polski z Uni_Europejsk_, szczególnie na p_aszczy_nie trójnarodowych spotka_m_odzie_y.

7. Ocena seminarium

Wprawdzie obrady by_y skierowane na osi_gni_cie konkretnych wyników, to jednak przebiega_y w lunej atmosferze, skierowane na wzajemne poznanie i zrozumienie. Metoda moderacyjna w znacznym stopniu przyczyni_a si_do tego, a tak_e fakt, i_pracowano konsekwentnie w obu j_zykach.

Ta koncepcja, wielokrotnie sprawdzona podczas seminariów z uczniami potwierdzi_a si_tak_e w_ród doros_ych seminarzystów, ponadto zrównowa_ono w miar_krótkim czasie fataln_asymetri_j_zykow_.

T_umacze, a tak_e osoby biegle znaj_ce obydwaj_zyki zostali postawieni przed trudnym zadaniem, poniewa_zarówno w grupach roboczych jak i podczas imprez towarzyskich musieli zachowa_pe_n_gotowo_. Wykonali oni swoje zadanie zadowalaj_co, pomimo problemów zdrowotnych jednej z naszych t_umaczek. Fakt, i_jeden z seminarzystów bez_d_u_szego zastanawiania zdecydowa_si_j_zast_pi_, _wiadczy o wysokim poziomie motywacji uczestników seminarium.

Pisemna ocena seminarium, wystawiona przez uczestników w obu j_zykach ca_kowicie potwierdzi_a ten fakt. Chwalono metod_dwuj_zyczno_ci, oraz fakt, _e osi_gni_to konkretne wyniki (internet), a tak_e otwart_form_moderacji, jak i intensywn_wspóprac_dwunarodowych grup roboczych.

Krytykowano zbyt krótki czas trwania obrad, niektórzy uczestnicy uwa_ali, i_cz___prezentacji uczestników trwa_a zbyt d_ugo. Inni _yczyli sobi_jeszcze bardziej konkretnych informacji (adresy, kontakty itd.).

W ko_cu wi_kszo__uczestników seminarium dopisa_a swój komentarz pod zdaniem „chcia_bym/chcia_abym jeszcze doda_,_e...”, który jednoznacznie ukazywa_potrzeb_zorganizowania podobnego seminarium w przysz_o_ci. Niektórzy seminarzy_ci chcieliby tak_e, aby kwestia finansowania niemieckopolskich projektów partnerskich by_a_jeszcze g_biej rozpatrzona.

Przy ko_cowej ocenie Dr. Wilkiewicz potwierdzi_, i_seminarium pod wzgl_dem wyznaczonych celów, by_o zbyt krótkie. Jednocze_nie zaznaczy_, i_by_oby prawdopodobnie niemo_liwe zaprosi_wszystkich uczestników do Vlotho na okres d_u_szy ni_weekend. Albowiem trzeba zwróci_uwag_na to, i_zarówno honorowi dzia_acze, jak i osoby

sprawuj_cie funkcje w miastach i gminach nie maj_zbyt wiele czasu na uczestnictwo w takich seminariach.

Bior_c pod uwag_mo_liwo_zorganizowania podobnego lub kontynuacj_ tego projektu, przewodnicz_cy obrad doda_, _e postara si_ o wsparcie ze strony Fundacji Roberta Boscha
Marius Turda

przy organizowaniu dodatkowych obrad nawi_zuj_cych do tematu. Kontynuacja seminarium mo_e jednak odby_si_ tylko wtedy, gdy odpowiednia liczba potencjalnych uczestników zainteresowanych tematem zobowi__e si_ do uczestnictwa.

„Föderalismus und Rumänentum?“

Für eine mögliche Archäologie der rumänischen föderativen Idee

Föderalismus als politisches und kulturelles Konzept

Das Konzept des Föderalismus stellt einen der bedeutendsten Bestandteile dar, die das politische und kulturelle Denken in Ostmitteleuropa formen und gestaltend beeinflussen. Der politische Mythos des Donauraumes bzw. der ostmitteleuropäische Föderalismus sind zudem ein wesentliches Element im Diskurs über die geographische Identität dieser Region. Der Begriff Ostmitteleuropa war stets Gegenstand von Disputen und Konflikten gewesen und wies aufgrund seiner Eigenheit eine besondere Flexibilität und Dehnbarkeit auf. Neben seiner inneren Dynamik bringt der Entwurf der föderativen Idee eine besondere Schwierigkeit mit sich, die sich auf eine gemeinsame Basis der Verständigung und Definition hinsichtlich der ethnischen Rivalitäten Ostmitteleuropas bezieht.

Besonders kompliziert ist die Situation für die Rumänen. Wenn wir über die immanenten Schwierigkeiten Rumäniens nachdenken, eine eigenständige Identität zu finden, kann uns das Konzept des Föderalismus durch eine vergleichende Betrachtung wichtige Aufschlüsse liefern. Dieses Konzept vergrößert unseren Blickwinkel über die Bemühungen dessen, was „rumänisch“ dem Wesen nach ist, und wie sich der Einfluß auf größere, politische und multi-kulturelle Strukturen gestaltet. Auf der anderen Seite kann es helfen, den Drang der Rumänen nach Identität und nach Errichtung eines Natio-

nalstaates zu erklären. Um die föderativen Ideen voranzubringen, versuchten die Rumänen, die Zwangsräume der Großmächte zu relativieren. Deshalb hofften sie auf eine Aufnahme des Begriffs Rumänentum in einem klarer definierten politischen Rahmen.

Rumänische Beiträge konnten einen doktrinären Dialog dahingehend in die Wege leiten und aufrechterhalten, um den politischen Raum Ostmitteleuropas neu zu überdenken. Eine Diskussion über den rumänischen Föderalismus (das ist freilich ein doppelsinniger Begriff per se) fehlt in der rumänischen Historiographie. Das Motiv ist dabei allseits bekannt, denn es sticht die Unmöglichkeit in der rumänischen Historiographie hervor, eine Analyse der rumänischen Geschichte in eine andere Richtung als in ein „Kämpfen für die nationale Einheit“ zu lenken. Die Positionen waren stets auf den Erfolg der Schaffung eines rumänischen, einheitlichen Nationalstaates ausgerichtet. Aus diesem Blickwinkel ist die Veröffentlichung des Buches von George Ciorănescu *Româniî _i idea federalistă*¹ (Die Rumänen und die föderative Idee) höchst begrüßenswert.

Kurzer Lebenslauf George Ciorănescus

George Ciorănescu wurde im Dorfe Moroieni (in der Region Dimbovi_a, Rumänien) im Jahre 1918 geboren. Er war Mitglied einer bemerkenswert intellektuellen Familie. Als Nest-

häkchen dieser Familie hat Ciorănescu durch ernsthaftes Studium die Geschichte Ost- und Südosteuropas erforscht und unterschied sich dadurch von anderen Zeitgenossen. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten emigrierte er im Jahr 1947 nach Paris. Danach wurde er einer der fähigsten politischen Köpfe der Rumänen in Westeuropa. Seine Aktivitäten und sein Denken beschreiben genau das, was wir heute unter Eurokrat verstehen. Im Jahr 1954 wurde er Abgeordneter im ersten europäischen Parlament in Wien, und im Jahr 1984 Mitglied der Europäischen Föderativen Bewegung. Seine Studien über eine europäische alternative Struktur haben dazu beigetragen, das föderative Konzept hinsichtlich der europäischen Ordnung zu artikulieren und neu zu beleben.

Nur wenige wissen, daß George Ciorănescu 1946 seine Dissertation *România _i idea federalistă* bei Professor George Sofronie an der Klausenburger Universität verteidigte. Diese Edition, herausgeben von Frau Georgeta Penelea-Filliti, ist eine Abschrift seiner Doktorarbeit. Wir finden im Vorwort der Auflage einen Vermerk, daß dieser Text eine letzte Durchsicht durch den Autoren nicht gefunden hatte. Dieser Aspekt wird in der inhaltlichen und substantiellen Gestaltung des Buches und zudem in der Bibliographie offensichtlich. Aber wenn man an die Periode denkt, in der das Buch geschrieben wurde, dann lassen sich diese Mängel erklären. Was jedoch bedeutend ist, sind die verschiedenen Perspektiven und Hinweise hinsichtlich der kulturellen und politischen Zusammenhänge in der rumänischen Geschichte, die uns George Ciorănescus Buch liefert.

Die rumänischen föderativen Perioden

Föderalismus als interpretatives Modell kann auf unterschiedliche Weise die Probleme der politischen und nationalen Identität der ostmitteleuropäischen Staaten nuancieren. Der theoretische Gehalt des Buches besteht darin, zu zeigen, daß die politische Umgestaltung Ostmittel-

europas den Föderalismus als politische Variante zwingend berücksichtigen muß. Wir können zwei Perioden in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Föderalismus und Rumänen abgrenzen. Die erste reicht von 1848/1849 bis 1918, wobei die Apotheose dieser Entwicklung der Sieg der Nationalstaates ist. Das zweite Moment stellt die Zwischenkriegszeit dar. Im folgenden sollen diese zwei Entwicklungen knapp illustriert werden, wobei die repräsentativen Aspekte betont werden.

Der Hintergrund der Revolution von 1848/49 erwies sich als höchst instabil. Föderalismus wurde als ideale Lösung angesehen, das Nationalbewußtsein der in dieser Region lebenden Nationalitäten in einem passiven Verhaltensmuster in Schach zu halten. Eine andere radikale Lösung hätte in einer radikalen Weise in der totalen Assimilation dieser Nationalitäten bestanden. Die ersten vier Kapitel des Buches beschreiben die Projekte und föderativen Bestrebungen der Rumänen Simion Barnutiu, Andreiu Saguna und Nicolae Balcescu in ihrem Verhältnis zu den Plänen von Lajos Kossuth, František Palacký und P. S. Mazzini. Die erklärte Absicht war, daß diese vielschichtige politische und kulturelle Region zwischen den konfliktreichen Einflußsphären der zwei Großmächte Rußland und Deutschland und den zwei dominanten Ideologien, Pangermanismus und Panslavismus, ein wesentliches Charakteristikum des Föderalismus in Ostmitteleuropa darstellt. Diese Charakteristik gilt auch für das rumänische Beispiel.

Die zwei rumänischen föderativen Ansätze (transsylvanisch und moldau-wallachisch) standen den Zielen der Großmächte und ihren Ambitionen, das „Interstitium“ des deutschen und russischen Raumes zu kontrollieren, entgegen. Der zweite Ansatz (moldau-wallachisch) wurde im Exil erarbeitet. Seine Verfechter waren in den revolutionären Ausschüssen nach 1848, die in Europa verbreitet waren, aktiv tätig. Die Vereinigung von 1859 wurde der Motor, und durch den föderativen Elan von Dimitrie Brătianu oder C. A. Rosetti mündete die Ent-

wicklung in den ersten modernen rumänischen Staat. Bis zum Ersten Weltkrieg dachten nur Utopisten über eine föderative Gestalt Rumäniens nach. Im Mittelpunkt des fünften und sechsten Kapitels wird das schwierige Problem des Siebenbürger Föderalismus analysiert. Wir finden allerdings keine interdisziplinäre Studie über die symbolische Behandlung des Siebenbürger Föderalismus.

Trotzdem vermag George Ciorănescu Buch dieses Problem nicht auf radikale Weise zu lösen. Der Autor hat demgegenüber eher ein formales Schema bezüglich der Theorien über die Bildung des Siebenbürgischen Raumes aufgestellt. Er stellt die Probleme im Lichte einer vergleichenden Perspektive zwischen der rivalisierenden symbolischen Geographie des Königreichs des Heiligen Stephan einerseits und Mitteleuropa andererseits dar. Im politischen Vakuum, das nach der Revolution von 1848 existierte, erlebte das österreichische Kaiserreich eine schleichende demoralisierende Entwicklung. Dies kann charakteristischerweise als Monarchiemüdigkeit bezeichnet werden. Sie ist die Folge der ersten echten Konfrontation: in horizontaler Hinsicht zwischen dem Entwicklungsnationalismus in der Monarchie und in vertikaler Hinsicht, weil eine Legitimationskrise des politischen Systems beobachtbar wurde. In deren Verlauf fühlten die Rumänen aus Siebenbürgen offenbar die Notwendigkeit, ihren Status neu zu verhandeln. Diesbezüglich hatte sich ihr Nationalbewußtsein reformiert. Nach den Revolutionen von 1848/1849 erkennen wir in der politischen Geschichte der Rumänen aus Siebenbürgen das Auftauchen und zugleich die Harmonisierung von zwei parallelen und komplementären theoretischen Ansätzen.

Der erste Ansatz bezieht sich auf die nationale Autonomie. Er erreichte seinen Gipfel in der Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien im Jahre 1918. Der zweite Ansatz ist durch föderatives Denken charakterisiert und verschwindet mit dem Zerfall der Habsburger Monarchie. Im Schnittpunkt dieser beiden Diskurse findet sich das Bemühen um die Anpassung der rumä-

nischen Identität in einer rivalisierenden Vielvölkerstaatenstruktur. Die Rumänen aus Siebenbürgen hatten, beginnend mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, versucht, dem kaiserlichen Hof in Wien ein anderes politisches Konzept als das des dualistischen Systems vorzuschlagen. Der Föderalismus mancher Führer der Rumänen, wie Aurel C. Popovici, Alexandru Vaida-Voevod oder Iuliu Maniu, kann auch als ein theoretisches Modell symbolischer Integration aufgefaßt werden. Er wurde als eine Variante der siebenbürger-rumänischen Identität in den letzten Jahrzehnten der Habsburger Monarchie präsentiert.

Der Föderalismus, dargelegt von Aurel C. Popovici in seinem Buch *Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich* (Leipzig 1906), behandelte die rumänischen Forderungen. Der österreichisch-ungarische Dualismus war auf der einen Seite nicht in der Lage, bezüglich seiner Minderheiten ein lebensfähiges politisches und nationales Angebot zu machen. Auf der anderen Seite war er unfähig, den ungarischen nationalen Radikalismus zufriedenzustellen. Mit anderen Worten, in der österreichisch-ungarischen Monarchie dominierte das Problem der Lösung eines konfliktreichen Nationalismus, wobei die Rumänen aus Siebenbürgen versuchten, einen *Lebensraum* zu definieren, der an einer Typologie orientiert war, die Wien als symbolische Matrix anerkannte. Das Verlangen nach einer Reform der Monarchie, basierend auf den föderativen Grundlagen des Erzherzogs und Thronfolgers Franz Ferdinand, hatte einen großen Einfluß auf Aurel C. Popovici und Alexandru Vaida-Voevod. Aber wie wir wissen, scheiterten alle Pläne zur föderativen Reform in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der integrale Nationalismus war hingegen siegreich.

Die letzten Kapitel des Buches betonen die Zeit nach 1918 und stellen nachdrücklich die Reaktionen der kleinen ostmitteleuropäischen Staaten in ihrer Beziehung zu den westlichen überstaatlichen Strukturen in den Mittelpunkt. Die Zwischenkriegszeit war durch den Versuch charakterisiert, einen Ausgleich zwischen dem

Radikalismus der Errichtung des Nationalstaates und der Stärkung des Regionalismus zu schaffen. Mit diesem Konzept, das auf der Pariser Konferenz entwickelt wurde, kann das ostmitteleuropäische Streben nach Regionalismus und Kooperation deutlich nachgezeichnet werden. Persönlichkeiten wie Take Ionescu oder Eduard Bene_ bemühten sich sehr, die Konkurrenz zwischen den ostmitteleuropäischen politischen Kulturen abzuschwächen. Ihre Leistung illustrierte jedoch nichts anderes als einen fehlentwickelten Donau-Föderalismus, der dazu bestimmt war, die Forderungen der besiegten Staaten abzusichern.

Einer der wichtigsten Aspekte des Buches von Ciorănescu war sicherlich das gespannte Verhältnis zwischen den konstruktiven französischen Absichten und dem neuen Ostmitteleuropa. Nach dem Zerfall des Habsburger Vielvölkerstaates war eher ein Wiederaufleben der föderativen Pläne angebracht. Bezogen darauf waren Aristide Briands und André Tardieu föderative Pläne symbolische Zeichen, die der französische Staat in der Region entwickelte. Die würdigen Nachfolger von Jules Michelet experimentierten mit bizarren politischen Strukturen. Aber unglücklicherweise erwiesen sich diese Pläne als nicht realisierbar.

Einige Schlußfolgerungen

Hochaktuell und politisch brisant sind die Schlußfolgerungen. Das Konzept der Donau-Region, das der Autor kritisiert und das von den rumänischen Föderalisten verwendet wurde, ist nichts anderes als eine geographische Abstraktion. Es kann durch die Eliminierung Deutschlands im Westen und andererseits auch Richtung Osten durch die Einbindung Polens, Griechenlands und der Türkei ausgedehnt werden. Möglicherweise ist dies das Hauptmotiv, zumal die Rumänen vom Konzept einer Kooperation auf der Halbinsel so angezogen waren.

Bestimmte kulturelle Eigenheiten waren für die Halbinselregion charakteristisch und machten sie attraktiver als die Hypothese des Donau-Föderalismus. Auf der einen Seite wurde der balkanische Föderalismus von Rumänen artikuliert. Es wurde dadurch die Anziehungskraft und die Stärke des Naumannschen Konzeptes *Mittel-europa* vermieden. Auf der anderen Seite dürfen wir den französischen Einfluß nicht vernachlässigen. Nach dem Ersten Weltkrieg beobachteten wir die *Erfindung* der Donaustaaten-Föderation, per definitionem pro-französisch und anti-deutsch. Diese Föderation hatte eine doppelte historische Mission, die dem sowjetischen Messianismus widerstand und Deutschlands Neubelebung absorbierte. Rückblickend hatte nur der Föderalismus, der während der österreichisch-ungarischen Monarchie theoretisch entwickelt worden war, die ernste Absicht, die nationalen Minderheitenkonflikte zu regulieren sowie die Identität der Völker neu zu definieren. Seine gedanklichen Ansätze wurden nach 1918 weiterhin verbreitet. Darüber hinaus wurden die Nationalstaaten nach dem Friedensschluß der Jahre 1919/1920 in Vielvölkerstaaten transformiert. Dem sollte hinzugefügt werden, daß der Föderalismus in eine tiefe Identitätskrise der ostmitteleuropäischen Staaten mündete. Ihnen war es unmöglich, den politischen und kulturellen *Bovarismus* und den nationalen Fundamentalismus zu eliminieren. Das Wesen einer regionalen Identität ist ein möglicher, denkbarer Modus Vivendi mit *dem Anderen*. Der Versuch, diese Identität herauszubilden, hat in den letzten zwei Jahrhunderten in der Geschichte dieser Region gefehlt.

Die Rumänen waren sicher nicht die Meister dieses konstruktiven Versuchs. Das wird in der jetzigen Bittstellerei um die „Aufnahme“ Rumäniens in die EU offensichtlich, bei der die Konkurrenz unter den Bewerbern die Realisierung jeglicher regionaler Kooperationen lähmt. Vielleicht bestünde die einfachere Lösung darin, zu hinterfragen, was der Föderalismus für die ostmitteleuropäische Geschichte repräsentierte und die „europäische“ Vorstellung einer Integration

zu überdenken. Das Buch Ciorănescu lädt nachhaltig dazu ein, über Dimensionen und Implikationen des Diskurses über „Wir“ und „Andere“ gleichberechtigt nachzudenken.

Gerhard Schüsselbauer

Kleiner Streifzug durch die zeitgenössische Literatur Südost- und Osteuropas

Angesichts des regen Interesses deutscher Leser an Literatur aus dem östlichen europäischen Ausland, das auch auf die mitunter erschreckende Larmoyanz sowie die Armut an Erzählstoffen in der deutschen Gegenwartsliteratur zurückzuführen ist, lohnt es sich, einige der jüngst in deutscher Sprache veröffentlichten Werke Freunden der „Schönen Literatur“ zu empfehlen. So unterschiedlich die einzelnen Bücher in Stil, aufgegriffenen Themen der menschlichen Existenz und Werte auch sind, gemein haben sie, daß in ihnen das Lebensgefühl von Menschen zum Ausdruck kommt, die eines vereint: der geistig-intellektuelle und seelische Kampf gegen ein System der permanenten Unterdrückung und gegen die menschliche Absurdität. Darin verkörpert sich eine zutiefst humanistische Idee von Freiheit und menschlichen Werten verbunden mit der Phantasie eines Schriftstellers. Obwohl nicht vordergründig politisch, vermitteln alle Bücher in verschlüsselter, teilweise symbolisch stilisierter Form die Botschaft, die wir am Ende des 20. Jahrhunderts so gerne in der gesamten Welt durchgesetzt wissen wollen: Freiheit, Toleranz und Verständigung in einer Welt voller menschlicher Abgründe und Gewalt.

Wladimir Schinkarjows fulminantes Kultbüchlein *Maxim und Fjodor* erinnert in seiner Thematik, aber keineswegs in seiner Konstruktion, an *Die Reise nach Petuschki* von Wenedikt Jerofejew. Letzteres galt seit seinem Erscheinen 1973 als ultimative Antwort eines Wodkafreundes auf die sowjetische Wirklichkeit. Die Einzigartigkeit von Jerofejews Reise nach

¹ George Ciorănescu, *România _i idea federalistă*, hrsg. von G. Penelea-Filiti (Bukarest: Verlag Enciclopedică, 1996), 184 Seiten.

Petuschki rührt von der unglaublichen Klarheit der Sprache im Wodkadelirium her, verbunden mit erstaunlichen Einblicken in das Seelenleben eines Sowjetbürgers, der zum Outlaw der Gesellschaft geworden ist. „Ein Aufleuchten auf jeden Schluck und auf jeden Schluck ein Aufleuchten“ – die Zugfahrt ist eine einzige Safttour, verkommt aber keineswegs zu dumpfem Gegröle, sondern wird zu einem Erfahrungstrip durch das glas- oder auch wodka-klare Bewußtsein Wenjas, des Protagonisten. Schinkarjows *Maxim und Fjodor* ist demgegenüber eine weniger linear angelegte Komposition, sondern ein Sprachexperiment mit verschiedensten literarischen Gattungen. Auf schmalem Grad bewegt sich das Kultbuch der postkommunistischen russischen Subkultur zwischen schnulzigem Suff und lyrischer Tiefe. Der elegante Witz macht vor keinem literarischen Stil halt, denn „selbst literarische Werke soll man nicht nach den darin enthaltenen Worten beurteilen“. Die Aphorismen, Gespräche und eingestreuten lyrischen Passagen gleichen einem Auf und Ab im Wechselspiel von Rausch und Katzenjammer. Triviales und banalste Bemerkungen gehen eine ungleich komische Symbiose mit Lebensweisheiten ein, daß selbst Schopenhauer verblassen würde. Die Protagonisten Maxim und Fjodor sind eine Art russischer Don Quijote und Sancho Pansa, die sich ebenso wie ihre berühmten literarischen Vorbilder nie aus ihrem eigenen, auch räumlichen Dilemma hinausbewegen, sondern „unbekannte, unerklärliche Helden“ Zeit ihres Lebens bleiben. Schinkarjow stellt der „unerträglichen, hektischen Sorge um das Schicksal des Tages“ die Zeitlosigkeit der

Gedankenströme seiner Helden gegenüber, und man gewinnt als Leser den Eindruck, etwas von der „glücklichen Unmöglichkeit, das Leben im Griff zu haben“, mitzubekommen. Die zeitgenössische russische Avantgarde und ihr großes Thema, das Absurde, finden in Schinkarjow einen Schriftsteller, den man entdecken muß. „Der erfrischende Glanz des grünen und schönen Grases ist heut mein Trank des Vergessens ...“

Nicht das Vergessen, sondern die Erinnerung und die Fähigkeit des Menschen, sich in eine phantastische Traumwelt voller nostalgischer Versatzstücke zu begeben, begegnen dem Leser in dem bereits Ende 1997 auf Deutsch erschienenen Roman *Nostalgia* des rumänischen Literaten Mircea C_r_t_rescu. Obschon sich C_r_t_rescu den Vorwurf gefallen lassen muß, sich in einem Elfenbeinturm der barocken Schwelgerei und Schönrednerie zu verschanzen, strömt von seinem Oeuvre ein Hauch geheimnisvoller Magie aus, dem sich der Leser kaum entziehen kann. Doch auch dem postmodernen Kafka C_r_t_rescu ist das Absurde gerade gut genug, um mit der Lebenswirklichkeit im Rumänien Ceau_escu sowie der kryptokommunistischen Nach-Ceau_escu-Ära reinen Tisch zu machen. Keine vordergründige politische Abrechnung, sondern der feinsinnige, manchmal zu sehr ziselierte literarische Versuch, dem Menschen in einer Welt der absurden, systembedingten Grausamkeit, Unterdrückung, Intoleranz und Unfreiheit den Strohalm der Phantasie zu reichen. Realität als Flucht, Flucht als menschliche Realität. Keine Frage, seine ausdrucksgerichtete Sprache ermöglicht es C_r_t_rescu, den Leser leichtfüßig in eine Welt der Nostalgie, ein Vor-Erwachsenstadium der Unschuld zu entführen. Seine Protagonisten, die Schüler Andrei und Gina erleben eine Metamorphose, indem sie in den Körper des jeweils anderen schlüpfen. Der Kulminationspunkt des Romans spielt in einem Naturkundemuseum, in dem zwei Liebende exemplarisch eine Zeitreise des Menschen in Vergangenes (Gestorbene), Gegenwärtiges (Lebende) und Zukünftiges

(Ungeborenes) durchleben. Metaphern als durchgängiges Stilelement prägen auch einen weiteren Roman C_r_t_rescu. *Travestie* ist leider bislang noch nicht in deutscher Übersetzung erschienen. Die Ablehnung des Erwachsenwerdens und das primäre Fehlen der menschlichen Schuld stehen im Mittelpunkt einer erotischen Geschichte, die von einer „Aura der Naivität und Unschuld“ durchwoben ist. Weibliche und männliche Gefühlswelten und Daseinszustände vermischen sich in beiden Romanen zu einem ästhetisch arrangierten Kunstwerk, das sich bei genauerem Hinsehen als eine Frontalattacke gegen die Unfreiheit und Unterdrückung der Phantasie erweist. Immer wieder taucht bei C_r_t_rescu der menschliche Urzustand im Traum auf; Menschen, bevor sie vom Baum der Erkenntnis gegessen haben und sich deshalb nicht mehr vor der Frage der Schuld retten können. Die Wahrheit und die Lebenswirklichkeit im Europa des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts sind freilich eine andere, aber der Rückzug C_r_t_rescu verleiht dem Begriff Schöne Literatur tatsächlich wieder seinen Sinn.

Aleksandar Ti_mas krönender Abschluß seines fünfbandigen Romanzyklus nimmt anders als C_r_t_rescu nicht Zuflucht in Traumwelten der menschlichen Unschuld, sondern greift in seinem Titel *Treue und Verrat* Grundthemen der Existenz in schwierigen Zeiten auf. Hin- und hergerissen zwischen Glück und Unglück, Freundschaft und Treulosigkeit schwappt der Roman über im Kampf „Sein oder Nichtsein“, derart daß „das Nichtsein so unwiderruflich offenbar war, daß es den ganzen Sinn aller Bemühungen aus den Angeln hob“. Die Originalausgabe erschien bereits 1983 unter dem Titel *Vere i zavere*. Eine dramatische Liebesgeschichte in der Stadt Novi Sad im sozialistischen Jugoslawien der sechziger Jahre, in der die Geschichte von Sergije Rudi_ erzählt wird, der ein selbstverschuldeter Spielball zwischen Treue und Verrat wird. Intrigen und Treuebeweise wechseln sich in seinem Leben ebenso ab wie die Ruhelosigkeit eines nach

Glück und Geborgenheit Suchenden und seine eigene Niederträchtigkeit, indem er eine Tragödie um die andere heraufbeschwört. Dieser Teufelskreis scheint symptomatisch für ein Land, ja für eine Region zu sein, in der es „keine Ruhe, kein Gefühl der Sicherheit“ jemals zu geben scheint. Insofern thematisiert Ti_ma vorausschauend, wenn auch ungewollt, das große Drama im ehemaligen Jugoslawien der neunziger Jahre, indem er in seinem Romanzyklus die Aggression diktatorischer Systeme und Regime herausstellt: „Denn Mord ist Mord“, ob von den Nazis während des Zweiten Weltkriegs verübt, oder unter dem Regime Milo_evi_s. Schon in seinem ersten Teil des Romanzyklus (*Der Gebrauch des Menschen*, erschienen 1991; als dtv-Taschenbuch erhältlich) thematisiert Ti_ma die große Tragödie unseres nach Hobsbawn so bezeichneten Zeitalters der Extreme. Die friedliche Koexistenz verschiedener ethnischer Gruppen wird jäh durch die Diktaturen des Jahrhunderts, beispielhaft durch das Dritte Reich, hinweggewischt.

Menschen finden sich in einem Trauma wieder, bestehend aus Krieg, Terror und Unterdrückung des Schwächeren. Ti_mas Werk ist eine meisterhafte literarische Wanderung entlang am schmalen Grad der Geschichte von kollektivem Unglück und individuellen Glücksaugenblicken. Liebe und Hoffnung existieren inmitten von Grauen, Finsternis und Greueln – nicht nur darin lassen sich unübersehbar Parallelen zum großen polnischen Literaten Andrzej Szczypiorski erkennen.

Wladimir Schinkarjow: *Maxim und Fjodor*, Berlin Verlag, 1998; Wenedikt Jerofejew: *Die Reise nach Petuschki* (Serie Piper Taschenbuch, Band 671)

Mircea C_rturescu: *Nostalgia*, Verlag Volk & Welt Berlin, 1997.

Aleksandar Ti_ma: *Treue und Verrat*, Carl Hanser Verlag München, 1999; die ersten vier Bände seines „Pentateuch“ sind: *Der Gebrauch des Menschen* (1991), *Die Schule der Gottlosigkeit* (1993), *Das Buch Blam* (1995) sowie *Kapo* (1997).

Service-Seite Tschechien

Literatur: Erste Titel der Tschechischen Bibliothek erschienen

Anlässlich der Verleihung des Kunstpreises zur deutsch-tschechischen Verständigung an den Übersetzer Franz Peter Künzel 1995 wies Ota Filip in seiner Laudatio darauf hin, daß die deutsche Sprache für tschechische Autoren nach wie vor als „Sprungbrett in die Weltliteratur“ dient.¹ Seit Mitte der 60er Jahre wurden rund 700 Originaltitel tschechischer Schriftsteller in die deutsche Sprache übersetzt, zahlreiche Autoren ließen sich nach dem Prager Frühling in der Bundesrepublik nieder, und einige schrieben ihre Werke anschließend in Deutsch. Mit Václav Havel, Bohumil Hrabal, Ivan Klíma, Pavel Kohout, Milan Kundera, Libu_e Moniková oder Ludvig Vaculík fanden zeitgenössische tsche-

chische Autoren zum Teil mehr Verbreitung und Anerkennung in der Bundesrepublik als in ihrer Heimat zur Zeit des kommunistischen Regimes. Dennoch läßt die Rezeption der tschechischen Literatur, im Vergleich etwa zur Musik, im deutschen Sprachraum noch immer einiges zu wünschen übrig.² Bereits seit 1917 waren es stets politische Ereignisse, die das Interesse an der tschechischen Literatur weckten, weshalb es allenfalls in der ideologisch beeinflussten und in ihrer Verbreitung weitgehend isolierten Boheimistik der DDR eine systematische Rezeption gab. Nachdem sich in der Vergangenheit u.a. der Berliner Verlag Volk und Welt sowie der Luzerner Bucher-Verlag darum bemühten, die neueste tschechische Literatur im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen, würdigt nun auch eine neue Reihe der Deutschen

Verlagsanstalt den reichen literarischen Schatz unseres Nachbarlandes.

Auf der Leipziger Buchmesse stellte die DVA die ersten beiden Titel der „Tschechischen Bibliothek“ vor. Die Idee einer solchen Reihe ist nicht neu: Bereits um die Jahrhundertwende schwebte Hugo von Hoffmannsthal ein entsprechendes Werk vor, doch sollte es noch 100 Jahre dauern, bis das Vorhaben nun verwirklicht werden konnte. Das ambitionierte Projekt wurde von Jiří Gruša, Schriftsteller und ehemaliger Botschafter Tschechiens in Bonn, initiiert und von der Robert-Bosch-Stiftung großzügig finanziell unterstützt. Als Herausgeber fungieren neben Gruša Peter Demetz, Peter Kosta, Eckhard Thiele und Hans Dieter Zimmermann. Bis zum Jahr 2008 sollen 33 Bände der tschechischen Literatur in deutscher Sprache veröffentlicht werden, jeweils zwei im Frühjahr und zwei im Herbst. Wie Jiří Gruša bei der Präsentation in Leipzig freimütig zugab, habe er mit Neid auf die von Dedecius initiierte „Polnische Bibliothek“ geblickt und sich ähnliches für die Literatur seines Landes gewünscht. Dabei bot es sich an, die Reihe mit Jaroslav Hašek *Der Urschwejk und anderes aus dem alten Europa und dem neuen Rußland* zu beginnen, da der Schwejk in Deutschland sicherlich eine der bekanntesten Figuren der tschechischen Literatur darstellt. Indes handelt es sich beim Urschwejk nicht um die bekannte Fassung der frühen zwanziger Jahre, sondern um Episoden, die bereits 1912 geschrieben wurden. Auch spielt der brave böhmische Soldat nur in den ersten der fünf hier gesammelten Geschichten die Hauptrolle. Die übrigen Erzählungen spielen teils in Böhmen vor dem Ersten Weltkrieg, teils im Rußland der Oktoberrevolution. Abgerundet wird der Band durch Erinnerungen von František Langer und Josef Lada an Hašek, einen Essay des Prager Philosophen Karel Kosík sowie ein Nachwort von Hans Dieter Zimmermann.

Jaroslav Hašek, *Der Urschwejk und anderes aus dem alten Europa und dem neuen Rußland*. Aus dem Tschechischen von Grete Reiner. Mit einem

Essay von Karel Kosík und einem Nachwort von Hans Dieter Zimmermann (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1999).

Jaroslav Durych 1955 erschienener Roman *Gottes Regenbogen*, der den zweiten Band der Bibliothek bildet, steht in scharfem Kontrast zum meist ironisch-humorvollen Ton Hašeks. In einer Region, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen „ihre Seele verlor“ – so kürzlich ein junger tschechischer Historiker – trifft ein alter Mann eine junge, von ihren Landsleuten preisgegebene und von tschechoslowakischen Soldaten geschändete Frau. Ein langer, quälender Erkenntnisprozeß beginnt. Die von Durych literarisierten Spannungsverhältnisse von Schuld und Versöhnung, Eros und Tod verlangen dem Leser einiges ab, und man ist dankbar für Jan Patočkas Essay sowie das Nachwort von Eckhard Thiele, die es erleichtern, den kunstvoll verschlüsselten Roman zu dechiffrieren. In jedem Fall ist den Herausgebern zu ihrem Mut zu gratulieren, die tschechische Literatur in ihrer ganzen Komplexität zu präsentieren und speziell mit der Entscheidung für diesen Roman auch die hier thematisierten düsteren Kapitel der deutsch-tschechischen Geschichte in die Bibliothek aufzunehmen.

Jaroslav Durych, *Gottes Regenbogen*. Roman. Übersetzt von Jan Patočkas (zusammen mit Frank Boldt). Mit einem Essay von Jan Patočkas und einem Nachwort von Eckhard Thiele (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1999).

Dem Rezensenten der Prager Zeitung ist zuzustimmen, wenn er schreibt, die ersten Bände der Tschechischen Bibliothek machten „Lust auf mehr“. Daher wollen wir Freunden der schönen Literatur ein weiteres Werk aus der Feder eines bedeutenden tschechischen Literaten ans Herz legen, nämlich den jetzt im Suhrkamp Verlag auf deutsch erschienenen Roman *Ich dachte an die goldenen Zeiten* des großen, alten tschechischen Schriftstellers und Bierfreundes Bohumil Hrabal. Deutschen Lesern gilt Hrabal, der 1914 in Brünn geboren wurde und vor zwei Jahren auf mysteriöse Weise ums Leben kam, vor allem wegen seines Romans *Ich habe den englischen König bedient* längst als Inbegriff des kauzigen,

augenzwinkernden Literatenschelms. *Ich dachte an die goldenen Zeiten* ist der dritte Teil der Romanautobiographie *Hochzeiten im Hause*. Meisterhaft erzählt aus der Sicht seiner Frau spannt Hrabal vordergründig ein Panoptikum auf, bestehend aus Begegnungen in Bierstuben und Brauereien, dem Plausch mit Bauern und einem Treffen mit Heinrich Böll, dem „gekreuzigten Bauern der ewigen deutschen Schuldfrage nach dem Zweiten Weltkrieg“. Daß diese Begegnung zur Zeit des Prager Frühlings stattfindet, verleiht dem Roman die Leichtigkeit und Heiterkeit, die man einem Schriftsteller, der „Schreiben als Leiden“ ansieht, zunächst nicht zutrauen würde. Tatsächlich steht hinter der vordergründigen Fassade Hrabal als ein mitteleuropäischer Schriftsteller des Volkes, ohne folkloristisch zu sein. Der prallen Fülle des Lebens steht im Spannungsfeld des Buches Hrabals grenzenlose Melancholie gegenüber, die ihn fast in gleicher Weise zerfraß wie eine Leberzirrhose. Diese verkannte Melancholie durchzieht das autobiographische Werk mit einer trotz allem humorvollen Grundstimmung ohne wirkliche Larmoyanz, wie sie der deutschen Nachkriegsliteratur vielfach anhaftet. So bietet Hrabals Buch ebenso wie sein gesamtes Werk einen nahezu unerschöpflichen Fundus an Lebensgefühl eines Tschechen, der beinahe das gesamte Jahrhundert durchlebt hat, um in die Lebenswelt unseres Nachbarn einzutauchen.

Wer das Land unserer Nachbarn nicht nur mit der Seele bereisen will, kann auf eine Reihe von Informationsmaterialien über die Tschechische Republik zurückgreifen. So erhielten wir seit dem Erscheinen der letzten ao u.a. einen Videofilm und zwei Reiseführer.

Video

Beginnen wir mit dem Videofilm *Tschechische Republik* (1998, 60 min. VHS Pal, hergestellt von Volwocom, By_ická 1, 181 Praha 8; <http://www.vol.cz/volwocom>). Um es vorwegzunehmen: Es handelt sich um einen Werbefilm, der sich primär an kunstgeschichtlich Interes-

sierte wendet. Für Schulklassen, etwa zu Vorbereitung von Tschechien-Fahrten, scheint der Film allenfalls in Ausschnitten geeignet. Im Vordergrund stehen konventionelle Sehenswürdigkeiten. Wir sehen in einem bunten Bilderbogen viele Burgen und Kirchen, berühmte Kurbäder und eine heile Natur, hören zahlreiche geschichtliche Daten, v.a. zum Mittelalter. Typisch sind Kommentare im ermüdenden Reiseführerstil nach den Muster: „Auf dem Marktplatz und in dessen Umgebung finden wir viele Zeugnisse der Gotik, des Barock und der Renaissance“. Die Neuzeit wird weitgehend ausgeklammert; lediglich in den Hinweisen zur Burg Spielberg erfährt man eher nebenbei, daß dort während des Zweiten Weltkriegs 80.000 Menschen gefangengehalten wurden. Nichts über Sudetendeutsche, nichts über Lidice, nichts über Prag 68. Beiträge zur Wirtschaft (abgesehen vom Hinweis auf die Brauereien in Pilsen und Budweis) fehlen ebenso wie solche zu Politik und Gesellschaft. Geradezu nervtötend ist die aufdringliche Synthesizeruntermalung, die das Land von Smetana und Dvo_ak wahrlich nicht verdient hat.

Reiseführer

Im Polyglott-Verlag erschien eine nach Verlagsangaben „komplett aktualisierte“ Auflage des Reiseführers *Tschechische Republik*. Die Autorin Sabine Herre arbeitete drei Jahre lang als Korrespondentin für verschiedene Tageszeitungen in Prag und wies sich außerdem durch mehrere Veröffentlichungen über die Tschechoslowakei als Kennerin des Landes aus. Auch ihr Reiseführer vermittelt in aller Kürze kenntnisreich Informationen über die tschechische Politik, Geschichte und Kultur sowie praktische Reisehinweise. Besonders interessant scheinen die sieben Reiseroutenvorschläge. Graphisch abgesetzte Kästchen mit kurzen Exkursen lockern den Text sinnvoll auf. Dagegen hätte man getrost auf einige Postkartenfotos verzichten (zumal sie in Briefmarkengröße ohnehin wenig Genuß bieten), und

statt dessen der Autorin mehr Raum für Text lassen können. Der übliche Mini-Dolmetscher im Anhang spiegelt die neue Zeit und ihre Probleme: „Man hat mir (...) gestohlen“. „Mein Auto ist aufgebrochen worden“. Tschechische Zahlen fehlen leider; hier könnte der Tourist Geld sparen, da es üblich ist, von Ausländern überhöhte Preise zu verlangen. Fazit: Ein Reiseführer, der in jede Jacken- oder Handtasche paßt und für DM 14.90 erstaunlich viele Informationen bietet.

Wer bereit ist, DM 44.80 für einen bereits 1994 erschienenen Reiseführer auszugeben, sei auf den *APA-Guide Tschechische Republik & Slowakei* (RV Reise- und Verkehrsverlag) verwiesen. Der von dem Kulturwissenschaftler Alfred Horn herausgegebene und von Werner Jakobsmeier überarbeitete Band vereint auf 381 Seiten Beiträge tschechischer, slowakischer und deutscher Autoren zu den Themen „Geschichte und Kultur“, „Orte und Plätze“ sowie zu einem Kurzführer im Anhang. Daß das relativ hohe Alter des Reiseführers nicht notwendigerweise vom Kauf abhalten sollte, beweist die ausführliche geschichtliche Einführung. Das mit zahlreichen sorgfältig ausgewählten Abbildungen aufgelockerte Kapitel ersetzt dem Nicht-historiker manche Fachpublikation. Allerdings gilt dies nicht für die Ausführungen zur Vertreibung der Sudetendeutschen. Wer dieses Thema in buchstäblich einem Satz abhandelt, wird seiner Bedeutung – auch für die tschechische Geschichte – nicht gerecht. Die dem Geschichtsteil folgenden kürzeren Kapitel zu Einzelthemen (Tschechen und Slowaken, Minderheiten, Leben auf dem Lande, Umwelt, Katholiken, Hussiten, Protestanten, Musik, Smetanas Moldau, Tschechische und slowakische Literatur, Theater, Prager Jugendstil, Nationalparks) wirken in dieser Reihenfolge zwar etwas willkürlich zusammengestellt, liefern aber ausnahmslos sachlich fundierte Informationen zum jeweiligen Schwerpunkt. Besondere Erwähnung verdienen die Beiträge von Wieland Giebel zum Thema Minderheiten und von Josef Tu_ek zur Umweltproblematik – beides The-

men, die in vergleichbaren Publikationen häufig ignoriert werden.

Der Teil „Orte und Plätze“ bietet die üblichen Beschreibungen von Städten und Sehenswürdigkeiten. Der touristischen Nachfrage entsprechend nimmt Prag einen breiten Raum ein, worunter die Beiträge zu anderen Regionen und Städten erheblich leiden. So wird z.B. das schöne Olomouc, dem lediglich eine Spalte gewidmet ist, wieder einmal erheblich unter Wert verkauft. Die gesamte Slowakei – im Buchtitel immerhin gleichberechtigt neben der Tschechischen Republik aufgeführt – erhält nicht mehr Raum als die Darstellung Prags. Hier zeigt sich deutlich, daß der Reiseführer ursprünglich einmal für die Tschechoslowakei konzipiert war und nach der staatlichen Trennung seitens der Herausgeber aus der Not eine Tugend gemacht wurde.

Dennoch ist dieser APA-Guide insgesamt weniger überholt als manche vorgeblich „aktuelle“ Neuerscheinung. Sofern wir es überprüfen konnten, gilt dies selbst für die Informationen in den Kurzführern zu Tschechien und zur Slowakei im Anhang. Auch wenn man sich natürlich eine überarbeitete Neuauflage wünschen würde, so dürfte der Gebrauchswert des vorliegenden Bandes noch immer recht hoch sein. Zum ästhetischen Genuß tragen ein übersichtliches Layout und zahlreiche großformatige Farbfotos bei.

Informationsbroschüren über die Tschechische Republik

Das Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch Tandem (Gutenbergplatz 1a, 93047 Regensburg,) hat dankenswerterweise eine annotierte Liste von Informationsbroschüren zusammengestellt, die den Überblick über die entsprechende Literaturlage erleichtert (<http://www.tandem.org.de>). Da Sarah Scholl und Tobias Weger in der Zeitschrift *Bohemia* 36 (1999), Heft 1, eine ausführliche Sammelrezension mit dem Titel: „Die Qual der Wahl.

Die Auswahl an Broschüren über die Tschechische Republik ist groß – doch sollte man die Spreu vom Weizen trennen“ veröffentlichten, können wir uns an dieser Stelle auf eine unkommentierte Auflistung der dort besprochenen Titel beschränken:

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Deutsch-tschechischen Historikerkommission (Hrsg.), Deutsch-tschechische Beziehungen. Arbeitstexte zur politischen Bildung. Dresden 1998.

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Sachsen – Böhmen – Bayern. Gemeinsame Geschichte und wandelnde Perspektiven. Lizenzausgabe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung. Dresden 1996.

Tandem – Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch (Hrsg.), Kdo je kdo – Who is Who. Kinder- und Jugendarbeit in der Tschechischen Republik. Regensburg 1999.

Nachbar Tschechien (Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde 48/5). Frankfurt a. M. 1997.

Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. (Hrsg.), Tschechien verstehen (Sympathie Magazin Europa 41). Ammerland/Starnberger See 1997.

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugendferiendienste e.V., Mittel- und Osteuropa jetzt kennenlernen! (Länderkundliche Arbeitshilfen 1). Berlin 1995.

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa. Hannover 1995; Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 1995.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Deutsche und Tschechen (Informationen zur politischen Bildung 132). Bonn 1994.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Die tschechischen Nachbarn (PZ/Wir in Europa 80). Bonn 1994.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) [daher nach meinen Erfahrungen nur im Freistaat erhältlich], Bayerisch-böhmische Nachbarschaft. München 1992.

Herda, Jürgen/Adolf Trägler (Hrsg.), Tschechien, der ferne Nachbar. Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989. Regensburg 1999.

Ergänzen könnte man diese Liste um die wissenschaftlichen Sammelbände:

Nadace Bernarda Bolzana/Ackermann Gemeinde (Hrsg.), *„e_i a N_mci, historická tabu – Tschechen und Deutsche, historische Tabus.“* Praha 1995.

Nittner, Ernst (Hrsg.), Tausend Jahre deutsch-tschechische Nachbarschaft. Daten, Namen und Fakten zur politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Entwicklung in den böhmischen Ländern. Institutum Bohemicum, aktualisierte Auflage München 1990.

sowie das Standardwerk

Seibt, Ferdinand, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. Aktualisierte Neuauflage München/Zürich 1997.

Internet

Etwas systematischer als in der letzten Ausgabe der ao wollen wir schließlich die Hinweise auf tschechische Internet-Adressen fortsetzen. Heute finden Sie links zum Bereich Politik (z.T. auch in englischer und deutscher Sprache):

Kanzlei des Präsidenten <http://www.hrad.cz>

Regierung der Tschechischen Republik <http://www.vlada.cz>

Auswärtiges Amt <http://www.czech.cz>

Verteidigungsministerium <http://www.army.cz>

Innenministerium <http://www.mvcr.cz>

Ministerium für Schulwesen, Jugend und Sport <http://www.mstm.cz>

Abgeordnetenversammlung <http://www.psp.cz>

Senat <http://www.senat.cz>

Parteien

_SSD (Tschechische Sozialdemokratische Partei) <http://www.cssd.cz>

ODS (Demokratische Bürgerpartei) <http://www.ods.cz>

ODA (Demokratische Bürgerallianz) <http://www.oda.cz>

KDU-_SL (Christlich-Demokratische Union/Tschechische Volkspartei) <http://www.kdu.cz>

KS_M (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) <http://www.kscm.cz>

¹ Vgl. Eva Profousová, „Literatur heute“, in: Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., Tschechien verstehen (Sympathie Magazin

Europa Nr. 41). Ammerland/Starnberger See 1997, S. 38.

- ² Vgl. Aena Wagnerová, „Die Tschechische Bibliothek nimmt ihr Erscheinen auf“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4.5.1999.

Michael Walter

Wolfgang Hörner, Friedrich Kuebart, Dieter Schulze (Hg.)

„Bildungseinheit“ und „Systemtransformation“. Beiträge zur bildungspolitischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und im östlichen Europa.

Arno Spitz Verlag. Berlin 1999, 282 Seiten.

Dieser Band versammelt die Beiträge eines Kolloquiums, das aus Anlaß des 70. Geburtstags von Professor Oskar Anweiler vom 1.-4. Oktober 1995 auf Schloß Siebeneichen bei Meißen abgehalten wurde. Er gliedert sich in vier thematische Blöcke, wobei die meisten der Beiträge kontrastiv angelegt sind, auch wenn sie nicht implizit zwei oder mehrere Bildungssysteme miteinander vergleichen. Und obwohl die Entwicklung in den neuen Bundesländern zunächst im Vordergrund steht, finden sich in diesem Buch auch interessante Aufsätze zu den Veränderungen des Schul- und Hochschulwesens in Ostmittel- und Osteuropa, wobei Polen stark exponiert wird.

Angesichts der Tatsache, daß wir es neben der Einführung der Herausgeber und den Ansprachen von Prof. Dr. Rita Süßmuth, der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages, und von Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Sachsen, mit insgesamt recht unterschiedlichen Texten von 16 Autoren zu tun haben, müssen wir uns darauf beschränken, die Hauptaussagen dieses ausgezeichnet redigierten und für den Druck vorbereiteten Buches nachzuzeichnen. Während sich Friedrich W. Busch im ersten Kapitel „Deutsche Bildungseinheit – Prozeß oder Problem?“ mit dem Problem des Zusammenwachsens Deutschlands im Bereich des Bildungswesens befaßt und aus der Innensicht heraus zum Ergebnis kommt, daß es zu

einer Anpassung statt zu einer Erneuerung gekommen ist, stellt der britische Forscher David Philips – aus der Außensicht – die Frage, ob es bei der bildungspolitischen Transformation in den neuen Bundesländern nicht sinnvoll gewesen wäre, bestimmte Elemente des DDR-Bildungswesens, wie die einphasige Lehrerbildung oder die polytechnische Bildung, beizubehalten. Gerhard Schreier verdeutlicht wiederum, daß die Erforschung des Bildungssystems der DDR durchaus noch nicht abgeschlossen ist und daß es trotz zahlreicher empirischer Ergebnisse der westlichen DDR-Forschung weiterhin Gegenstand der vergleichenden und historischen Bildungsforschung bleiben sollte (S. 75).

Im zweiten Kapitel kommt es dann zu einer Ausweitung der Thematik auf Ost- und Ostmitteleuropa. Nach einem einleitenden Beitrag von Janusz Tomiak, der einen Überblick über Bildung und Erziehung in Osteuropa in den 90er Jahren liefert, wobei der Autor die sehr unterschiedlichen materiellen, ideologischen und nationalen Ausgangslagen akzentuiert und drei unterschiedliche Geschwindigkeiten bezüglich der Transformation und der Bildungsreformen in diesem Raum postuliert (S. 86-87), folgen drei landesspezifisch orientierte Aufsätze. Gerlinde Schmidt setzt sich mit den Bildungssystemen nach dem Zerfall der Sowjetunion auseinander, Martina Dorner untersucht den Stellenwert des Bildungswesens im Transformationsprozeß der

Ukraine und Sonja Steier-Jordan widmet ihre Aufmerksamkeit dem zwischen Tradition und Transformation verharrenden polnischen Hochschulwesen. Einen ganz anderen Charakter hat der Beitrag von Wolfgang Schlott, in dem der Autor – am Fallbeispiel Polens – den Tendenzen in der nach westlichem Vorbild organisierten Jugendpresse nachgeht.

Als besonders interessant erweist sich dann das dritte Kapitel, da in ihm der Versuch unternommen wird, das Bildungswesen in den neuen Bundesländern mit den Entwicklungen in Ostmitteleuropa zu vergleichen. Während sich Wolfgang Hörner in seinem Aufsatz u.a. mit der Frage beschäftigt, ob die Transformation des Bildungswesens im postsowjetischen Raum anhand eines sozialwissenschaftlichen Modells (Tjeldvoll, S. 180) schlüssig gedeutet werden kann, vergleicht Mirosław S. Szymbański die Prozesse der Umgestaltung der Schule in Ostdeutschland und Polen, wobei er strukturelle und curriculare Ansätze in den Mittelpunkt seiner Erwägungen stellt. Dieter Schulz behandelt schließlich die Problematik der Schulstruktur und Lehrerbildung in den neuen Bundesländern und koppelt diese Fragestellung mit einem Ausblick auf Polen. Dabei wird auch das wichtige Problem der arbeitslosen Junglehrer in den neuen Bundesländern sowie die Flucht aus dem Lehrerberuf in Polen thematisiert: beides Phänomene, die langfristig fatale Folgen für den sozialen Status des Lehrerberufs und die Qualität des Schulunterrichts haben werden.

Johann Meichel

Alles ist dem russischen Schwert untertan. Nationalpatriotismus russischer Schriftsteller des 19. und 20. Jahrhunderts. Von Puškin bis Solženitsyn.

Verlag Dr. Kovač. Hamburg 1998, 138 Seiten.

Diese Untersuchung des Mainzer Slavisten Johann Meichel, die in der Schriftenreihe „Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit“

Im vierten Kapitel haben wir es dann mit sehr unterschiedlichen Themenbereichen zu tun. Während sich Peter Hilkes mit der deutschen „Bildungshilfe“ für die Nachfolgestaaten der UdSSR auseinandersetzt und dabei die Ukraine als Fallbeispiel behandelt, referiert Ilse-Renate Wompe-Thiel die Rezeption der pädagogischen Ansätze von Janusz Korczak in Ost und West.

Der europäische Horizont dieser Tagung wird schließlich noch einmal durch die letzten beiden Beiträge akzentuiert. Mikołaj Kozakiewicz setzt sich mit den Tendenzen von Regionalismus und Nationalismus in einem zusammenwachsenden Europa auseinander, während Wolfgang Mitter im abschließenden Beitrag die vergleichende Bildungsforschung dazu aufruft, sich intensiver mit dem europäischen Einigungsprozeß und seinen Folgen für die nationalen Bildungssysteme auseinanderzusetzen. Diese recht summarische Auflistung der in diesem Band versammelten Themen und Problembereiche verdeutlicht, mit welcher Fülle von Informationen wir es hier zu tun haben. Für jeden an den Transformationsprozessen und den Bildungsreformen in den neuen Bundesländern, Ost- und Ostmitteleuropa interessierten Leser und/oder auf diesem Gebiet aktiven Pädagogen eine obligatorische Lektüre, die aufgrund der jedem Beitrag nachgestellten Fachbibliographie beliebig vertieft werden kann.

ZW

erschienen ist, stellt keine umfassende ideengeschichtliche Darstellung des russischen Nationalpatriotismus dar, zumal es zu dieser Proble-

matik, besonders im Hinblick auf die Bedeutung der Slavophilen, eine ganze Reihe von Untersuchungen gibt, die auch den Bogen zur aktuellen Situation in der Russischen Föderation schlagen. Vielmehr geht es dem Autor darum, am Beispiel einiger prominenter russischer Schriftsteller nachzuvollziehen, welchen starken Einfluß nationalistisch-missionarisches und imperiales Denken auf ihre diskursiven Aussagen und ihre Werke hatten (und haben). Dabei kam es wie bei Pu_kin, mit dem Meichel seine Untersuchung beginnt, zu einer deutlichen Abwertung all jener Völker, die sich gegen den Imperialismus und Kolonialismus Rußlands auflehnten. Der Widerstand der Kaukasusvölker gegen die russische Hegemonie sowie der polnische Aufstand des Jahres 1830/31 werden von Pu_kin eindeutig verurteilt, und während er die _erkessen mit „wilden Tieren“ gleichsetzt, wirft er den Polen Überheblichkeit und Undankbarkeit vor. Seinem einstigen Freund, dem polnischen Nationaldichter Adam Mickiewicz, der im Pariser Exil gegen den russischen Imperialismus und Panslavismus anschrieb, hält er vor, mit dem Westen zu paktieren und zum Feinde Rußlands geworden zu sein (S. 23).

Nationalistisch-imperiale Töne finden sich auch bei Lermontov, der den kaukasischen Eroberungskrieg nicht nur gutheißt, sondern ebenfalls mit den (westlichen) Verleumdern Rußlands abrechnet, was seine dezidiert anti-europäische Haltung unter Beweis stellt. Lermontov erweist sich hier als loyaler Untertan der Zarenherrschaft, das in der russischen Literaturwissenschaft aufrecht erhaltene Klischee vom regimekritischen Romantiker wird zumindest in diesen Werken Lermontovs ad absurdum geführt (S. 27). Ähnlich bei Tjut_ev, dem dritten bedeutenden Lyriker, den Meichel behandelt. Auch er zeigt für den Befreiungskampf der Polen kein Verständnis, vielmehr suggeriert er ihnen, sich als „Stammesbrüder der Russen“ zu fügen. Die Ausnahmestellung Rußlands hat Tjut_ev bekanntlich in seinem berühmten Vierzeiler festgeschrieben, mit dem ganze Generationen junger Russen und Sowjetmenschen sozialisiert

wurden und der auch heute kaum an Aktualität verloren hat. Mit dem Unterschied vielleicht, daß der Traum vom Raum seit dem Zerfall der UdSSR zu einem Trauma vom Raum mutiert ist. Es sei an dieser Stelle in der deutschen Nachdichtung von J. Olert und M. Weber zitiert:

„An Rußland scheitert der Verstand,
gemeiner Maßstab faßt es nicht;
Es ist ein ganz besonders Land –
an Rußland glauben muß man schlicht.“

Polemischen Charakter, in erster Linie gegen die Westler und Pëtr_aadaev, haben die Werke des Pu_kin-Freundes Jazykov, in ihnen findet sich aber auch eine fundamentale Kritik an den Schriften des bedeutenden liberalen Literaturkritikers V. Belinskij. Dessen liberale Gesinnung wiederum endete aber gerade da, wo es um den imperialen Machtzuwachs Rußlands ging, in erster Linie bei der Behandlung der ukrainischen Frage. Für den „kleinrussischen Patrioten“, den ukrainischen Nationaldichter T._ev_enko zeigt Belinskij keinerlei Verständnis, im Gegenteil für die Emanzipationsbestrebungen der ukrainischen Sprache und Literatur hat er nur Hohn und Spott übrig (S. 50).

Die gegen den Westen gerichteten Schriften F. Dostoevskijs, vor allem aber auch sein antipolnisches Ressentiment, sind schon häufiger diskutiert und analysiert worden. Die besondere Mission Rußlands leitete Dostoevskij dabei aus einer klaren Abgrenzung vom westlichen Habitus und Lebensstil ab, dessen zivilisatorische Bedeutung für Rußland er in Abrede stellte; vielmehr machte er deutlich, daß das orthodoxe Rußland seine Zukunft in Asien zu suchen habe: „In Europa waren wir Gnadenbrotempfänger und Sklaven, aber nach Asien kommen wir als Herren. In Europa waren wir Tataren, aber in Asien sind auch wir Europäer.“ (S. 60) Auch der bedeutendste russische Symbolist, A. Blok, war, ähnlich wie F. Sologub, von der besonderen Mission Rußlands überzeugt. Die antiwestlichen Elogen Bloks hat Johannes von Guenther bereits 1947 kongenial ins Deutsche übertragen. Pro-

grammatisch in diesem Kontext ist sein beeindruckendes Verspoem „Die Skythen“ (1918), aus dem Meichel reichlich zitiert.

Während die Vertreter der vorrevolutionären Epoche also in erster Linie den russischen Imperialismus und Kolonialismus (begeistert) affirmierten, wobei ihr Affront gegen den dekadenten Westen deutlich exponiert wurde, sahen die nationalpatriotisch gestimmten Autoren der nachrevolutionären Zeit ihre schriftstellerische Aufgabe in erster Linie darin, den „Diffamierungen gegen die Sowjetunion“ entgegenzutreten. Umso mehr, als nach der vergeblichen Hoffnung auf die Weltrevolution seit dem Beginn der 30er Jahre die Losung des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande klar in den Vordergrund gestellt wurde. Hierfür stehen die Aussagen und Werke so bekannter sowjet-russischer Autoren wie L. Leonov, S. Michalkov und K. Simonov, die sich rückhaltlos der Zdanov__ina unterordneten, und in deren Kanon der Stolz auf das Vaterland und tiefempfundene Heimatliebe eine entsprechend dominante Rolle spielten. (S. 78) Dabei hatte die Hypostasierung der Bedeutung und Fähigkeiten des russischen Volkes, wie sie von Stalin nach dem Sieg über das Dritte Reich vorgegeben wurde, eine Art Richtlinienfunktion. Diese sehr plakative und undifferenzierte Art von Literatur wird in den 60er Jahren in der UdSSR von den Vertretern der sogenannten russischen Heimatlyrik abgelöst, deren erste Aufgabe es war, Rußland, die Russen und ihre exzeptionelle Mentalität zu erklären. Hierbei spielt der Sieg über Hitler-Deutschland weiterhin eine eminente Rolle, wobei aber auch immer auf die historische Opferrolle der Rus' (Tatarenjoch, Napoleon) rekurriert wird. Betont wird die Uneigennützigkeit des „Russischen Ivan“, der sich um die Befreiung zahlreicher Völker, vor allem aber der slavischen Brüder (Bulgaren) verdient gemacht hat, wobei mystische Überhöhungen nicht selten sind. Dabei kommt aber auch – wie bei den zuvor besprochenen Klassikern – eine tiefe Verachtung für den eigensüchtigen, material-

istischen Westen zum Ausdruck, wie z.B. in den Werken S. Kunaevs (S.107-108).

In der Ära des Niedergangs und schließlichen Zerfalls der UdSSR findet die nationalpatriotische Linie in der russischen Literatur eine zum Teil extreme Fortsetzung, in der antiwestliche, aber auch antisemitische Töne, unüberhörbar sind. Dies exemplifiziert Meichel an einem der ersten an M. Gorba_ov gerichteten Appelle, der von 74 namhaften russischen Intellektuellen, wovon etwa die Hälfte Schriftsteller waren, unterzeichnet wurde. Für die desolate Lage des Landes werden in erster Linie fremde Mächte und Kräfte verantwortlich gemacht, die den Zerfall der UdSSR und Rußlands systematisch betreiben. Eine ähnliche Position bezieht im übrigen A. Sol_enicyn, der die Einführung der Marktwirtschaft für die Zersetzung der russischen Wertstrukturen verantwortlich macht (S. 116). Dabei erteilt er der Pop- und Massenkultur sowie einer „vulgären Mode“ eine entschiedene Abfuhr. Ähnlich die dem rechtsradikalen Lager angehörenden Schriftsteller A. Zinovev und E. Limonov, die die gewaltsame und unheilstiftende Verwestlichung Rußlands beklagen.

Nach Lektüre dieser zum Teil beeindruckenden Dokumente nationalpatriotischer russischer Literatur, die inhaltlich eine über 200 Jahre reichende Kontinuität aufweisen, kann man dem Autor nur beipflichten, wenn er am Ende seiner Abhandlung im Hinblick auf die aktuelle politische Situation in der russischen Föderation folgendes formuliert: „Patriotische Ideen und populistisches Denken sind nicht nur unter den Intellektuellen und in den anderen Schichten der Bevölkerung stark verbreitet, sondern finden ganz offensichtlich auch eine starke Anhängerschaft in den Machtstrukturen des Landes. Der Krieg in Afghanistan und zuletzt in _e_enien, die Ansichten der politischen Führung des Landes in der Frage der Osterweiterung der NATO oder beispielsweise der Beschluß der russischen Duma (vom 3.4.1997) über die Beutekunst zeigen deutlich, daß trotz der Erfolge in der Demokratisierung der Gesellschaft die tradierte nationalpatriotische Geisteshaltung den politischen Kurs der Innen- und Außenpolitik Rußlands nach wie vor sehr stark beeinflusst.“ Leider hat Meichel seiner Abhandlung weder eine Gesamt-

bibliographie noch ein Personenregister beigefügt. Vielleicht hätte der Anhang mit ausgewählten Texten von A. Pu_kin, A. Blok, V. Rasputin und S. Kunaev noch um einige andere aussagekräftige Quellen ergänzt werden können. Bedauerlich sind auch die zahlreichen Druckfehler und einige sprachliche Ungereimtheiten in diesem interessanten, aber nicht sorgfältig genug

Theo Mechtenberg

Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen.

benno-Verlag. Leipzig 1998, 126 Seiten.

Das vorliegende Buch greift eine Thematik auf, die sich durch eine außerordentliche Komplexität auszeichnet. Als Folge der Westverschiebung Polens kam es de facto zu einer Neuordnung der Bistumsgrenzen, die de jure aber erst viel später vollzogen wurde. Die staatsrechtlich komplizierte Situation ergab sich aus dem Umstand, daß die Frage der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze zumindest in der Bundesrepublik Deutschland über lange Zeit offen blieb, während die Anerkennung der Westgrenze Polens durch die DDR bereits 1950 im Görlitzer Vertrag erfolgt war.

Unabhängig davon waren die Ausgangsbedingungen für eine Aussöhnung mit Polen nach 1945 sowohl im West- als auch im Ostteil Deutschlands denkbar schlecht. Der nationalsozialistische Terror in Polen, der sich in besonderem Maße auch gegen die polnische Kirche und ihre Geistlichkeit gerichtet hatte sowie die Vertreibung und Aussiedlung deutscher Bevölkerung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sollten über lange Jahre jegliche Ansätze zur Aussöhnung schwer belasten. Hinzu kam, daß es für die deutschen Bischöfe in West und Ost ungewöhnlich schwer war, mit einer Stimme zu sprechen, zumal sich die Teilung des Landes vertiefte und sich die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme spürbar zu konsolidieren begannen.

Insofern beweist die Schrift Mechtenbergs, die in hohem Maße auf bisher unveröffentlichtem

redigierten Band. Sicherlich ließen sich diese Mankos in einer zweiten redaktionell verbesserten Ausgabe problemlos beheben.

ZW

Aktenmaterial beruht, daß es der Initiative einzelner Persönlichkeiten im Ostteil Deutschlands zu danken ist, daß es zu Ansätzen eines zaghaften deutsch-polnischen Dialoges kam. In diesem Zusammenhang sind die ersten Schritte des Bischofs Heinrich Wienken zu nennen, der sich als Commissarius der Fuldaer Bischofskonferenz bereits Ende der 50er Jahre enttäuscht darüber zeigte, daß die westdeutschen Bischöfe bisher so wenig für eine Aussöhnung mit ihren polnischen Amtsbrüdern getan hätten. Aufgrund der oben genannten ungelösten kirchenrechtlichen und politischen Fragen hatten erste briefliche und persönliche Kontakte deshalb auch einen explizit privaten Charakter, zumal eine Neuregelung der Diözesangrenzen durch den Vatikan in weiter Ferne lag. Der Autor verdeutlicht diese Problematik in dem kurzen Kapitel über den Disput um die vatikanischen Vollmachten von Kardinal August Hlond. Bekanntlich verweigerte der Vatikan aufgrund der weiteren Gültigkeit des Reichskonkordats bis zur Ratifizierung des Warschauer Vertrags durch den Deutschen Bundestag (28. Juni 1972) die völkerrechtliche Anerkennung der ehemaligen deutschen Ostgebiete als polnisches Staatsgebiet. Erst danach wurden die apostolischen Administratoren durch ordentliche Bischöfe ersetzt. Entsprechend gespannt blieben die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und dem Vatikan, zumal der heilige Stuhl weiterhin an der Legalität der Londoner Exilregie-

rung festhielt. Insofern kann es auch nicht verwundern, dass die Staatsführungen der DDR und der Volksrepublik Polen offizielle Kirchenkontakte von der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze abhängig machten. Dennoch blieben die Bischöfe in der DDR und in Polen seit dem Beginn der 60er Jahre bemüht, wechselseitige Kontakte aufzunehmen. Eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung solcher Kontakte spielten die Kirchenämter beider sozialistischer Staaten, die aber erst seit 1959 enger zusammenarbeiteten. Eine intensive Kooperation ergab sich allerdings im Kontext der Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojty_a zum Papst, da man nun eine Änderung der vatikanischen Ostpolitik erwarten mußte, und ebenfalls im Zusammenhang mit dem Entstehen der Gewerkschaftsbewegung Solidarno__. Daß es trotz aller staatlicher Behinderung in der DDR aber erhebliche kirchliche Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-polnischen Kontakte gab, beschreibt Mechtenberg im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Erzpriesters Kurt Reuter und Günter Saerchens in Magdeburg (S. 46-54).

Einen besonderen Raum nimmt in der Darstellung des Autors der Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe ein, der am Ende des 2. Vatikanums bei den Machthabern in Polen und in der DDR für erhebliche Unruhe sorgte und als wichtiger Impuls für die Verstärkung kirchlicher Polenkontakte anzusehen ist. Hierher gehören auch die Sühne- und Pilgerfahrten nach Polen, die maßgeblich von Präses Lothar Kreyszig (Gründer der Aktion Sühnezeichen) und Günter Saerchen inspiriert wurden. Die dadurch entstehenden Turbulenzen und Auseinandersetzungen mit den diesbezüglich beunruhigten Staatsorganen der DDR waren erheblich, zumal der offizielle Standpunkt der DDR-Führung sich dadurch auszeichnete, daß die Aussöhnung von Menschen und Völkern bereits während der NS-Zeit im politischen Widerstand stattgefunden habe.

Insofern wurden all diese kirchlichen Aktivitäten mit großem Mißtrauen beobachtet, das sich entsprechend steigern mußte, als die Visa-Pflicht

zwischen Polen, der _SSR und der DDR am 1. Januar 1972 aufgehoben wurde. Besonders observiert wurden seitens der DDR-Führung Kontakte zwischen DDR-Bürgern und katholischen Organisationen in der Bundesrepublik (Bensberger Kreis) und in Polen (Klubs der katholischen Intelligenz). Aber auch Einzelpersonen, wie der zu diesem Zeitpunkt mit ständigem Aufenthalt in der Volksrepublik Polen lebende DDR-Bürger Theo Mechtenberg, wurden verdächtigt, „als Kurier zwischen negativen kirchlichen Gruppierungen in der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen“ zu fungieren (S. 86).

Die nächsten Kapitel dieses Buches sind der Polenseelsorge in der ehemaligen DDR gewidmet, deren Zielgruppe in erster Linie die in der DDR zeitweilig beschäftigten polnischen Arbeitskräfte waren. Dabei spielte Magdeburg mit dem schon oben genannten Günter Saerchen und dem damaligen Studentenpfarrer Theo Mechtenberg eine nicht unerhebliche Rolle. Die offizielle Regelung der Polenseelsorge auf DDR-Ebene erfolgte aber erst Anfang der 70er Jahre und gestaltete sich problematisch, da sie vom Sicherheitsdienst der DDR argwöhnisch beobachtet wurde. Magdeburg entwickelte sich im Zusammenhang mit den ab 1969 hier durchgeführten „Polenseminaren“ und dem Aufbau der Kontakte zu der sogenannten „Znak“-Gruppe und der Publikationsorgane „Tygodnik Powszechny“, „Wi__“ und „Znak“ als bedeutendes Zentrum der Kooperation zwischen Kirchenvertretern aus der DDR und der Volksrepublik Polen. Hier wurde eine Bildungsarbeit geleistet, in der ein realistisches Bild über die Situation in Polen und die Lage der polnischen Kirche gezeichnet wurde. Dafür sprechen die Namen solch prominenter Referenten wie Mazowiecki, Stomma und Pszon.

Zuletzt noch ein Hinweis auf den recht aufschlußreichen Abschnitt über die Solidarno__-Handreichung des Jahres 1982. Hierbei handelte es sich um eine Dokumentation über die Ereignisse in Polen zwischen August 1981 und der

Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981. Die meisten der Dokumente wurden von Theo Mechtenberg übersetzt, vom Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho herausgegeben und Günter Saerchen zur Verfügung gestellt. Die Dokumentation trug den harmlosen Titel „Versöhnung – Aufgabe der Kirche“ und fand trotz erheblicher Behinderungen eine recht große Verbreitung bei den Seelsorgeämtern der DDR. Welche Turbulenzen diese Handreichung auslöste, beschreibt der Autor eindrucksvoll auf den Seiten 113-116.

Nach Lektüre dieser gut recherchierten, von einem Insider und Akteur verfaßten Abhand-

lung, kommt man zum Ergebnis, daß es doch sehr stark der Initiative und dem Engagement einzelner Persönlichkeiten zu verdanken ist, daß trotz ungewöhnlich starker Widerstände seitens staatlicher und zum Teil auch kirchlicher Hierarchien ein Dialog zwischen katholischen Christen in der DDR und in der Volksrepublik Polen einsetzen konnte, der die erste Voraussetzung für eine echte Versöhnung zwischen Deutschen und Polen darstellte.

ZW

Ulrich Becker

EU-Erweiterung und differenzierte Integration. Zu beitriffsbedingten Übergangsregelungen am Beispiel der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Nomos Baden-Baden 1999, 96 Seiten.

Die Arbeit von Ulrich Becker entstand im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien und geht der Frage nach, ob die bevorstehende Osterweiterung der EU mit den voraussichtlichen Problemen auf den Arbeitsmärkten der alten Mitgliedsstaaten in irgendeiner rechtlich verbindlichen Form – eventuell durch entsprechende Übergangsregelung – abgemildert werden kann. Dabei geht es nicht um eine politische oder wirtschaftliche Wertung dieses potentiellen Szenarios, sondern um den Versuch, die rechtlichen Bedingungen im Rahmen der EG- und EU-Systematik aufzuzeigen. Der Autor greift in diesem Kontext auf die bereits historische Süderweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal zurück, wo es bekanntlich zu Übergangsregelungen bei der Inanspruchnahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit kam. Deutlich arbeitet er heraus, daß diese Übergangsregelungen befristet waren, um dadurch die vollständige Übernahme des *acquis communautaire* zu gewährleisten. Die Befristung muß also als Instrument betrachtet werden, das jede Form

einer Nicht-Gleichstellung neuer Mitgliedsstaaten auf längere Dauer unmöglich macht. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit schließt im Prinzip alle möglichen Zugangsschranken im EU-Raum aus und steht im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot nach Art. 39, Abs. 2 EG-Vertrag.

Die gemeinschaftliche Dienstleistungsfreiheit (Art. 49, 50 EG-Vertrag) enthält über das eigentliche Diskriminierungsverbot hinaus zusätzlich noch Beschränkungsverbote. Nationale Beschränkungen, die dem Dienstleistungsträger die Mitnahme von Arbeitnehmern zur Durchführung Ihrer Dienstleistungen verbieten, lassen sich deshalb prinzipiell nicht rechtfertigen. So kann eine Argumentation aus wirtschaftlichen Gründen (Arbeitsmarktsituation) die Ausnahme von der Grundfreiheit nicht legitimieren. Obwohl Übergangsregelungen als Unterfall einer differenzierten Integration betrachtet werden können, muß die Zulässigkeit eines differenzierten Mitgliedsstatus für neue Mitgliedsstaaten deshalb in Zweifel gezogen

werden. Zwar können aus Anlaß eines Beitritts Ausnahmen vom einheitlichen Gemeinschaftsrecht gemacht werden, allerdings sind sie nur dann zulässig, wenn sie die Grundlagen der Gemeinschaft (institutionelles Gefüge und Strukturprinzipien) nicht in Frage stellen.

Freilich gibt es im Falle der Festlegung von Übergangsregelungen die Möglichkeit der Rechtfertigung, die in der Regel dann erfolgreich sein kann, wenn die Ausnahmen relativ weit von den für die Identität der Gemeinschaft ausschlaggebenden Rechtsnorm entfernt sind oder wenn sie nur für kurze Zeit gelten. Zu ver-

hindern ist also beim derzeitigen Stand der Rechtsentwicklung, daß es im Ergebnis zu einer dauerhaften Ausnahmesituation für die neuen Mitgliedsstaaten kommt. Diese grundsätzlichen Überlegungen läßt der Autor in einen „Textvorschlag“ (S. 89-92) eingehen, in dem sowohl zeitliche als auch materielle Kriterien bezüglich einer Übergangsregelung hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie ihrer Mitnahme im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen eingearbeitet worden sind.

ZW

**„EXPO 2000“-Seminare
für Jugendliche und junge Erwachsene
im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. in
Vlotho**

Erstmals findet mit der EXPO 2000 von Juni bis Oktober 2000 eine Weltausstellung in Deutschland statt. „Mensch, Natur und Technik“ sowie die „Zukunft in einer globalisierten Welt“ stellen die Hauptthemenbereiche in einer Zeit der vielfältigen Umbrüche dar. Mehr als 170 Länder und Organisationen haben die Einladung angenommen, sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt mit ökonomischen, ökologischen, kulturellen und politischen Visionen für die Welt von morgen zu präsentieren. Das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. in Vlotho (ca. 70 km westlich vom EXPO-Gelände) möchte das Großereignis zum Anlaß nehmen, die aktuellen Herausforderungen für Jugendliche und junge Erwachsene in mehrtägigen Seminaren aufzugreifen. Höhepunkt der Seminare wird selbstverständlich ein Besuch der Weltausstellung in Hannover sein.

Wir würden uns sehr freuen, Sie als Gäste in unserem Haus begrüßen zu dürfen. Da wir für diese Seminare Zuschüsse gewähren können, erstellen wir Ihnen auf Anfrage eine günstige Kalkulation, die Gruppengröße und Alter der Teilnehmer berücksichtigt. Zur konkreten Terminabsprache setzen Sie sich bitte mit unserer Lehrgangsassistentin Frau Claudia Wollbrink in Verbindung (Tel. 05733-913840).

Weitere Informationen über das Gesamteuropäische Studienwerk finden Sie auf unserer Homepage www.gesw.de/